

M

MENSCHEN MACHEN

E 2814

MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Nr. 1/2 Januar/Februar 2002 Jahrgang 52

ver.di



**ONLINE
JOURNALISMUS
AUF KONTURENSUCHE**

Titelthema: Online-Journalismus

- 6 **Online-Journalismus auf Konturensuche**
Neue Medientechnologien und journalistisches Selbstverständnis
Von Martin Sonnleitner
- 8 **Eine Folie für neue Berufe**
Auswirkungen der Branchenkonvergenz auf die Tätigkeitsprofile der „Inhaltsproduzenten“
- 9 **Abschluss als Allrounder**
In Darmstadt erwerben junge Leute das Rüstzeug für bessere Zeiten
- 10 **Freiheit muss sich rechnen**
Dr. Michael Maier, Chefredakteur der „netzzeitung“ pocht auf publizistischen Anspruch

Aktuell

- 4 **Vom Wert qualifizierter Arbeit**
In den Tageszeitungsverlagen steht ein kämpferisches Frühjahr bevor
Von Matthias v. Fintel, ver.di-Tarifsekretär

Kommentar

- 5 **Eine Seuche als Rei(t)z-Thema**
Verleger wollen unbeobachtet „kriseln“ – und sparen an der Medienberichterstattung

Neue Medien

- 11 **Pixelpark: Betriebsrat wegsaniert**
Vorstand Neef sprach 150 Kündigungen aus und musste dann selbst gehen
- 12 **Online hat sich durchgesetzt**
Internet und E-Mails für Journalisten heute unverzichtbar

Verlage

- 12 **Freiwillige zum Kündigen gesucht**
Bauer geht mit „Zuversicht in die Zukunft“ – Arbeitsplatzabbau bei ProSiebenSat.1 Media AG

Print

- 14 **Hunderte Arbeitsplätze vernichtet**
Beim Süddeutschen Verlag formiert sich der Widerstand der Belegschaft
- 14 **Justizsenator behindert Recherche**

Presserat

- 15 **Recht auf Vergessen**
Rüge für Umgang mit Personendaten bei der Aufarbeitung historischer Kriminalfälle

Rundfunk

- 16 **Mit 24 statt zehn überall fernsehen**
Berlin-Brandenburg: Weltweit erste Abschaltung von analogen Frequenzen zugunsten von DVB-T

- 17 **Vernunftfehe von zwei quicklebendigen Partnern**
Machtinteressen vor medienpolitischer Kompetenz im neuen RBB-Rundfunkrat
- 18 **Siebzig auf einen Streich**
Konflikt bei n-tv spitzt sich zu
- 18 **Digital Radio steht auf der Kippe**
- 18 **FAZ Business Radio stellt Betrieb ein**

Urheberrecht

- 22 **Mindeststandards für Honorare**
Vergütungsregeln für Freie bei Zeitungen und Zeitschriften in der Debatte
- 22 **Nicht erschienen, doch erschienen**
Sicht der Urheber füllte leere Seiten

Filmrezension

- 23 **Einsame Herzen mit leeren Taschen**
„Der Mann ohne Vergangenheit“
von Ari Kaurismäki

Medienjugend

- 24 **„Wozu in die Gewerkschaft, ich bin doch in der Barmer!“**
Die dju möchte mehr Studenten als Mitglieder gewinnen
- 25 **Jugendtreffen auf hoher See**
Ausbildungswege in der Medienbranche unter die Lupe genommen

Buchrezension

- 25 **Facettenreich – nicht immer wertneutral**
Westpropaganda der DDR über den Deutschlandsender

Medien International

- 26 **Mit allen Mitteln gegen das Internet**
Chinesische Regierung befürchtet den Verrat von Staatsgeheimnissen übers world wide web – Todesstrafe angedroht
- 27 **Journalistisches Know-how als Entwicklungshilfe**
Computer sind in Burkinischen Radio- und Zeitschriftenredaktionen Mangelware
- 28 **Spiegel sein und Quellen genauer prüfen**
Kriegsberichterstatte diskutierten auf Kuba über Herausforderungen für die Medien
- 29 **Betriebsrätetreffen in Budapest**
Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg diskutiert
- 29 **Aktion für Saleem Samad und Pricila Raj**
Journalist und Dolmetscherin aus Bangladesch nach Kontakt zu ausländischen Kollegen im Gefängnis

Rubriken

- 31 **Service / Seminare**
- 33 **Leute / Preise**
- 34 **Impressum**



Foto: Jürgen Seidel

Vom Wert qualifizierter Arbeit

In den Tageszeitungsverlagen steht ein kämpferisches Frühjahr bevor

Von Matthias von Fintel, ver.di-Tarifsekretär

Aktion mit dem Info-Bus von ver.di auf dem Düsseldorfer Burgplatz während der bundesweiten Warnstreiks der Redakteure im November

Die Tarifbewegung 2002 begann für die Printjournalisten im Sommer und endete zum Jahreswechsel mit einem miserablen Zwischenstand: kein Abschluss! Die festangestellten und freien Journalisten warten seit August auf eine Erhöhung der Tarifgehälter und der Honorare. Die davon unabhängigen Gespräche zu gemeinsamen Vergütungsregeln für freie Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) werden erst im Januar 2003 beginnen.

Der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) bot nach zwei Verhandlungsrunden für die etwa 10.000 Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften 2,3% mehr Gehalt ab Januar und eine Einmalzahlung von 75 Euro an.

Die Zeitungsverleger haben sich in dieser Tarifrunde zu einer so seit Jahren ungekannt harten Verhandlungsposition versteift. Für die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen liegt auch nach sechs Verhandlungsrunden lediglich ein Angebot von 2,1% Gehaltserhöhung ab Dezember 2002 vor. Dies entspricht – ähnlich wie im Zeitschriftenbereich – nur einer effektiven Erhöhung von etwa 1,4%. Gleichzeitig hat der BDZV mit der Kündigung des Manteltarifvertrages (MTV) für die rund 15.000 Journalisten in Tageszeitungs-Redaktionen zum Ende des Jahres 2002 eine offene Kampfansage gemacht.

Verhandlungsstand weit unter den Erwartungen

In dieser Situation war keine Nachbesserung der Angebote seitens der Verleger zu erwarten. Deshalb haben sich die Verhandlungskommissionen der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di in beiden Fällen dazu entschlossen, die vorgelegten Angebote nicht anzunehmen. Für die Gehaltsrunde mit dem BDZV kommt dies einem Verhandlungsabbruch gleich. Ein erneuter Termin wurde nicht verabredet. In beiden Runden liegen die Verhandlungsstände weit unter den Erwartungen, die sich an den Abschlüssen für Verlagsangestellte und Druckkollegen von 3,4% anlehnen. Die Versuche der Verleger, die Gehaltsentwicklung der Journalisten von der allgemeinen abzukoppeln, werden von der dju strikt abgelehnt. Die dju-Tarifkommission wird die Situation und deren Folgen am 23. Januar diskutieren.

Die vom BDZV gewollten und bereits benannten Verschlechterungen im MTV sind alles andere als kleine Nüsse. Die Planungen betreffen eine Kürzung des Urlaubsgeldes um 15%, eine Ausdehnung der Wochenarbeitszeit auf 6 Tage, eine Verschlechterung des Status quo bei den Urheberrechten, und – nicht zu vergessen – die beabsichtigte Abschaffung von weiteren Stufen in der Berufsjahresstaffel. Zusätzlich sollen Bildjournalisten ganz aus dem Geltungsbereich der Tarifverträge fallen. Es kämen also stattliche Einsparungen für die Verlage zusammen. Nach Beispielrechnungen summieren sich die Kürzung von Urlaubsgeld, die Streichung der 5-Tage-Woche und die Abschaffung einer Berufsjahres-

staffel (ab. 15. Berufsjahr) auf ca. 10.500,- EUR im Jahr für eine betroffene Redakteurin bzw. einen Redakteur. Die Einsparungen des Verlegers bedeuten natürlich Einkommensverluste für Journalisten. Und wenn dann auch noch Bildredakteurinnen und -redakteure ausgeschlossen werden, macht dies deutlich: ein ganzes Berufsbild soll hier angegriffen werden. Es geht letztendlich um die Frage, welchen Wert eine hoch qualifizierte Ausbildung und hoch engagierte Arbeitsleistung in Zukunft noch haben soll. Den Verlegern scheint diese nicht mehr viel wert zu sein.

Solchen Verschlechterungen tritt ver.di offensiv entgegen. Die dju-Tarifkommission wird sich mit einem Bündel drängender Themen beschäftigen, die sich allesamt aus der steigenden Arbeitsverdichtung in den Redaktionen ergeben: Warum sollten nicht auch die finanziellen Bestandteile des MTV verbessert werden? So ist eine Anhebung der Jahresleistung auf 100% sicherlich ein gutes Ziel. Offen diskutiert werden die Anhebung des Antrittsgeldes an Sonn- und Feiertagen sowie die Einführung eines Antrittsgeldes am Samstag. Auch über Spätdienstzuschläge wird nachzudenken sein. Und es werden auch die Arbeitszeitregelungen auf den Prüfstand gestellt. Forderungen nach Arbeitszeitsouveränität werden in Redaktionen immer häufiger diskutiert, wie auch die 4-Tage-Woche in Zeiten immer stärkerer Arbeitsverdichtung als sinnvolle Alternative gilt. Warum soll neben den gesetzlichen Regelungen nicht auch tarifvertraglich die Teilzeitarbeit gefördert werden? Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf täte das gut. Qualität tut Not im Journalismus und damit steht das Recht auf Weiterbildung wieder auf der Tagesordnung. Im Redaktionsalltag bleibt zur Zeit angemessene fachliche und technische Weiterbildung auf der Strecke – und damit die journalistische Qualität. Schließlich sind Anreize zur Reduzierung der Lebensarbeitszeit durch Altersteilzeit seit längerem Ziel der dju-Tarifpolitik. Im Rahmen von MTV-Verhandlungen müsste auch darüber erneut verhandelt werden.

Stoff für schlüssigen Forderungskatalog

Es gibt neben diesen Ideen genügend Stoff aus dem ein schlüssiger Forderungskatalog erstellt werden kann. Doch letztendlich drücken Gehalt und Honorar den Wert qualitativer und freier journalistischer Arbeit aus. Das Frühjahr wird zeigen, dass diese Werte zur Not auch kämpferisch in den Zeitungsverlagen eingefordert werden. ■

Eine Seuche als Rei(t)z-Thema

Verleger wollen unbeobachtet „kriseln“ – und sparen an der Medienberichterstattung

Ulrich Reitz kennt die Welt. Als Chefredakteur eines Qualitätstitels wie der „Rheinischen Post“ hat er für alle Lebenslagen Patentrezepte. Etwa wie die Presse aus ihrer viel bejammerten Krise herauskomme. Zeitungen sollten „durch Einordnung von Ereignissen Lotse im Medienschungel“ sein und „Qualität im Meer des elektronischen Entertainments“ bieten. Das verkündete er schneidig bei einer Podiumsdebatte von DeutschlandRadio und Verlegerverband. Zugleich brandmarkte er Medienseiten, die die Werbekrise zu umfangreich behandelt hätten, als „größte Seuche“, weil sich da die Journaille oft nur selbst bespiegele.

Was wie eine pointierte Einzelmeinung erscheint, hat neuerdings Methode: Medienjournalismus wird zu einer bedrohten Gattung. Die mit der „Welt“ fusionierte „Berliner Morgenpost“ verzichtet seit Mai ganz auf eine Medienseite und die Springer-Großredaktion hat zusam-

men mit der „Welt am Sonntag“ nur noch ein entsprechendes Mini-Ressort. Auch die Holtzbrinck-Titel „Die Zeit“ und die „Wirtschaftswochen“ leisten sich den angeblichen Selbstbespiegelungs-Luxus nicht mehr. Sogar in der etablierten „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) ist Michael Hahnfeld zum Einzelkämpfer geworden, in der alternativen „tageszeitung“ (taz) soll abgewickelt werden und im „Spiegel“ landet der Medienteil immer öfter am Heftende. Von der Schwindsucht der Fachpresse á la „horizont“ und „w&v“ ganz zu schweigen, die alle keine Berlin-Büros mehr haben. Wenigstens scheint die „Funkkorrespondenz“ (S. 20) gerettet.

Wie lange aber die „Rheinische Post“ mit ihrer Medienberichterstattung durchhält, ist noch nicht ausgeReitzt. Sie könnte auf dem Niveau vieler Regionalblätter enden, die Agenturstorys von dpa und ddp verwenden. Und sich ansonsten mit dem Abdruck vorgefertigter

Texte der Sender und Produktionsfirmen begnügen. Dagegen sind „Süddeutsche Zeitung“ und „Financial Times Deutschland“ (FTD), aber auch „Berliner Zeitung“, „Tagesspiegel“ und „Focus“ wirklich Wegweiser im Medienschungel.

Sie bieten Orientierung – mit hintergründiger, durchaus unterhaltssamer Medien-Aufklärung. Denn: Ausgereizt ist das Thema Medien noch lange nicht. Besser gesagt nie, wenn man es für „Otto Normalbürger“ interessant und verständlich aufbereitet, Medien unter Einbeziehung von Internet, Werbung und PR im weitesten Sinne als massenhafte Kommunikationsprodukte begreift.

Da braucht nicht gleich eine „Stiftung Medientest“, auch nicht immer täglich mehrere Medienseiten in einem Blatt, aber wenigstens einen profilierten Medienjournalismus in jedem Printtitel – gepflegt und nicht totgespart.

Marcus Rudolph ■

Links ...

Medienberichte als kostenloser Newsletter bieten außer Fachdiensten auch www.sueddeutsche.de, www.ftd.de, neuerdings www.fr-online.de und in bescheidenem Umfang www.welt.de. Fundierte Medien-sendungen laufen bei Deutschlandfunk und Radio Eins (ORB/SFB), WDR 5, beim Hessischen und Bayerischen Rundfunk.



Foto: Christian v. Polentz/transit

Online-Journalismus auf Konturensuche

Neue Medientechnologien und journalistisches Selbstverständnis

Von Martin Sonnleitner

Permanent online, einen Redaktionsschluss gibt es nicht in der „netzeitung“

Das Anforderungsprofil für Journalisten ändert sich stetig. Einen einschneidenden Wandel gibt es jedoch nicht allzu häufig. Die Etablierung des Internet als neues Massenmedium ist ein solcher. Online-Journalismus ist als eigener Bereich neben Presse-, Radio- und Fernseh-Journalismus getreten. Die technologische Neuerung ergibt zusammen mit dem längst vorherrschenden Ökonomisierungsdruck in den Medien einen Mix, der nicht nur neue Chancen für die Journalistenzunft offenbart, sondern auch eine kritische Eingrenzung erfordert.

Eigentlich hat sich die unter dem Titel „New Economy“ firmierende Branche längst selbst überholt. Sie durchläuft heute eine brutale Reingungskrise. Die „schöne neue Arbeitswelt“, so der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel, habe sich als Illusion erwiesen. Was bedeutet dies für den Journalismus, der sich diesem „Hoch“ angeschlossen hat und die neuen Techniken nutzen lernte? „Der Online-Journalismus befindet sich in der Rückzugsphase“, meint der Medienwissenschaftler Martin Löffelholz. Er arbeitet gerade an der ersten repräsentativen Studie über Online-Journalismus in Deutschland und sieht hauptsäch-

lich das Problem darin, dass es „für die Refinanzierung keine Patentrezepte gibt“. Dies verstärkt sich in der momentan angespannten wirtschaftlichen Lage. Löffelholz spricht von einem „Dämpfer“, sieht im Online-Journalismus aber ein Wachstumsfeld, das sich „restrukturieren wird und zukunftsträchtig ist“.

Gerade die Refinanzierung der meist noch kostenlos im Netz erreichbaren Online-Produkte stellt die Journalisten in dieser Sparte vor ein entscheidendes Problem: Marktstrategien wie E-Commerce, Content-Syndication und Cross-Media verwässern den eigentlichen beruflichen Auftrag. So werden als Redakteure ausgebildete Online-Journalisten schnell zu Content-Managern, was mit Inhalts-Verwalten zu übersetzen wäre. Ohnehin ist der Online-Kollege stärker als der Redakteur in Print, TV und Radio Alleinkämpfer, bzw. muss Aufgaben anderer Berufe mit übernehmen. Das liegt an der Eigenart des Mediums Internet, denn in dem liegen Texte, Fotos, Ton- und Bewegbilddokumente als digitale Daten vor und werden beliebig zu einem multimedialen Gesamtprodukt kombiniert. Dabei fehlt oft die bewährte Arbeitsteilung traditioneller Berufe in den klassischen Medien – statt mit Layoutern, Foto-

grafem, Cuttern, Kameralenten, Ton- und Beleuchtungsexperten zusammen zu arbeiten, mutiert der Online-Journalist häufig zur sprichwörtlichen „eierlegenden Wollmilchsau“.

Dabei zeigt sich ein klarer Unterschied zwischen Internet-Ablegern klassischer Medienprodukte wie Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehprogrammen und Produkten, die eigenständige Online-Angebote oft von Branchenfremden sind. Mathias Müller von Blumencron, Chefredakteur von „Spiegel Online“, sieht eine klare Trennlinie zwischen „journalistischen Sites und Sites, die mit Journalismus nichts zu tun haben“. Er fordert von seinen Redakteuren noch die ehernen Grundsätze des Journalismus ein: saubere Recherche, verständige Schreibe und den Mächtigen auf die Finger schauen.

■ Trotz des Zeitdrucks genaue Analyse

Online-Journalismus ist tendenziell eher ein Redigier-, denn ein Recherchiergeschäft, Web-Reporter vor Ort gibt's fast gar nicht. Der maßgebliche Unterschied zur Zeitung oder Zeitschrift liegt in den technischen Möglichkeiten, etwa der Schnelligkeit, der globalen Perspektive und des fehlenden Redaktionsschlusses. Anstelle einen bestimmten Platz zu einer bestimmten „Dead-Line“ zu füllen, rückt die von Minute zu Minute wechselnde Ereignislage in den Vordergrund. Die entscheidet, wann und wie oft die Seiten verändert werden. Traditionell geprägte Internet-Medien, wie „Spiegel-Online“, legen trotz des permanenten Drucks zur Aktualität großen Wert auf die Analyse, was wiederum auf das Anforderungsprofil ihrer Redakteure niederschlägt. Für gute Produkte, meint nicht nur der Online-Ableger des berühmten Nachrichtenmagazins, wächst in der Branche die Anerkennung. So hat das Grim-

me Institut im letzten Jahr erstmals einen Online-Award ausgeschrieben und der Axel-Springer-Journalistenpreis ist mittlerweile auf das Internet ausgedehnt worden.

Selbst bei der Refinanzierung sieht Müller von Blumencron für sein Unternehmen den klassischen Werbesektor im Vordergrund, konkret: großflächige Werbebanner auf den Seiten, elektronische Beilagen und Sonderteile. Dem Verkauf von Inhalten an andere Unternehmen, genannt Content-Syndication, räumt er hingegen keine bedeutende Rolle ein. Auch wenn die Vermischung der Inhalte mit E-Commerce, also dem elektronischen Verkauf von Büchern, CD und DVD, Kleidung oder elektronischen Geräten per Mausclick, schon das journalistische Ethos begrenzt, ist es online nicht immer einfach zu unterscheiden, was eine externe Werbeseite ist und was ein in einen Artikel eingeflochtener Link zum käuflichen Glück.

Anders sieht das bei Newcomern bzw. speziellen Multimedia-Angeboten im Web wie beim Portal „Sport1“ aus. Unternehmenssprecher Thomas Medau sieht fünf wichtige Geschäftsfelder: „Der Verkauf von Werbung, Content-Vertrieb, Erstellung anderer Websites, E-Commerce, also die geschäftliche Transaktion, und die Integration von Spielen.“ Um die Inhalte zu optimieren arbeitet „Sport1“ mit Partnerunternehmen zusammen, dem Fernsehsender DSF und der Sat.1-Sendung „ran“. Ein typischer Fall von Cross-Media, damit das Internet-Portal einen Mehrwert bietet, der Nutzer anlockt. Für den Online-Redakteur bedeutet das eine Zunahme seiner Tätigkeiten, denn er muss Inhalte nicht nur für einen Verbreitungsweg – die „Sport1“-Webseiten – aufbereiten, sondern für mehrere: für andere Online-Dienste, für den Teletext der TV-Sender und neuerdings für den Mobilfunk.

Medau: „Die Struktur der Redaktion ist nicht nur an Ressorts gebunden, sondern auch an diese verschiedenen Plattformen.“ Da sich die Distributionsmöglichkeiten ständig ändern, ist ein neues Zauberwort entstanden, der sogenannte Workflow, ein permanenter Wandel des redaktionellen Arbeitsablaufes. Medau sieht hierin die „Anforderungen an einen modernen Sportjournalisten“, obwohl er einräumt, dass einige Redakteure gerne längere Geschichten recherchieren würden, was unter diesen Umständen nicht möglich ist. Oft werden Agenturmeldungen ohne großartige Bearbeitung ins Netz gestellt, im schlimmsten Fall Zitate verschiedener Zeitungen zu einem bestimmten Thema ohne Quellenverweis als Artikel präsentiert.

Foto: Christian v. Polentz/Transit

dju-Bundesvorstand plant Online-Projekt

Der Bundesvorstand der dju bereitet seit einiger Zeit ein spezielles Projekt zum Online-Journalismus vor. Zwar ist nach den von Quereinsteigern dominierten Gründerjahren inzwischen mehr Professionalität in die Branche eingezogen. Trotzdem sind Tätigkeitsfelder bei Online/Multimedia immer noch unscharf, entstehen neue Berufsbilder. Zugleich steigen aufgrund der derzeitigen Webkrise die Fluktuation und die Zahl der ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse, ohne dass es in bedeutender Zahl Betriebsräte gäbe oder gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen. Die dju in verdi plant deshalb ein mehrjähriges Schwerpunktprojekt Online/Multimedia-Journalismus in enger Kooperation mit anderen Fach- und Berufsgruppen wie der RFAV in- und außerhalb des verdi-Fachbereichs Medien,

Kunst, Kultur. Das dju-Vorhaben soll zugleich mit anderen Projekten wie connexx.av und Onforte vernetzt werden. Konkretes Ziel ist es, Profile und Standards für Berufsbilder im Online-/Multimedia-Journalismus sowie Ausbildungswege dahin zu definieren. Zugleich könnten Kollegen in diesem Bereich durch Arbeitsgemeinschaften Online/Multimedia in allen Landesbezirken Ansprechpartner und Treffpunkte haben. Spätere Schritte könnten Vorschläge für die Weiterentwicklung bestehender Institutionen (Presserat, KSK, VG Wort/Bild etc.) und rechtlicher Rahmenbedingungen (Urheberrecht, Tarif- + Betriebsratsgesetz, Zeugnisverweigerungsrecht etc.) sein. Begleitet werden könnte das Projekt von Journalistentagen und Seminaren.

Holger Wenk/Renate Gensch ■

Während bei „Sport1“ allerdings das journalistische Produkt noch als Triebfeder gesehen wird, ist eine Menge vom Journalismus weit entfernter Angebote im Netz zu finden. In der Kommunikationsforschung werden diese durch Begriffe wie Parajournalismus (als Journalismus getarnte Laienarbeit) und pseudo-journalistische Angebote (journalistisch daher kommende Unternehmens-PR) vom Online-Journalismus abgegrenzt.

■ Fließende Übergänge zur Werbung

Nach wie vor stehen einer Konturierung des Berufsfeldes diffuse Mechanismen entgegen. Neben der Technisierung und der Nutzung der multimedialen Eigenheit des neuen Mediums Internet sind auch die Übergänge zu Werbung und zu Public Relation fließender geworden. Umso dringender ist eine Eingrenzung des Berufsprofils und ein standardisiertes Ausbildungsmuster. Obwohl Gruner+Jahr seinen Ausbildungszweig Online-Journalismus zum Jahresende auslaufen ließ, ist die Branche insgesamt nach dem wirtschaftlichen Tief wieder optimistischer geworden. In Darmstadt lobte die Fachhochschule gar entgegen der zyklischen Schwankungen

im Oktober 2001 einen Studiengang für Online-Journalismus aus. „Die Standardisierung von Ausbildung ist eine typische Form, um berufliche Muster festzuschreiben“, erklärt die Soziologin Kerstin Engels. Selbst der Deutsche Multimediaverband dmmv hat schon vor knapp anderthalb Jahren die Notwendigkeit der Professionalisierung der Branche erkannt. Er empfiehlt seinen Mitgliedsfirmen, die Ausbildung in einem Dutzend Berufen in vier großen Tätigkeitsfeldern voran zu treiben: Inhalteproduktion, Gestaltung, Technik (Hard-/Software) und Vertrieb/Werbung/Management.

„Wer in unserer Online-Redaktion arbeiten will, muss zuallererst ein guter Journalist sein. Er sollte multimedial denken können und ein medienübergreifendes, technisches Know-how besitzen“, so Rainer Tief, Leiter der Hauptabteilung Multimedia des Bayerischen Rundfunk. ARD-Vorsitzender Fritz Pleitgen sieht im Online-Journalismus gar ein Wachstumsfeld, warnt aber in einem Gespräch im Alpha-Forum von „br-online“: „Das Internet hat aus meiner Sicht eine große Zukunft. Ich werde aber alles unternehmen, damit wir nicht in die Gefahr geraten, zu sehr in Richtung E-Commerce abzugleiten.“ Der Vorsitzen-

Reine Online-Medien rechnen sich offenbar nicht – gerade wenn sie journalistisch anspruchsvoll sind: Nachdem Lycos Europa die „netzeitung“ abgab, verkauft der Web-Konzern nun auch die norwegische Online-Zeitung Net-tavisen, Vorbild des deutschen Ablegers, an den norwegischen Sender TV2.



de der Arbeitsgemeinschaften der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erinnert an die mahnen- den Worte seiner Kollegen von der „New York Times“, die meinten: „So etwas kann die publizistische Unabhängigkeit gefährden.“ Doch Pleitgen & Co. müssen auch aus einem anderen Grund besonders vorsichtig sein: Schließlich bekommen sie die Milliarden der Gebüh- renzahler nicht für E-Commerce ... Das ist eher das Geschäft der Privat- sender und anderer kommerzieller Medien. Der neueste Trend ist die wirtschaftliche Verflechtung bzw. der Zusammenschluss von journa- listischen Plattformen mit Medien- und Kommunikationsimperien modernster Ausprägung. Das be- kannteste Beispiel ist sicherlich die Fusion von AOL und Time Warner in den USA, doch auch die Deut- sche Telekom schaut sich um auf dem Markt und ist seit August 2001 mit T-Online zu 37 Prozent an „Bild.de“, nun „Bild.T-Online.de“, beteiligt. Immerhin ist es den Mit-

arbeitern des Online-Ablegers von Europas größter Boulevardzeitung gelungen, nach der Auslagerung bei Springer im Oktober einen eigen- en Betriebsrat zu gründen. „Die Leute mit journalistischen Verträgen sind an Tarife angegliedert“, erläu- tert Betriebsrat Peter Brunner, und räumt ein: „Wir bewegen uns aber in einem neuen Berufsumfeld“. Das Ziel des Betriebsrats ist es, zu einer tarifähnlichen Haus-Vereinbarung zu kommen, falls nicht bald bun- desweite Online-Tarifvereinbarun- gen erreicht werden.

■ **Bei Tarifen außen vor**

Denn nicht nur die bei „Bild.T- Online.de“ abgeschlossenen Arbeits- verträge höhlen das bisherige jour- nalistische Tarifniveau aus: Die Begrenzung der Regelarbeitszeit, Sonn- und Feiertagszuschläge so- wie zusätzlich freie Tage, Arbeitge- berzuschüsse zur berufsständigen Altersabsicherung Presseversor- gungswerk gelten zwar für Print-

und Rundfunkjournalisten, jedoch fast nie für ihre Online-Kollegen. Ebenso exotisch wie die neuen Be- rufsbezeichnungen – Info-Broker, Content-Editor, Online-Manager – ist das Zustandekommen der Rang- ordnung in Sachen Marktführung. Unangefochtener Spitzenreiter ist „Bild.T-Online.de“. Eine Stärke von Online-Produkten ist, dass genau die Zahl der Nutzer gemessen wer- den kann. Dies geschieht in Visits (Besuche eines gesamten Web-An- gebots) und Page Impressions (die dabei aufgerufenen Seiten). Ein Vi- sit beträgt ungefähr sechs Page Im- pressions, wovon „Bild.T-Online.de“ bis zu 256 Millionen monatlich hat. Simpler Trick: Die Inhalte wer- den auf möglichst viele Unterseiten verteilt, so dass der Besucher, um die vermeintlich besten Kanzlerwitze zu lesen, zwölfmal klicken muss. Löffelholz warnt die Online-Bran- che insgesamt davor, das Medium Internet nur ökonomisch als Dienstleistung zu nutzen: „Es ist auch ein Kulturgut“.

Eine Folie für neue Berufe

Auswirkungen der Branchenkonvergenz auf die Tätigkeitsprofile der „Inhaltsproduzenten“

In einem von AOL geförderten Forschungsprojekt ging Kerstin Engels der Frage nach, welche Auswirkungen die Branchenkonvergenz im Online- und Multimedia-Bereich auf die Tätigkeitsprofile und Qualifikationen der redaktionellen „Inhaltsproduzenten“ hat. Die Mitarbeiterin des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung in Hamburg untersuchte hierfür 2001 anhand von elf elektronischen Stellenbörsen 290 Job-Anzeigen und führte 15 vertiefende Experten-Interviews.



Wird in den Online-Medien der klassi- sche Journalismus als Berufsprofil eine entscheidende Rolle spielen?

Kerstin Engels: Rein quantitativ gesehen, ist Journalismus im engeren Sinne jetzt schon in der Minderheit. Qualitativ ist es insofern anders, als dass das einzige bisher schon eta- blierte Berufsbild journalistisch ist und über eine Vielzahl an handwerk- lichen Regeln verfügt. Insofern spielt Journalismus als die Folie für die neuen Berufe eine wichtige Rolle.

Welche Bedeutung hat die technische Erweiterung hin zum Content-Mana- gement für den Online-Journalismus?

Was sich anhand der Analyse der Stellenanzeigen recht gut abgezeich- net hat, sind zwei unterschiedliche Ausprägungen. Während Online- Redakteure am nächsten am journa- listischen Verständnis angesiedelt sind, ist im Bereich der Content- Manager die Nähe zum Journalis- mus nicht so groß. Inhalt wird hier zur Ware und zum Gegenstand des Managements und der Verwaltung.

Kerstin Engels für ein neues berufliches Selbstverständnis

Einerseits wird das berufliche Anfor- derungsprofil durch neue Marktstrate- gien immer höher – Stichworte sind „Cross-Media“, „Content-Syndication“ und „Integration von Content und Wer- bemöglichkeiten“, andererseits die inhalt- lich-redaktionelle Produktion ausgela- gert. Verwässert dies den journalisti- schen Auftrag nicht schon im Vorfeld?

Es geht um das Erschließen zusätz- licher Erlösquellen. Cross-Media erzielt dies durch Synergien. Eine andere Möglichkeit ist, externe Kundeninteressen eng in den re- daktionellen Zusammenhang ein- zubinden. Der Trennungsgrundsatz von Werbung und Redaktion wird dadurch ausgehöhlt. Durch Con- tent-Syndication geht das publizis- tische Ziel eines gesamten Medien- produktes verloren. In dem Moment, wo für unterschiedliche Produktions- zusammenhänge gearbeitet wird, bekommt das einen austauschbaren Charakter. Aber die Tätigkeit für verschiedene Medien ist im Jour- nalismus nicht neu. Von daher ist Content-Syndication nur eine Wei- terentwicklung, angetrieben durch die Ökonomisierung der Inhalte. Ich vermute, dass ein neues Berufs- verständnis entsteht. Redakteure sind dann eher Manager.

Bei all den Problemen der Eingrenzung des Berufsfeldes hat sich der Begriff Online-Journalismus am ehesten etabliert. Welche Rolle spielt dabei die Standardisierung von Ausbildungsangeboten?

Die Standardisierung von Ausbildung ist eine typische Form, um berufliche Muster festzuschreiben. Es geht um die Verallgemeinerung von Arbeitsaufgaben zu Tätigkeits- und Qualifikationsmustern, die als sinnvoll und gültig anerkannt werden. Das gilt auch für den Online-Journalismus, wenn durch Ausbildungsgänge bestimmte Formen des journalistischen Handwerks übertragen werden.

Hilft zur besseren Orientierung auch ein Austausch unter Angehörigen des Berufsfeldes?

Die Kommunikation bestimmter Erfahrungswerte trägt dazu bei, dass sich ein berufliches Selbstverständnis etabliert. Hierzu gehören journalistische Netzwerke und Stammische oder Mailinglisten. Es können dabei Probleme der Tätigkeitsbereiche ebenso besprochen werden wie Verdienstmöglichkeiten.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Gewerkschaft?

Es gehört zu ihren Aufgaben, diese Austauschmöglichkeiten zu fördern.

Ein weiterer Aspekt ist die Tarifpolitik. Tarifliche Regelungen sind eine fortgeschrittene Form, berufliche Muster zu fixieren, weil verschiedene Interessengruppen darüber einen Konsens erreichen müssen, was Teil der Tätigkeit ist und was nicht und welche Vergütung angemessen ist. Auch die Ausbildung wird von Tarifvereinbarungen mit erfasst. dju und DJV wirken als Interessenvertreter der Journalistinnen und Journalisten darauf hin, das Berufsbild des etablierten Journalismus im Rahmen der Norm aufrechtzuerhalten. Das kann dann auf das neue Umfeld übertragen werden.

Das Gespräch führte
Martin Sonnleitner ■

Abschluss als Allrounder

In Darmstadt erwerben junge Leute das Rüstzeug für bessere Zeiten

Brauchen wir Online-Journalisten? Der Dunst einer medialen Revolution mit weitreichenden Folgen für den Journalismus hat sich schneller aufgelöst als der Morgennebel. Von multimedialer Verknüpfung kaum eine Spur. Denken in kleinen Kästchen, Online-Journalismus ist eines davon. Vielleicht konnte das Internet seine multimediale Potenz als dialogisches Medium deshalb nicht in Stellung bringen, weil es zu Zeiten des Hypes keine spezialisierte Ausbildung gegeben hat.

An der FH Darmstadt trotz man der Krise und bietet acht Semester zum Diplom-Online-Journalisten an. Prof. Dr. Klaus Meier, stellvertretender Leiter des Studiengangs, glaubt an die Notwendigkeit, Journalisten auszubilden, die besondere Kenntnisse und Fertigkeiten im Bereich der Neuen Medien mitbringen: „In erster Linie bilden wir Journalisten aus.“ Dazu gehören alle Stilformen, die im Printbereich gefordert werden, Einstiege in die Arbeit mit Ton- und Bildmaterial, Recherche-techniken, bei denen die Online-recherche nur ein Mittel der Informationsgewinnung darstellt. „Unsere Absolventen sind Allrounder, die sich einfach intensiver mit der Umsetzung von Onlineprojekten befassen haben.“ Um diesem Anspruch gerecht zu werden, besuchen die Studenten unter anderem Veranstaltungen in den Bereichen Sozial- und Kulturwissenschaft, Recht, Medienökonomie. Mehr noch, die Absolventen sollen zusätzlich auch eine Fremdsprache für sich journa-

listisch nutzbar machen. Die derzeitige Schwäche der journalistischen Angebote im Netz sieht Dr. Meier gelassen: „Die Online-Nutzungszahlen steigen weiter, und es gibt bei den Lesern unter 30 Jahre mehr Online-Leser als Zeitungsabonnenten. Ich behaupte, der Imagetransfer eines Online-Auftritts zu seinem Print-Pendant funktioniert immer besser und ist weder für die Verlage noch für die Werbewirtschaft dauerhaft zu ignorieren.“ Die diplomierten Onliner aus Darmstadt-Dieburg werden sich bewähren, wenn es darum geht, die Schnittstelle zwischen Print-Objekt und Online-auftritt zu organisieren, das Workflow-Management in den Griff zu kriegen oder Mitarbeiterzeitungen über das Intranet zu verbreiten.

■ Entscheidung für PR

„Auch den Bereich der Online-PR sollte man nicht unterschätzen“, erklärt Meier, „Etwa die Hälfte der derzeit 86 Studenten werden sich im Schwerpunktfach nicht für Journalistik sondern für PR entscheiden.“ Tendenzen zur Integration der Online-Spezifika in das herkömmliche Berufsbild „Journalismus“ finden sich auch jenseits der Universität. Die Henri-Nannen-Schule von Gruner + Jahr hatte im Herbst 2000 neben der bisherigen Journalisten-ausbildung 13 Online-Volontäre angenommen, die in 24 Monaten zu Online-Redakteuren ausgebildet wurden. Einige von ihnen mussten – beispielsweise wegen Schließung der „Computer Channel“-Redaktion – während der Ausbildung intern

wechsellern, 2002 wurde das Projekt wieder eingestellt. Schulleiterin Ingrid Kolb sieht nach wie vor Perspektiven für Online-Journalismus, nur müssten zunächst die üblichen Anforderungen erlernt werden. Deshalb spare die HNS nicht an der traditionellen Ausbildung, und integriere die Besonderheiten des Schreibens für das Netz. Ähnlich bei der Deutschen Welle, die ihre Ausbildung zum Online-Redakteur in ein Modell mit den drei Säulen Radio, TV und Online integriert hat. Laut Ausbildungsbeauftragtem Bernhard Graf v.d. Schulenburg sind journalistische Inhalte das Wichtigste. „Ziel unserer Ausbildung ist sowohl die Vermittlung des journalistischen Handwerks als auch der medialen Sach- und Vermittlungskompetenz. Dies gilt medienübergreifend für Radio, TV und Online“. 2001 begann auch die Georg von Holtzbrinck-Schule (Verlagsgruppe Handelsblatt) mit der Ausbildung von Online-Redakteuren. „Neben journalistischen Inhalten werden in der Online-Ausbildung zusätzlich die technischen Grundlagen für das Publizieren im Web vermittelt“ steht auf den Webseiten zu lesen, der erste Lehrgang wird im März 2003 beendet sein. Danach wird auch hier die Trennung von Volontären und Online-Volontären zu Gunsten einer integrierten Ausbildung mit Online-Teil aufgegeben, so der neue Leiter der Schule, Joachim Weidemann. Auch die Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner in München bildet zum Online-Journalisten aus

Henri Nannen Schule
<http://www.hns.de/>

Ausbildungsseiten der Deutschen Welle
<http://dw-world.de/german/0,3367,3007,00.html>

Georg von Holtzbrinck-Schule
<http://www.holtzbrinck-schule.de>

Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner
www.journalistenakademie.de

Die Studie von Dr. Hooffacker
<http://www.online-journalismus.org/studieonline/index.html>

Martin Brust (Frankfurt) und Mario Gongolsky (Bonn) sind Mitglieder des Redaktionsbüros des Mediatic.de

– der Lehrgang richtet sich an Hochschulabsolventen mit journalistischen Erfahrungen, ist aktuell von neun auf sechs Monate verkürzt worden und vermittelt journalistische Basis-Qualifikation sowie technische Kenntnisse. Grund der Kürzung waren Mittelstreichungen in der Förderung durch das Arbeitsamt. Gabriele Hooffacker ist auch Autorin des

Lehrbuchs „Online-Journalismus“, ihre Akademie hat im September 2002 fast sechzig in diesem Bereich tätige Fortbildungsinstitute befragt. Auch hier zeigt sich, dass „in der Praxis vorwiegend allgemein journalistische Kenntnisse vermittelt“ werden. Hooffacker interpretiert: Es habe sich „die Erkenntnis durchgesetzt, dass es sich beim Online-Journa-

lismus vorwiegend um ein journalistisches Berufsbild handelt, zu dem zuallererst Beherrschen des journalistischen Handwerks gehört“. Die vollständige Studie soll im kommenden Jahr auch zum Download bereit gestellt werden, zugleich bietet die Webseite einen guten Überblick über die Fortbildungsinstitute.

Martin Brust, Mario Gongolsky ■

Freiheit muss sich rechnen

Dr. Michael Maier, Chefredakteur der „netzeitung“ pocht auf publizistischen Anspruch

Geschäftsführer der „netzeitung“
Dr. Michael Maier:
„Der Online-Journalist steht immer unter Strom.“

Im Frühjahr 2000 als erste deutsche Tageszeitung mit Vollredaktion gegründet, die nur im Internet erscheint, lebt die „netzeitung“ immer noch – trotz Krise der New Economy. Nach zwei Besitzerwechseln ist das von Nettavisen, den norwegischen Pionieren des Online-Journalismus, initiierte Projekt nun Teil der Fachverlagsgruppe BertelsmannSpringer.

Ist die „netzeitung“ eine „normale“ Zeitung oder was zeichnet dieses reine Online-Medium aus?

Michael Maier: Ich würde die „netzeitung“ als klassische Zeitung bezeichnen, die sich aber den Aufwand der traditionellen Produktion und des herkömmlichen Vertriebs umweltschonend spart. Statt dessen nutzen wir den schnellsten, aktuellsten Weg zum Leser - das Internet. Wir sind Journalisten mit einem publizistischen Anspruch, wie auch in anderen Medien, nur: Unser Angebot wird permanent aktualisiert. Unser Selbstverständnis ist im übrigen für jeden im „Redaktionellen Kodex“ nachzulesen.

Das Internet zeichnet sich aber dadurch aus, dass es multimedial ist. Warum kreieren sie nicht aus Texten, Fotos, Grafiken, Tönen und bewegten Bildern ein völlig neues, multimediales Produkt?

Die „netzeitung“ ist vorrangig text- und damit leseorientiert. Andere Elemente wie Fotos und Grafiken setzen wir auch ein, besonders unter Cartoon gibt es politische Karikaturen in einer dem Internet adäquaten, multimedialen Form. Audio- und Video-Dateien benutzen wir eher sparsam, etwa die bewegten und bewegten Bilder vom 11. September 2001. Wir wollen nicht die bisherigen Hör-, Seh- und Lese-

gewohnheiten der Nutzer negieren oder etwa umkrempeln. Außerdem ist das Wichtigste für jedes publizistische Objekt, damit es seine Freiheit bewahren kann: Es muss sich finanziell rechnen. In einer wirtschaftlich angespannten Situation wie jetzt im Medienbereich sind wir gehalten, schlank zu bleiben und uns auf das zu fokussieren, was die Kunden wollen.

Ist Online-Journalismus ein besonderer Journalismus, wodurch zeichnet er sich im Vergleich zu Print, Radio und TV aus und was hat er mit anderen „Journalismen“ gemeinsam?

Online-Journalismus gleicht eher dem Radiojournalismus. Denn im Vergleich zu Print steht der Online-Journalist immer unter Strom, hat keinen Redaktionsschluss und damit einen anderen Rhythmus. Das erzeugt eine Art Wachheit, die sich vom klassischen Journalismus in anderen Medien unterscheidet. Dazu kommt noch, dass er besonders schnell und zugleich exakt sein muss, denn es fehlt eine Korrektur-ebene. Und er muss stärker, direkter auf den Leser zuschreiben in einer kurzen, prägnanten, korrekten Sprache.

Und was ist mit Essentials des klassischen Journalismus wie Recherche oder investigativem Arbeiten?

Die gelten auch für Online. Wir haben in der netzeitung durchaus schon eine Woche an einem Thema recherchiert, sind öfters mit enthüllenden News oder Hintergründen die Ersten, die sie veröffentlichten. Dann werden wir auch von anderen zitiert. In diesem publizistischen Mehrwert liegt eine geschäftliche Chance, die wir bei der netzeitung u.a. mit den neuen Online-Abos nutzen wollen.

Eine gedruckte Zeitung entsteht in arbeitsteiliger Kooperation von Journalisten, Fotografen, Layoutern etc und sichert dadurch auch Qualität, weil jede Profession in ihrem Bereich fit ist. Ist das auch bei der „netzeitung“ so?

Bei uns arbeitet der Journalist eher umfassend, macht im Prinzip fast alles selbst. Wir haben schlanke Hierarchien und zwischen dem Redakteur und dem Leser ist nur der Desk als eine Art Qualitätskontrolle. Fotos, Grafiken kommen von Agenturen oder auch anderen Quellen, und das Layout ist standardisiert, so dass der Journalist in definierte Plätze hineinschreibt. Selbst unsere Web-Designer haben einen journalistischen Background. Außerdem gibt es noch eine kleine Gruppe in der netzeitung, die sich um Leserbetreuung kümmert, wozu auch Fragen der Handhabbarkeit und der Navigation gehören.

Und was ist mit E-Commerce und Content-Syndication bei der netzeitung als Ergänzung zu klassischen Werbe- und Abo-Einnahmen?

Anzeigen, Banner und bezahlte Elemente sind wie bei jedem klassischen Medium klar gekennzeichnet. Die Redaktion betreibt keinen E-Commerce. Dagegen ist die Kooperation mit Partner bei der Verwertung unserer Inhalte ein sich entwickelndes Standbein. Die Kunden sind nicht nur andere Webseiten, Online-Angebote oder mobile Dienste, sondern auch klassische Medien. So nutzt Radio Liechtenstein unser Redaktions- und Content-Management-System. Seit Anfang Dezember beliefert wir das bundesweite Klassik-Radio mehrmals täglich mit gesprochenen Nachrichten.

Das Gespräch führte
Holger Wenk ■



Foto: Laurence Chaperon

Pixelpark: Betriebsrat wegsaniert

Vorstand Neef sprach 150 Kündigungen aus und musste dann selbst gehen

Nur die „absoluten Leistungsträger“ dürften im Unternehmen verbleiben, erklärte Paulus Neef, Pixelpark-Gründer und damals noch einziger Vorstand auf einer eilig anberaumten Pressekonferenz Anfang Dezember. 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen den angeschlagenen Internetdienstleister verlassen. Offenbar gehörte für den Aufsichtsrat wenige Tage vor Weihnachten auch Paulus Neef nicht mehr zur Gruppe „der absoluten Leistungsträger“. Kurzfristig wurde ihm sein Vorstandsstuhl vor die Tür gestellt.

Ebenso überraschend, wie Neef seinen Platz räumen musste, war die Nachfolgeregelung. Neuer Vorstand wurde Jürgen Richter, der bis zu seinem Rücktritt am 30. November Aufsichtsratsvorsitzender von Pixelpark war. In der eilig formulierten Presseerklärung, in der der neueste Dreh des Personalkarussells verkündet wurde, betonte der Aufsichtsrat, dass an dem Sanierungskonzept festgehalten wird.

Noch im November war verkündet worden, dass sich Betriebsrat, Vorstand, Gesellschafter und Vertragspartner auf einen Sanierungsplan verständigt hätten. Die Kündigungen wurden dann am 30. November ausgesprochen. Den Turnaround habe Pixelpark „in letzter Sekunde geschafft“, so Paulus Neef.

Klagen eingereicht

Der Druck der drohenden Insolvenz wurde in den Verhandlungen an den Gesamtbetriebsrat weitergegeben. „Mit diesen Personalkosten hätte Pixelpark auf Dauer nicht weiterleben können“, sagt der Berliner Betriebsratsvorsitzende Uwe Temme. Deshalb habe der Betriebsrat dem Personalabbau zugestimmt. Allerdings werde dies jetzt vom Unternehmen ausgenutzt. „Auch drei Schwerbehinderte wurden entlassen. Wenigstens zwei könnten aber in anderen Bereichen eingesetzt werden“, versichert Uwe Temme. Der Klage der Betroffenen räumt er deshalb gute Chancen ein.

Auf der Kündigungsliste stehen auch sieben der neun Berliner Betriebsratsmitglieder, sechs von ihnen klagen dagegen. Auch Uwe Temme hat seine Kündigung erhalten. Ebenfalls betroffen sind die fünf Ersatzmitglieder, vier wehren sich mit rechtlichen Schritten. Offenbar soll der Betriebsrat in seiner bisherigen Struktur zerschlagen werden. „Ein Betriebsrat kostet nun mal Geld“, so Temme. Großzügiger zeigte sich die Geschäftsleitung bei den Abfindungen.“ Die Kollegen hatten uns aufgefordert, einen guten Sozialplan auszuhandeln. Dies haben wir zum Glück auch durchsetzen können.“ Die jetzige Regelung sei wesentlich günstiger, als die drei Sozialpläne, die bereits in den vergangenen 17 Monaten aufgestellt wurden.

Sanierungsplan gegen den tiefen Fall

Ob mit diesem Sanierungsplan nun der tiefe Fall von Pixelpark gestoppt wurde, bleibt abzuwarten. Dabei begann die Geschichte des Internetdienstleisters und seines Gründers Paulus Neef wie ein modernes Märchen. Ganz bescheiden hatte Neef in einem Moabit-Hinterhof 1991 mit zwei Freunden angefangen, CD-ROMs und Systeme zur elektronischen Kundenberatung zu entwickeln. Innerhalb von wenigen Jahren entstand aus der Mini-Firma einer der ganz Großen der Branche. Bereits 1996 stieg Bertelsmann bei Pixelpark ein, das Unternehmen expandierte im In- und Ausland. Im Oktober 1999 wagten der damalige Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff und Paulus Neef den Börsengang. Doch der Boom endete auch für den einstigen Liebling des neuen Marktes. Die Aktie fiel immer tiefer, Neef musste Filialen wieder schließen oder verkaufen. In Spitzenzeiten beschäftigte Pixelpark rund 1200 Mitarbeiter. Rund 750 Stellen wurden in der Vergangenheit bereits abgebaut.

Das Betriebsklima habe unter dieser unsicheren Situation merklich gelitten, bedauert Uwe Temme. Deshalb seien etliche Kollegen froh,



Foto: Michaelke/imagos.de

das Unternehmen jetzt mit einer guten Abfindung verlassen zu können. Er wundere sich aber, dass Paulus Neef von so genannten „absoluten Leistungsträgern“, die bleiben dürfen, spricht: „Die Kollegen, die gehen müssen, arbeiteten überwiegend in Abteilungen, die nicht mehr benötigt werden.“

Nur noch 230 Mitarbeiter will der Internetdienstleister in Deutschland, Österreich und der Schweiz im kommenden Jahr beschäftigen. Das Büro in Hamburg wird bis auf drei Vertriebsmitarbeiter geschlossen. Die Zentrale mit fünfzig Angestellten wird in Köln angesiedelt. Von der Schrumpfkur besonders betroffen ist der Standort Berlin. In der Hauptstadt verbleiben nur noch 50 „Pixels“ im IT-Bereich und 35 Beschäftigte beim Zentrum für Logistik und Unternehmensplanung (ZLU). Das Tochterunternehmen ZLU gilt seit seinem Erwerb als umstritten. Neef habe sich diesen Deal 72 Millionen Mark kosten lassen, heißt es. Das habe fast dem Dreifachen des damaligen Umsatzes der Firma entsprochen. Das Geld soll an den frühen Investor von Pixelpark und Vater der langjährigen Lebensgefährtin von Neef, Prof. Helmut Baumgarten, geflossen sein.

Anteilskäufer gesucht

Da die nunmehr kleinere Pixelmannschaft weniger Büroraum benötigt, wurde bereits mit dem Vermieter, der HVB Immobilien AG, eine neue Vereinbarung geschlossen. Erst vor zwei Jahren war Pixelpark mit damals noch 500 Mitarbeitern in ein Quartier der Oberbaum-City gezogen. Noch einmal kräftig zututtern wird auch Hauptgesellschafter Bertelsmann. „Letztmalig“, heißt es aus Gütersloh, erhält Pixelpark eine Finanzspritze in Höhe von 3,2 Millionen Euro. Gleichzeitig hat der Medienriese aber seinen Anteil an Pixelpark von 60,3 Prozent auf nur noch 20 Prozent reduziert. Das 40,3-Prozent-Anteilspaket ging an zwei neue Investoren, die dem Umfeld von Neef zugerechnet werden. Silke Leuckfeld ■

Von der Schrumpfkur ist vor allem der Berliner Standort betroffen – nur 85 Beschäftigte von 500 können bleiben

Online hat sich durchgesetzt

Internet und E-Mails für Journalisten heute unverzichtbar

Die Online-Nutzung gehört heute zum Arbeitsalltag aller deutschen Journalisten. Sie nutzen das Internet und E-Mails häufiger und intensiver als noch vor zwei oder gar fünf Jahren. Das ist ein Ergebnis der zum dritten Mal von der dpa-Tochter news aktuell durchgeführten Erhebung „media studie 2002 – Journalisten online“ (Zusammenfassung unter www.newsaktuell.de). An der Befragung beteiligten sich mehr als 700 feste und freie Journalisten, zu fast 90 Prozent von Printmedien. 39 Prozent der Journalisten sind heute ein bis zwei Stunden täglich online, über ein Drittel sogar länger. Vor zwei Jahren gaben die meisten Journalisten (37 %) an, weniger als eine Stunde täglich im Web zu sein (siehe M 11/2000). 1997 wurden Online-Medien nur von 58 Prozent der Journalisten für die redaktionelle Arbeit genutzt (M 11/1997).

Pressemitteilungen am liebsten per E-Mail

Pressemitteilungen wollen Journalisten heutzutage am liebsten per E-Mail erhalten. Damit scheint die frühere Fax-Dominanz endgültig gebrochen zu sein (2000 noch jeweils 46 % für Fax und E-Mail). Die meisten empfangen pro Tag zwischen 21 bis 50 E-Mails (36 %). Ein großer Teil davon landet allerdings ungelesen im virtuellen Papierkorb. 37 Prozent der Journalisten lesen täglich zwischen elf und 20 E-Mails, immerhin noch 31 Prozent zwischen 21 und 50. Als größte Schwäche wird eindeutig die „tägliche E-Mail-Flut“ gesehen. Dies kann sich allerdings kaum auf Pressemitteilungen beziehen, denn die meisten Journalisten erhalten pro Tag nur bis zu zehn E-Mails von Pressestellen. Für knapp die Hälfte der Befragten stellt „die Überprüfbarkeit der Quelle“ bei E-Mails ein Problem dar.

Glaubwürdigkeit hat deutlich abgenommen

Ebenso hat die Glaubwürdigkeit des Internets deutlich abgenommen. Sagten im Jahr 2000 noch 42 Prozent, dass die Glaubwürdigkeit der dort gefundenen Informationen „sehr problematisch“ sei, so sind es heute bereits 51 Prozent. Die wichtigsten Vorteile der Internetrecherche sind für Journalisten der „ständige Zugriff auf Informationen“ (96 %) und die „einfache Möglichkeit der Vorrecherche“ (88 %), die größte Schwäche ist „das Auffinden von qualitativ hochwertigen Informationen“. Mit Abstand am häufigsten werden Hintergrundinformationen im Internet gesucht. Aber auch die Recherche nach Nachrichten, Kontaktadressen und Pressemitteilungen hat einen hohen Stellenwert. Für 92 Prozent der Befragten sind die wichtigsten Websites im redaktionellen Alltag Suchmaschinen und Webkataloge.

Technisierung der Journalisten-Arbeit

Drei Viertel der Befragten meinen, dass die „zunehmende Technisierung der Arbeit von Journalisten“ durch Online-Medien stark beeinflusst wird. Weitere Folgen seien ein „höherer Aktualitätsanspruch an Informationen“, die „Schnellebigkeit von Informationen“ und die „Ausweitung des journalistischen Berufsfeldes“. Dagegen glauben die meisten Befragten, dass die Printmedien durch das Internet nicht an Bedeutung verlieren.

Bilddateien wird der Vorzug gegeben

Digital hat sich auch in Fotoredaktionen durchgesetzt: 86 Prozent geben Bilddateien den Vorzug. Nur 14 Prozent wollen noch mit Fotoabzügen beliefert werden – vor allem Redakteure aus den Ressorts Tourismus, gefolgt von Gesundheit, Service und Kultur.

Rüdiger Lühr ■

Freiwillige zum Kündigen gesucht!

Bauer geht mit „Zuversicht in die Zukunft“ – Arbeitsplatzabbau bei ProSiebenSat1. Media AG

Heinz Heinrich Bauer führt seinen Verlag in vierter Generation, weltweit erscheinen in seinem Imperium 120 Zeitschriften, davon 31 auf dem deutschen Markt. In der Kritik steht er seit Jahrzehnten durch seinen Umgang mit Mitarbeitern und Betriebsräten – und der Ton wird immer schärfer.

Zufrieden ließ Verleger Heinz Heinrich Bauer Anfang Dezember von seinem Sprecher Andreas Fritzenkötter die Zahlen des Geschäftsjahres 2001 verkünden. Der Außenumsatz sei gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent auf 1,75 Milliarden Euro gestiegen. Für das Jahr 2002 wird ein weiterer Anstieg prognostiziert. Während die Konkurrenz fleißig Meldungen über Arbeitsplatzabbau verbreitet, stieg die Zahl der Mitarbeiter bei Bauer nach eigenen Angaben im Jahresdurchschnitt auf 6288 gegenüber 5740 im Vorjahr. „Gerade jetzt geht die Bauer Verlagsgruppe mit Tatkraft, Zuversicht und Mut in die Zukunft“, versicherte Heinz Heinrich Bauer. „Die wirtschaftliche und journalistische Kompetenz unseres Familienunternehmens und seiner Mitarbeiter sind Garantien dafür, dass wir unsere Chancen in bestehenden und neuen Geschäftsfeldern erfolgreich nutzen werden.“

Das neue Geschäftsfeld wurde durch Leo Kirchs Konkursverkauf ermöglicht. Bauer hatte sich Ende Oktober mit dem Insolvenzverwalter über den Einstieg bei ProSiebenSat.1 Media AG und über den Erwerb des Filmstocks der Kirch Media geeinigt. Rund 6000 Beschäftigte sind von dem Großdeal betroffen. Dass Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, steht bereits fest, genaue Zahlen liegen aber noch nicht vor.

Wie ihr künftiger Arbeitgeber mit seinen „Garanten des Erfolgs“ umspringt, könnten die Münchner unter anderem durch einen Blick nach Magdeburg feststellen. Dort habe „Krieg am Werkstor“ geherrscht, wie ein Beobachter des Arbeitskampfes von 1997 sich noch heute mit Grauen erinnert. Bauer, der einen Pilotenschein besitzt, ha-

be die Streikbrecher höchstpersönlich auf das Firmengelände geflogen. Und wie Helmut Kohl, von dem er seinen Sprecher Andreas Fritzenkötter übernahm, gilt auch Heinz Heinrich Bauer als Elefant, der nichts vergisst oder verzeiht. Der fünfwöchige Streik endete für den Verleger mit einer Niederlage, er musste zulassen, dass die Mitarbeiter endlich einen Tarifvertrag erhielten.

Primitiver Racheakt nach Gutsherrenart

Eine Quittung erhielten 17 Beschäftigte der Druckservice Barleben GmbH als „besonderes Weihnachtsgeschenk“ von Bauer Ende November 2002. Die Mitarbeiter seien von der Schicht ahnungslos nach Hause gekommen, als sie per Boten ihre sofortige Beurlaubung erhielten. Die Kündigungen folgten einige Tage später. „Dies ist ein primitiver Racheakt nach Gutsherrenart“, meint ver.di-Fachbereichsleiter Michael Kopp. Mit dem erkämpften Tarifvertrag wurde auch das so genannte Maßregelungsverbot festgeschrieben, dass Nachteile für die Streikenden ausschließt. Deshalb habe Bauer mit seinem Gegenschlag so lange gewartet, vermutet Michael Kopp. Es gäbe weder einen Sozialplan, noch würden Abfindungen gezahlt, so Tobias Göbel, Betriebsrat Druckservice Barleben GmbH: „Wir klagen jetzt beim Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung.“ Die zuvor von Bauer neu gegründete Media Service Barleben GmbH hätte bereits mit der Beurlaubung der Gekündigten deren Aufgaben übernommen. Die dortigen Kollegen arbeiteten selbstverständlich ohne Tarifvertrag, zu niedrigeren Löhnen und ohne Betriebsrat.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde die Mediengruppe Magdeburg in etliche kleine, ausgegliederte Firmen aufgesplittet. Die Mitarbeiter werden ebenfalls ohne Tarifvertrag, zu niedrigeren Löhnen und ohne Interessenvertretung beschäftigt. Dagegen kämpfte der Betriebsrat der Magdeburger Ver-

lags- und Druckhaus GmbH, der für die „Magdeburger Volksstimme“ zuständig ist, und der Betriebsrat der Druckservice Barleben GmbH vor Gericht. „Sie klagen auf die Feststellung, dass die abgespaltenen Firmen nach dem Betriebsverfassungsgesetz einen Betrieb bilden“, berichtet Kopp. Das Landesarbeitsgericht in Halle gab den Betriebsräten Recht. „Eigentlich ist das Urteil bereits rechtskräftig“, so Göbel. Damit müsste es eine Sozialauswahl bei Entlassungen und einen Sozialplan geben. Müsste – denn mit allerlei juristischen Kniffen verhindert Bauer dies bisher erfolgreich und damit auch, dass ein gemeinsamer Betriebsrat gegründet werden konnte.

Splitterunternehmen mit kleinen Betriebsräten

Bauer zerstückle sein Imperium mutwillig in viele kleine KGs, beschreibt Kopp die Unternehmensstrategie. Dies mussten nicht nur die Magdeburger erfahren, auch die Hamburger Beschäftigten können davon ein trauriges Lied singen. Bereits in den 80er Jahren gliederte Heinz Heinrich Bauer Unternehmenseinheiten aus. Für jedes Splitterunternehmen wollte er einen eigenen Betriebsrat, anstelle eines großen für alle. Ein jahrelanger Rechtsstreit zehrte an den Nerven aller Beteiligten. Schließlich einigte sich 1990 die Bauer Verlagsgruppe mit der IG Medien und dem DJV. Ein gemeinsamer Betriebsrat für die Beschäftigten am Standort Hamburg wurde für die Redaktions KG vereinbart. Doch im vergangenen Jahr war dies plötzlich passé. Kurz vor der Betriebsratswahl kündigte Bauer das so genannte Toleranzabkommen. Statt einem Betriebsrat müssen sich jetzt sieben Betriebsratsgremien um

die Belange der rund 1100 Hamburger Beschäftigten kümmern. In der hauseigenen Mitarbeiterpostille „BauerIntern“ vom 5. Dezember 2001 konnten die Arbeitnehmer dann nachlesen, welchen Sinn für den Verleger diese Aktion macht. „Neu zusammengestellte, dezentrale Unternehmenseinheiten werden in der Lage sein, im schärferen Wettbewerb schneller und flexibler zu reagieren“, hieß es. Dann folgte ein Interview mit dem Personalchef Axel Filip. Er versicherte, dass den Mitarbeitern keine Nachteile entstünden und sie ihre Besitzstände, wie Urlaub, Gehalt, Arbeitszeit oder auch Betriebszugehörigkeit, behalten dürften.

Dabei wären diese Ängste nicht unbedingt unbegründet. So sollten bei der Bauer Reprinttechnik 25 Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Komplettrausschuss konnte nur zum Teil durch den Betriebsrat abgewendet werden. Die Situation war absurd: Nur wenn sich ausreichend Mitarbeiter fanden, die sich freiwillig kündigen ließen, war Bauer bereit, einige wenige zu behalten. Für diese Betroffenen wurde ein Sozialplan aufgestellt.

Weniger Gehalt

„Es haben sich 17 Kollegen gemeldet, die verbliebenen haben jetzt wieder eine 40-Stunden-Woche und natürlich weniger Lohn“, sagt Ursula Meyer, Konzernbetriebsratsvorsitzende. Ähnlich wurde in der Dokumentation verfahren. „Seit November haben alle Kollegen neue Verträge erhalten. Sie bekommen im Durchschnitt zehn Prozent weniger Gehalt, bei 40 Stunden Arbeitszeit in der Woche.“ Hätten sie sich geweigert, wäre die Dokumentation geschlossen worden. Offenbar nicht erwünscht ist



Foto: dpa

Der deutsche Verleger Heinrich Bauer mit Ehefrau Gudrun zur Verleihung des Medienpreises „Goldene Feder“ 2002 in Hamburg. Mit dem vom Heinrich-Bauer-Verlag seit 1992 in mehreren Kategorien vergebenen Preis werden „herausragende Leistungen“ in den Medien gewürdigt.

im Bauer-Imperium ein offener Umgang zwischen Betriebsräten und Mitarbeitern. Sowohl den Einzelbetriebsräten, als auch dem Konzernbetriebsrat wurde verboten, schriftliche Informationen im Haus zu verteilen, in denen sie über Sitzungen mit der Geschäftsleitung berichten. „Dies sei nicht unsere Aufgabe hieß es. Dagegen müssen wir jetzt klagen“, bedauert Ursula Meyer. Für reichlich Ärger sorgt auch die Seite, die der Konzernbetriebsrat für das Bauer-Intranet entwickelt hat. In einer Betriebsvereinbarung wurde dies verbindlich geregelt. „Jetzt ist die Seite fertig, aber wir dürfen sie nicht einstellen. Auch dagegen müssen wir jetzt klagen“, sagt Ursula Meyer.

Nicht die einzigen Überraschungen, mit denen die Betriebsräte im vergangenen Jahr konfrontiert wurden. Unter anderem feuerte Bauers Smaragd KG die komplette Belegschaft von „Bravo Sport“, das Blatt wird jetzt von einer Agentur in Köln produziert. Silke Leuckfeld ■

Positionen und Informationen des ver-di Medienbereiches im Netz

Ver.di nimmt eine eindeutige Position zum derzeit verschärft laufenden „Medien-Monopoly“ in Deutschland ein. Meinungs- und Medienvielfalt stehen ernsthaft zur Disposition. Eine Stellungnahme des ver.di-Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie ist zu finden unter: <http://www.verdi-verlage.de>.

Unter <http://asv.verdi-verlage.de> ist die erste ver.di-Betriebsgruppe im Fachbereich Medien mit einem eigenen www-Auftritt vertreten. Das Angebot richtet sich an die 4 000 Beschäftigten im Axel-Springer-Verlag Hamburg. Der ver.di-Auftritt wird von der Betriebsgruppe im ASV gepflegt und aktualisiert. In den ersten Wochen hat es mehrere Tausend Zugriffe auf diese Seiten gegeben.

Das Jahresprogramm für Bildungsangebote – auch für Freie – im Medien- und Kunstbereich wurde mit der M 12/2002 versandt. Weitere Angebote sind auch unter www.verdi.de unter dem Button Bildung zu lesen. Eine Übersicht von ver.di-Seminaren für Freie gibt es außerdem unter:

www.mediafon.net/download/verdi_seminare_2003.pdf und es gibt hier auch den pdf-File: [MM-Beilage2003.pdf](http://www.mediafon.net/download/MM-Beilage2003.pdf)



Foto: dpa



Foto: Werner Bachmeier

Hunderte Arbeitsplätze vernichtet

Beim Süddeutschen Verlag formiert sich der Widerstand der Belegschaft

Der Süddeutsche Verlag mit seinem Flaggschiff „Süddeutsche Zeitung“ fährt derzeit einen scharfen Sparkurs. Bis Ende 2004 sollen 950 der etwa 5000 Stellen gestrichen werden. Hunderte mussten bis Ende des vergangenen Jahres bereits gehen. Aufgrund der Krise in der Medienwirtschaft ging der SV für das Geschäftsjahr 2002 von einem negativen Ergebnis in zweistelliger Millionenhöhe aus.

Betroffen sind alle Bereiche des renommierten Verlages, dessen Betriebsratsvorsitzender Klaus Schönauer die Situation kurz und prägnant als „bisher nie da gewesenes Chaos“ bezeichnete. So war es nicht ganz verwunderlich, dass Kolleginnen und Kollegen aus allen Verlagesteilen, einschließlich der bis dato zurückhaltenden Redaktion, Protesthaltung annahmen.

ver.di-Landesbezirksleiter Josef Falbisoner, der SV-Betriebsratsvorsitzende Klaus Schönauer und der Betriebsratsvorsitzende der SV-Hüthig-Fachverlage am Standort München, Harald Pürzel gingen mit Management und Gesellschaftern hart ins Gericht. Zwar leide der Verlag auch unter der Anzeigenkrise, dieses Problem sei aber durch krasse Managementfehler und das Verhalten der Gesellschafter dramatisch verschärft worden. Mit schrillen Pfiffen wurde der Hinweis quittiert, dass sich die Gesellschafter in den letzten Jahren zwar exzessive Ausschüttungen genehmigten, jetzt aber nicht zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. Obwohl der Verlag allein von 1998 bis 2000 Gewinne

von etwa 200 Millionen Euro einführte, seien keine Rücklagen gebildet worden. Schließlich hatten die Alt-Gesellschafter des SV eine Kapitalaufstockung aus eigenen Mitteln abgelehnt.

Angedroht! Neue Form von „Montagsdemos“

Heftig kritisiert wurden die rüden Methoden des Konzerns im Umgang mit gekündigten Mitarbeitern. So wurden bei der SV-Tochter Hüthig-Fachinformationen langjährige Mitarbeiter aufgefordert, sofort den Arbeitsplatz zu räumen, obwohl noch nicht einmal die Betriebsratsanhörung zur Kündigung erfolgt war. Auf der Protestversammlung wurde auch heftiger Unmut gegen das Wirken der Beratungsgesellschaft Roland Berger geäußert. Für das Honorar von geschätzt einer Million Euro käme nur das immer gleiche Rezept heraus: Personalabbau um jeden Preis. Der Betriebsrat fordert jetzt ultimativ, das Gesamtkonzept von Berger zur Einsicht zu erhalten. Dagegen wehren sich Verlagsleitung und Gesellschafter ebenso, wie gegen die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses.

Sollte der Verlag bei seiner bisherigen Politik bleiben und sollte er weiterhin die Einsicht in die Wirtschaftsdaten und das Berger-Konzept ablehnen, kündigte Klaus Schönauer eine neue Form der aus Wendezeiten bekannten „Montagsdemonstrationen“ an. Diesmal freilich in der Sendlinger Straße in München. wen ■

Die Südwestdeutsche Medien Holding GmbH werde sich über eine Kapitalerhöhung am Süddeutschen Verlag beteiligen und damit sechster Gesellschafter, wurde im November bekannt gegeben. Der neue Partner des SV ist die Obergesellschaft der Zeitungsgruppe Stuttgart mit zahlreichen Beteiligungen im Medienbereich.

Gemeinsame „Mittagspause“ der SV-Belegschaft in München

500 Beschäftigte des Süddeutschen Verlags (SV) und seiner Tochterbetriebe protestierten am 18. Dezember vor dem ehrwürdigen Verlagsgebäude in der Münchener Sendlinger Straße gegen die rigide Arbeitsplatzvernichtung und das Missmanagement im Konzern. Zur gleichen Zeit gingen Beschäftigte der SV-Tochter Hüthig in Heidelberg auf die Straße.

Justizsenator behindert Recherche

Interviews in Hamburger Vollzugsanstalten untersagt

Seit in Hamburg die Mitte-Rechts-Regierung aus CDU, Schill-Partei und FDP das Sagen hat, ist es Journalisten untersagt, in Hamburgs Justizvollzugsanstalten zu recherchieren. Genehmigungen, mit Insassen zu sprechen werden ebenso abgelehnt wie Interviewanfragen mit den gewählten Sprechern der Insassenvertretungen. Justizsenator

Roger Kusch (CDU) lässt durch seinen Presssprecher verlautbaren, dass Journalisten ja bei Presseeinladungen durch die Justizbehörde über diese Veranstaltung berichten könnten – selbständige Recherchen sind allerdings nicht mehr gestattet.

Die dju Hamburg plant daher, sich gegen die Willkür des Justizse-

natoren zur Wehr setzen. Dafür brauchen die Kollegen dringend die Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wie dort mit Interviewanfragen verfahren wird. Bitte – positive wie negative – Erlebnisse mit dem Zugang zu Gesprächspartnern in Gefängnissen dringend weitergeben. Kontakt: joern.breiholz@t-online.de, Tel.: (040) 43 19 00 09.

Kontakt:
joern.breiholz@
t-online.de,
Tel.: (040) 43 19 00 09

Recht auf Vergessen

Rüge für Umgang mit Personendaten bei Aufarbeitung historischer Kriminalfälle

Der Beschwerdeausschuss zum Redaktionsdatenschutz des Deutschen Presserats hat Ende November 2002 eine öffentliche Rüge gegen die „Volksstimme Magdeburg“ ausgesprochen. Die Zeitung berichtete unter der Überschrift „Der LPG-Hof-Mörder von Lindau“ über einen 38 Jahre zurückliegenden Kriminalfall. Sie bezeichnet den damaligen Täter als Mörder, obwohl die zugrunde liegende rechtskräftige Verurteilung nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlages erfolgte.

Der damalige Täter, der nach Ableistung einer langjährigen Freiheitsstrafe inzwischen seit geraumer Zeit ein resozialisiertes Leben führt, fühlt sich durch diese Veröffentlichung in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt. Der Ausschuss rügt die Verletzung des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen sowie den allgemeinen Sorgfaltspflichten nach den Ziffern 2, 3 und 8 des Pressekodex. Besonders betroffen ist dabei das in Ziffer 8 des Pressekodex enthaltene allgemeine Persönlichkeitsrecht in seiner Ausprägung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Eine besondere Facette dabei ist das so genannte „Recht auf Vergessen“.

Pressekodex, Ziffer 8:

« Die Presse achtet das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen. Berührt jedoch das private Verhalten öffentliche Interessen, so kann es im Einzelfall in der Presse erörtert werden. Dabei ist zu prüfen, ob durch eine Veröffentlichung Persönlichkeitsrechte Unbeteiligter verletzt werden.

Die Presse achtet das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.»

Zwar sieht der Ausschuss die öffentliche Aufarbeitung historischer Kriminalfälle weder grundsätzlich noch in den Fällen generell als unzulässig an, in denen damalige Täter oder Opfer noch leben. Es ist jedoch in jedem Einzelfall zu gewährleisten, dass die Persönlichkeitsrechte und insbesondere der Schutz personenbezogener Daten von Beteiligten durch die Berichterstat-

tung nicht verletzt werden. Ein sensibles personenbezogenes Datum ist dabei auch die Angabe von Vorstrafen. Deshalb werden bei deren Verwendung besondere Anforderungen an die Einhaltung von Sorgfaltspflichten gestellt. Die sachlich unzutreffende Bezeichnung als Mörder in dem vorliegenden Fall stellt daher für den Ausschuss einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Grundsatz des sorgfältigen und ordnungsgemäßen Umgangs mit personenbezogenen Daten dar. Eine Richtigstellung dieser auch nach Kenntnis der Redaktion nicht zutreffenden Bezeichnung erfolgte jedoch nicht.

Darüber hinaus hält der Ausschuss den damaligen Täter in der Berichterstattung für identifizierbar. Die Namensnennung war jedoch sowohl zum Schutz der Resozialisierung des Betroffenen als auch zur Wahrung seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung unzulässig. Dieser Schutz der persönlichen Daten kann ein um so stärkeres Gewicht in der Abwägung mit dem öffentlichen Informationsinteresse erlangen, je länger der zugrunde liegende Sachverhalt zurückliegt.

Da es sich hier um einen mehrere Jahrzehnte zurückliegenden Fall handelt, sah der Beschwerdeausschuss den Schutz des Betroffenen hier als vorrangig an. Wichtig war dem Beschwerdeausschuss, dass die in der Veröffentlichung enthaltene Rechtsverletzung nicht fortbestehen darf, z.B. durch die Vorhaltung des Artikels in einem für jedermann abrufbaren Archiv. Er forderte er die Zeitung daher auf, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederholung der Regelverletzung auch durch Dritte zu vermeiden. Insbesondere sei eine Richtigstellung vorzunehmen und diese – ebenso wie die Entscheidung des Presserats – zu den gespeicherten Daten zu nehmen. Richtlinie 3.2 führt dazu aus:

Führt die journalistisch-redaktionelle Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten durch die Presse zur Veröffentlichung von Richtigstellungen, Widerruf, Gendarstellungen oder zu Rügen des Deutschen Presserats, so sind diese Veröffentlichungen von dem betreffenden Publikationsorgan zu den gespeicherten Daten zu nehmen und für dieselbe Zeitdauer zu dokumentieren wie die Daten selbst. Deutscher Presserat/red. ■

Pressekodex, Ziffer 2

« Zur Veröffentlichung bestimmte Nachrichten und Informationen in Wort und Bild sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. (...) Dokumente müssen sinngetreu wiedergegeben werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen. (...)»

Pressekodex, Ziffer 3

« Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.»

„Achtung: Pressefreiheit“

Journalistische Ethik in Beispielen für den Unterricht

„Achtung: Pressefreiheit“ heißt eine neue Sammlung für den Unterricht mit Fällen aus der Spruchpraxis des Deutschen Presserats. Sie bereitet erstmals das Thema „Journalistische Ethik“ anhand aktueller Beispiele für Schule und Weiterbildung auf. Auch für Schüler ist wichtig zu wissen, was ein Journalist darf und was nicht. Deshalb geben „ZEUS – Zeitung und Schule“, das medienpädagogische Projekt der Journalistenschule Ruhr, und der Deutsche Presserat, die Freiwillige Selbstkontrolle der Printmedien, dieses Themenheft heraus.

In der knapp 100seitigen Broschüre finden Lehrer Fälle zu jeder Ziffer des Pressekodex, in dem der Presserat seine publizistischen Grundsätze niedergelegt hat – zum Beispiel zu den Stichpunkten „Journalistische Sorgfaltspflicht“, „Wahrung der Persönlichkeitsrechte“ und „Schutz der Menschenwürde“. Der zweite Schwerpunkt sind Ideen, wie diese Fälle im Unterricht vermittelt werden können. Eine Chronik des Presserats, verschiedene Graphiken sowie eine Erläuterung des Beschwerdeweges runden das Heft ab.

„Achtung: Pressefreiheit“ richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer aller weiterführenden Schulen sowie an Verantwortliche in der Aus- und Weiterbildung, die die Medienkompetenz von Jugendlichen fördern wollen. Ursula Ernst-Flaskamp, Vorsitzende des Beschwerdeausschusses des Deutschen Presserats: „Um jungen Lesern die Vorteile, aber auch die Grenzen einer freien Presse zu demonstrieren, ist dieses Heft entstanden.“

Die Broschüre ist für 8,50 Euro (inklusive Porto und Versand) erhältlich bei:

ZEUS – Zeitung und Schule
Tel. (0201) 804 19 65
Fax: (0201) 804 19 58
E-Mail: info@zeusteam.de
http://www.zeusteam.de
Ansprechpartnerin: Sabrina Stief

Deutscher Presserat
Tel. (0228) 98 57 20
Fax: (0228) 98 57 299
E-Mail: info@presserat.de
http://www.presserat.de
Ansprechpartnerin: Ella Wassink



Mit 24 statt zehn überall fernsehen

Berlin-Brandenburg: Weltweit erste Abschaltung von analogen Frequenzen zugunsten von DVB-T

Details ...

unter www.ueberallfernsehen.de
oder www.digitalfernsehen.de

Der Countdown läuft: Am 28. Februar will Berlin weltweiter Vorreiter sein. Erstmals sollen in großem Umfang analoge Antennenfrequenzen abgeschaltet und darauf digitale Fernsehsignale verbreitet werden. Das so genannte Digital Video Broadcasting (DVB-T) wird seit 1. November 2002 schrittweise in Berlin-Brandenburg in den Regelbetrieb überführt: Seither können über 4,5 Millionen Haushalte Das Erste der ARD, ZDF, ORB, SFB1, RTL, RTL II, Pro Sieben und Sat.1 in digitaler Ton- und Bildqualität empfangen. Ab 1. März werden es über 20 Programme sein.

Was bei Satellit und Kabel (DVB-S und -C) schon zum Alltag gehört, ist bei der Terrestrik ein Novum. Die Standards sind zwar schon lange definiert und DVB-T-Tests laufen in Deutschland mindestens seit 1997. Zu den Vorteilen von DVB-T gehört außer der Qualität auch die Angebotsvielfalt. Ähnlich wie bei Kabel und Satellit werden TV-Signale in Datenpakete zerlegt, komprimiert und dann ausgestrahlt. So passen in einen Kanal, der bislang mit einem Sender belegt war, bei DVB-T bis zu vier TV-Programme. Dazu kommt noch der mobile Empfang, etwa in Bus, Bahn, auf dem Schiff, im Garten oder am Badese, weshalb Werbestrategen das sperrige Kürzel mit dem Zusatz „Das ÜberallFernsehen“ aufgeladen

Fotos: Chr. v. Polentz/transit

Mit dem Knopfdruck von Uwe Hense (Foto oben, links) und Hans Hege startete auch ZDFmobil. Das Mainzer DVB-T-Angebot (Foto unten) ist auch mit kleinen Westentaschen-PC's empfangbar.

haben. Doch: Wer will schon überall fernsehen?

Möglichst viele, lautet die Antwort der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb). Sie hat deshalb mit sechs Sendern eine Projektgemeinschaft gebildet und auch die Telekom als Netzbetreiber mit ins Boot geholt. Das erklärte Ziel ist es, die einst dominierende Antenne als TV-Übertragungsweg zu erhalten. Eigentlich, vor dem Tod zu bewahren, denn bundesweit schauen nur noch sieben Prozent ausschließlich auf diesem Wege fern. Mit über 50 Prozent liegt Kabel deutlich vor Satellit (36 Prozent). „Wenn wir nichts unternommen hätten“, sagt mabb-Direktor Hans Hege, „wäre dieser TV-Übertragungsweg mangels Akzeptanz bald völlig abgeschaltet worden“. Aber auch die Sender wollen gerade in Zeiten bröckelnder Werbeeinnahmen ihre Übertragungskosten minimieren und sich womöglich neue, junge Mobilkundschaft erschließen.

Programmvielfalt und Wahlfreiheit

Der mabb geht es außer dem Erhalt der Alternative Antenne aber noch um mehr. Hege und sein Medienrat ringen jedes Jahr mit einer Flut von Anträgen, in dem nicht vollständig ausgebauten analogen Kabel immer neue Sender unterbringen zu müssen. Auch die Zahl der Antennenfrequenzen – obwohl in Berlin aus alliierten Zeiten noch relativ groß – ist begrenzt. Gestattet der Vermieter Satellitenschüsseln nicht, können viele Ballungsraumbewohner nicht mal die Programme sehen, für die sie Gebühren zahlen – von den anderen ganz zu schweigen. „Wir sorgen für mehr Programmvielfalt und Wahlfreiheit der Bürger beim Fernsehen“, begründet Hege sein Engagement.

Und auch seine Förderpolitik, denn: Beim Umstieg von Analog auf Digital bekommen die beteiligten Sender Leitungskostenzuschüsse – zumindest für die Zeit der parallelen Verbreitung. Die fällt allerdings mit sechs Monaten kurz aus. Schon ab 1. März verschwinden alle Privatsender aus dem Berliner Äther, im Sommer folgen auch alle Öffentlich-rechtlichen. Statt bislang



zehn können dann alle Antennengucker im Ballungsraum mindestens 24 Programme sehen – wahrscheinlich werden es zusammen mit einem elektronischen Programmführer und multimedialen Datendiensten über 30. Das geht allerdings nur, wenn auf allen terrestrischen Frequenzen die analoge Ausstrahlung zugunsten der digitalen eingestellt wird.

Für die Zuschauer ist die neue Vielfalt aber nicht umsonst. Wer sich nämlich keinen DVB-T-Decoder zulegt, dessen Bildschirm bleibt schwarz. Die einmaligen Anschaffungskosten liegen zwischen 160 und 400 Euro – zusätzliche laufende Kosten wie die Monatsgebühr beim Kabel fallen nicht an. Besonders hart trifft es die etwa 150 000 Haushalte in Berlin-Brandenburg, die heute noch ausschließlich über Antenne fernsehen. Dazu kommen noch etwa 90 000 mit Antennen für Zweitgeräte zu Hause, in Garten- oder Wochenendhäusern. Soziale Härtefälle federn Medienanstalt, Sender, Geräteindustrie und Vereine wie die Radiohilfe gemeinsam ab: Von kostenlosen Decodern über Miet- bis zu Leasingmodellen reicht die Palette.

Kabelverband protestiert

Trotzdem war der Ansturm im Herbst so groß, dass die nicht gerade billigen DVB-T-Decoder in Berlin und dem Umland zeitweilig ausverkauft waren. Wie attraktiv DVB-T offenbar ist, zeigen auch Online-Umfragen und die Hotline im Call-Center. Dort häufen sich Lob – und Umstiegsbekundungen frustrierter Kabelkunden. Kein Wunder, dass die Übertragungswege-Konkurrenz ihre Felle wegschwimmen sieht. Der Kabelverband ANGA will bei der EU in Brüssel eine Subventionsklage einreichen – anstatt durch digitale Aufrüstung seine Netze attraktiver zu machen.

Ralph Purschwitz ■



Vernunftete von zwei quicklebendigen Partnern

Machtinteressen vor medienpolitischer Kompetenz im neuen RBB-Rundfunkrat

Am Anfang des neuen Senders stand der Demokratieabbau. Gegen den fast einjährigen Widerstand der Belegschaftsvertreter und Gewerkschaften verabschiedeten im November die Länderparlamente von Berlin und Brandenburg den Fusionsstaatsvertrag zur Errichtung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB). Bis zuletzt ignorierten die Parlamentarier die Proteste gegen das ohne Not und stichhaltige Begründung in das Gesetz eingeführte Bundespersonalvertretungsrecht.

Die verabschiedete Regelung erleichtert die Möglichkeit betriebsbedingter Kündigungen und schränkt die Mitbestimmung bei ordentlichen sowie fristlosen Kündigungen ein. Ein Instrumentarium, das der Geschäftsführung des neuen Senders beim Aufbau einer „schlanken“ Anstalt reichlich Gestaltungsspielraum einräumt. Auch unter anderen Gesichtspunkten lässt das beschlossene Paragrafenwerk für den Start des Fusionssenders Schlimmes befürchten. Das wurde bereits bei der Konstituierung des RBB-Rundfunkrates kurz vor Weihnachten deutlich. Sieben der 30 Sitze dieses Gremiums werden von Vertretern der Parteien besetzt. Für Berlin sind dies SPD-Fraktionschef Michael Müller, die Hauptausschussvorsitzende Hella Dunger-Löper (SPD), CDU-Fraktionschef Frank Steffel sowie für die PDS Bärbel Grygier. Brandenburg entsendet den parlamentarischen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Wolfgang Klein, den medienpolitischen Sprecher der CDU Burkhard Schöps sowie PDS-Fraktionschef Lothar Bisky. Diese Auswahl belegt – abgesehen von ein oder zwei Ausnahmen: Es geht weniger um medienpolitische Kompetenz als um Machtinteressen. Grüne und FDP müssen draußen bleiben.

Auch die gewerkschaftliche Präsenz fällt mehr als dürftig aus: Der DGB stellt einen Sitz und ist damit genauso stark wie der Deutsche Beamtenbund. Noch grotesker: Der verdi-Landesbezirk Berlin-Brandenburg musste sich mit den Landesverbänden des DJV auf einen Sitz einigen. Größenordnung und Engagement für die Mitbestimmungsinteressen der Belegschaften von ORB und SFB hätten normalerweise in der RBB-Gründungsphase den Aus-

schlag für verdi geben müssen. Doch der DJV stellte sich in sechswöchigen Verhandlungen stur. Beim Losentscheid am Tage der Konstituierung hatte dann der gerade mal 3000 Mitglieder starke Standesverband die glücklichere Hand und verdi das Nachsehen. Immerhin: Erstmals sind im neuen Rat auch Vertreter der brandenburgischen Sorben-Verbände sowie der Migranten Berlins und Brandenburgs repräsentiert.

Die Amtszeit des Rundfunkrates beträgt vier Jahre. Bis zum Inkrafttreten der Gesamtrechtsnachfolge des RBB für die fusionierenden Anstalten ORB und SFB arbeiten deren Gremien weiter. Der RBB-Rundfunkrat setzt sich zudem aus jeweils 15 Vertretern der beiden beteiligten Länder zusammen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums wählte der Rat den bisherigen Vorsitzenden des ORB-Rundfunkrates und Superintendenten der Evangelischen Kirche in Potsdam Bertram Althausen.

Problematische Intendanten-Wahl

Er sprach sich für einen „starken, kreativen und unabhängigen“ Rundfunkrat aus. Stellvertretende Vorsitzende wurde die ehemalige Berliner PDS-Bundestagsabgeordnete Bärbel Grygier. Beide wurden zunächst für zwei Jahre in ihre Ämter gewählt. Wie „stark, kreativ und unabhängig“ der RBB sein wird, könnte sich schon bei der frühestens im Februar erwarteten Wahl des Intendanten zeigen. Der Wahlmodus gibt wenig Anlass zu Hoff-

nung auf eine strikt professionelle Entscheidung. Verlangt wird eine Zweidrittelmehrheit des Gremiums. Damit sind parteipolitischen Kuhländeln Tür und Tor sperrangelweit geöffnet. In einem offenen Brief appellierten der ORB-Redakteursrat und der SFB-Redakteursausschuss an die Mitglieder des Rundfunkrates, „Personalentscheidungen für die RBB-Spitze im Interesse der Zuschauer, der Hörer und der Mitarbeiter – unabhängig von parteipolitischen Erwägungen“ vorzunehmen. „Die seitens der Politik immer wieder betonte Staatsferne dürfe nicht konterkariert werden durch Personalentscheidungen in der Führungsspitze, die lediglich den Berlin-Brandenburger Polit-Proporz widerspiegeln“, heißt es in einer Pressemitteilung des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg.

Wenig begeistert klangen auf der konstituierenden RBB-Ratssitzung auch die Beinahe-Abschiedsworte der scheidenden Geschäftsführer. „Dies ist keine Liebesheirat, sondern eine Vernunftete“, sagte ORB-Intendant Hansjürgen Rosenbauer. Vernunfteten hätten aber „große Vorteile“. Man könne lange darüber sprechen, wie der Ehevertrag aussehe und sei „nicht sofort tief enttäuscht, wenn der eine andere Vorstellungen hat als die andere“. SFB-Intendant Horst Schättle erwiderte, es handle sich bei der Fusion nicht nur um eine Vernunftete, sondern „um eine Hochzeit von zwei quicklebendigen Partnern“. Die neue Anstalt, so versicherte er, werde ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen und sich in einem „ausgewogenen Verhältnis von festen und freien Mitarbeitern“ finden müssen.

Günter Herkel ■

Gründungsintendant

Nach einem Beschluss des RBB-Rundfunkrates wurde die Position des Gründungsintendanten ausgeschrieben; die Bewerbungsfrist dauert bis Ende Januar 2003. Frühestens in der Februar-Sitzung des Rates könnte es somit zur Wahl des neuen Intendanten kommen. Als Anwärter für den Chefposten sind bislang im Gespräch: WDR-Fernsehdirektor Ulrich Dependorf, die Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg Dagmar Reim, der bisherige ORB-Intendant Hansjürgen Rosenbauer sowie der Medienbeauftragte von Berlin-Brandenburg Bernd Schiphorst. Kürzlich hat auch Werner Sonne, TV-Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio, Interesse an dem Amt angemeldet.

Regierender Bürgermeister von Berlin: Klaus Wowereit, SFB-Intendant Horst Schättle, ORB-Intendant Hansjürgen Rosenbauer, Ministerpräsident Brandenburgs Matthias Platzeck



Foto: Chr. v. Polentz/transit

Siebzig auf einen Streich

Konflikt bei n-tv spitzt sich zu: Massentlassungen und noch kein Ende



Foto: ntv

Nicht nur Buch- und Zeitungsverlage, auch die elektronischen Medien sind krisengeschüttelt. Der Nachrichten-Sender n-tv etwa ist in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Um Ausfälle im Werbezeitenverkauf zu kompensieren, sieht die Geschäftsführung den Ausweg in Personalkosten-senkung. Siebzig Beschäftigte erhielten im November betriebsbedingte Kündigungen.

Der n-tv-Betriebsrat wurde massiv unter Druck gesetzt. Eine Verlegung des Sendestandortes nach Köln wurde für den Fall angedroht, dass die Interessenvertretung den Kündigungen nicht zustimmt. Der Betriebsrat entschloss sich daraufhin, seine Widersprüche in rechtlich weniger wirksame „Bedenken“ umzuwandeln.

Aufforderung zu „kleinen Opfern“

Ver.di hatte n-tv rechtzeitig ein Verhandlungsangebot gemacht, um Arbeitsplätze beim Sender zu retten. Geeignete Stabilisierungsmaßnahmen sollten an einem „Runden Tisch“ diskutiert werden. Die Ge-

werkschaft bot Verhandlungen über einen Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag an. Die Geschäftsführung war nicht gesprächswillig. „Wir gehen davon aus“, so Dietrich Peters, der zuständige Sekretär beim ver.di-Landesbezirk, „dass das Management nicht bereit ist, die für Verhandlungen notwendigen wirtschaftlichen Daten auf den Tisch zu legen.“

Konfliktreich gestalten sich gegenwärtig auch die Verhandlungen um einen Sozialplan. Bislang liegen die Vorstellungen von Betriebsrat und Geschäftsleitung noch sehr weit auseinander. Die Einigungsstelle musste angerufen werden. Es ist zu erwarten, dass noch heftig um das Volumen des Sozialplans gerungen wird.

Mit den bereits ausgesprochenen 70 Kündigungen scheint das Ende der Fahnenstange noch gar nicht erreicht. Nach Betriebsratsinformationen werden demnächst weitere 16 Mitarbeiter entlassen oder in andere Beschäftigungsverhältnisse überführt.

Im Unternehmen n-tv, das Ende Oktober seinen 10. Jahrestag begeht, werden gegenwärtig Mitarbeiter zum freiwilligen befristeten Verzicht auf fünf Prozent ihres

47,3 Prozent des Nachrichtensenders n-tv gingen im vergangenen Jahr von der Verlagsgruppe Holtzbrinck an die RTL-Group über

Bruttoeinkommens 2003 aufgefordert. Obwohl „die Grundlage für eine wirtschaftliche Gesundung“ des Unternehmens jetzt gelegt sei, appellieren die beiden Geschäftsführer offenbar an Beschäftigte höherer Gehaltsklassen, mit einem „kleinen Opfer“ selbst „weitere Stellenkürzungen“ vermeiden zu helfen.

Tarifrecht wahren

Ver.di hat die n-tv-Geschäftsführung darauf hingewiesen, dass einseitiger Gehaltsverzicht mit dem Tarifrecht nicht zu vereinbaren ist. Verhandeln könnten nur die Tarifparteien. Für den 13. Januar (nach Redaktionsschluss) wurde ein Verhandlungstermin vereinbart, zu dem ver.di mit einem Vorschlag aufwartet. In einer Veranstaltung für alle betroffenen und interessierten Mitarbeiter des Senders soll über das Ergebnis informiert werden. N.P. ■

FAZ Business Radio stellte Betrieb ein

Mit einem Sozialplan und einer Beschäftigungsgesellschaft endete am 30. November die Geschichte des FAZ Business Radios in Berlin. Rund 100 Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz, die Hälfte von ihnen war als feste Freie beschäftigt. Auch in München und Frankfurt/Main, mit je 14 Beschäftigten, stellte der Sender seinen Betrieb ein. „In Berlin gehen sechs Mitarbeiter in eine Beschäftigungsgesellschaft für fünf Monate“, sagt Lars Scheidler, Berliner Betriebsrat. „Sie werden dort weiter qualifiziert, zum Teil auch in artfremden Berufen.“ Sie erhalten künftig 60 Prozent ihres bisherigen Nettogehalts vom Arbeitsamt, 15 bis 20 Prozent zahlt der ehemalige Arbeitgeber dazu. Er sei auch zufrieden mit dem Sozialplan, der mit 400.000 Euro ausgestattet wurde, betonte Lars Scheidler. Allerdings seien die Verhandlungen sehr schwierig gewesen. „Es verging kein Tag, an dem uns nicht gedroht wurde, Konkurs anzumelden, falls die Lösung zu teuer wird.“ sil ■

Digital Radio steht auf der Kippe

Programmveranstalter geben Sendelizenzen zurück

Vor zehn Jahren hoffnungsfroh als Digital Audio Broadcasting (DAB) gestartet, steht heute Digital Radio kurz vor dem Aus. Erstmals haben fünf Programmveranstalter in Berlin-Brandenburg ihre Sendelizenzen für insgesamt sieben Digitalradio-Programme der Medienanstalt mabb zurück gegeben. Begründung von Carsten Neitzel, r.s.2-Geschäftsführer und Vizechef der Hörfunke im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT): Die „hohen Kosten für eine digitale Programmverbreitung quasi ohne Endgeräterreichweite im Markt“ seien nicht zu rechtfertigen. Selbst die Medienanstalt Berlin-

Brandenburg (mabb) kann sich den Privatrado-Argumenten nicht ganz verschließen und äußert „Verständnis“. DAB könne aus mehreren Gründen UKW auf absehbare Zeit als Standard und Übertragungsweg nicht ablösen, sagt mabb-Direktor Hans Hege. Bundesweit soll es nicht mal 20.000 DAB-Geräte geben, aber 200 Millionen UKW-Empfänger.

Runder Tisch will über Neubeginn beraten

Letztere bekommt man schon in akzeptabler Qualität für unter 100 Euro, DAB-Empfänger gibt es fast nur als Autoradios und kaum unter

400 Euro. Hege: „Die Krise ist eine Chance, DAB neu und realistisch zu positionieren“. Auch der neue ARD-Vorsitzende Jobst Plog, Intendant des NDR, bekannte zu Jahresbeginn im „Spiegel“-Interview: „Mir leuchtet nicht ein, worin der Sinn dieses Projekts besteht, außer dass wir überall Investitionsruinen aufbauen“. Nun will der Vorsitzende der Rundfunkkommission aller Bundesländer, Kurt Beck, in diesem Jahr einen „Runden Tisch Digital Radio“ einberufen, kündigte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident in einem Interview im neuen Magazin „Digital Fernsehen“ an. how ■



Foto: Christian v. Polentz/Transit

Café Verdinale für Filmemacher

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Projekte connexx.av und mediafon sowie Verbände der Filmschaffenden bieten während der Internationalen Filmfestspiele Berlinale vom 6. bis zum 16. Februar einen Treffpunkt für Filmemacherinnen und -macher sowie junge Menschen, die zum Film wollen. Im eigens eingerichteten Café Verdinale im ver.di-Haus am Potsdamer Platz 10 in Berlin (siehe Foto) besteht die Möglichkeit, zu entspannen und sich mit Praktikerinnen und Praktikern auszutauschen. Parallel findet während der 10 Tage dauernden Berlinale unter dem Motto „Ich bin beim Film – Berufe und Arbeitsbedingungen in der Filmbranche“ eine Vortragsreihe über Berufsbilder und verschiedene filmspezifische Fragestellungen statt. Das Programm stand zur Drucklegung noch nicht endgültig fest.

Seit Mitte Januar finden sich jedoch detaillierte Informationen auf den Internetseiten von ver.di: www.verdi.de und connexx.av: www.connexx-av.de

Bespitzelung light mit neuem Gesetz

Hamburg. Der Verfassungsschutz darf die Wohnungen von Journalisten, Anwälten, Ärzten und Pastoren in Hamburg nicht abhören, sofern sie nicht konkret einer Straftat verdächtigt werden. Darauf einigte sich die bürgerliche Regierungskoalition aus CDU, FDP und Schill-Partei Anfang diesen Jahres. In der Hansestadt wurde ein neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen. Zuvor hatte die Schill-Partei mit einem Gesetzentwurf für einen Großen Lauschangriff über den sogenannten „Otto-Katalog“ von Bundesinnenminister Otto Schily hinausging.

„Wir lehnen auch das neue Gesetz ab“, erklärte Fritz Gleiß von der dju Hamburg. Zwar seien Berufsheimnisträger von der Bespitzelung in ihrer Privatwohnung verschont geblieben, doch das neue Gesetz ermöglicht nach wie vor das Belauschen unverdächtiger Personen. Außerdem gilt das Abhören von Telefonaten auf dem Privathandy oder die Observation per Richtmikrofon nicht als Eingriff in die Privatsphäre. h.s. ■

Zensur bei der „Allgäuer Zeitung“

Kempten. Kurz vor der Bundestagswahl weigerte sich die „Allgäuer Zeitung“ in Kempten, eine Anzeige des Schwangauer SPD-Ortsverbands abzudrucken. Darin sollte der CSU-Bundestagsabgeordnete Kurt Rossmann öffentlich mit seinem Abstimmungsverhalten zum Gesetz gegen die Vergewaltigung in der Ehe konfrontiert werden. Trotz mehrfacher Aufforderung – und einer entsprechenden Zusage – bekamen die Schwangauer Genossen bis heute keine schriftliche Antwort, warum das Inserat im Papierkorb statt im Blatt landete. Auch nach mittlerweile drei Monaten fehlt jede Begründung für die Zensur.

SPD-Ortsvorsitzender Roman Seider hatte in der Anzeige daran erinnert, dass der CSU-Mann Rossmann bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag das neue Gesetz gegen die Vergewaltigung in der Ehe abgelehnt hatte (Protokoll war beigelegt), und damit die Frage verknüpft, ob Rossmann damit „Menschen in einer demütigenden Notlage menschliche Solidarität und Hilfe verweigert“. Außerdem fragte Seider, ob für Rossmann die Würde des Menschen antastbar und die Selbstbestimmung des Menschen nicht hinnehmbar sei.

Als Seider den zugesagten Probeabzug des Inserats bei der Zeitung abholen wollte, hieß es plötzlich, dass es „juristische Probleme“ gebe. Diese wollte der SPD-Mann mit der Rechtsabteilung erörtern, doch wurde ihm ein solcher telefonischer Kontakt verwehrt. de ■

KIM wird aufgelöst Fachdienste überleben

Köln. Wie aufgeschlossen die Katholische Kirche in die Informations- und Kommunikationsgesellschaft geht, beweist derzeit der Verband der Diözesen Deutschlands: Er schließt das in Köln beheimatete Katholische Institut für Medieninformation (KIM). Offizielle Begründung: Die Verluste von jährlich einer Million Euro seien aufgrund rückläufiger Kircheneinnahmen nicht mehr auszugleichen. Der Tod des KIM trifft aber auch zwei renommierte und mehrfach preisgekrönte Titel. Seit über 50 Jahren prägen die Fachpublikationen „film-dienst“ und „Funkkorrespondenz“ die Rezensionskultur im deutschen Journalismus in ihrem jeweiligen Bereich, berichten sachkundig und aufklärerisch über die Film- und Medienbranche. Nach geharnisstem Protest u.a. von der Medienanstalt Nordrhein-Westfalen, dem Grimme-Institut und prominenten Medienexperten scheint sich nun eine Lösung anzudeuten. Zwar wird das KIM aufgelöst, doch die beiden Titel erscheinen getrennt weiter. So soll die „Funkkorrespondenz“ - nach dem Beispiel des evangelischen Pendantes „epd medien“ - unter das Dach der katholischen Nachrichtenagentur KNA schlüpfen und nach Bonn umziehen. Ebenso wie beim „film-dienst“ wird aber kräftig gekürzt - an Honoraren und Personal. Eine offizielle Bestätigung für die Rettung der beiden Fachtitel gibt es aber von Seiten der Katholischen Kirche noch nicht. how ■

Funkscanner beschlagnahmt

Detmold. In Detmold kassierte die Polizei den Funkscanner eines Journalisten und will gegen den Reporter wegen des Abhörverbots strafrechtlich vorgehen. Das Amtsgericht Detmold bestätigte die Beschlagnahme. Im Hinblick auf die Schwere der Tat sei dies „nicht unverhältnismäßig“, hieß es in der richterlichen Entscheidung. Dagegen legte der Betroffene Beschwerde beim Landgericht ein.

Der 25jährige Fotoreporter war mit seinem Auto im Rahmen einer allgemeinen Verkehrskontrolle angehalten worden. Ein Polizeibeamter bemerkte den auf dem Beifahrersitz liegenden Funkscanner und beschlagnahmte ihn. Außerdem vertrat der Polizist die Auffassung, dass es sich bei dem ausgeschalteten Gerät bereits um eine illegale Funkabhöranlage handelt. Auf der Rückseite des Scanners waren die Frequenzen der umliegenden Polizeibehörden notiert.

„Journalisten dürfen derartige Scanner, die frei im Handel erhältlich sind, besitzen und betreiben“, ist die Auffassung von Rechtsanwalt Martin Riedel, der den Reporter vertritt. Das sei durch das Grundrecht auf Informationsfreiheit gedeckt. Die polizeiliche Beschlagnahme stelle eine unzulässige Ausforschung dar und begründe keinen hinreichenden Tatverdacht. In mehr als 40 Fällen – vor allem gegen Amateurfunker – hat der Kölner Anwalt bereits mit dieser Problematik zu tun gehabt. Meist wurden die Verfahren eingestellt. wen ■

Projekte in Afrika und Argentinien

Solifonds: Weitere Spenden notwendig

Auch im 10. Jahr seines Bestehens konnte der Solidaritätsfonds Demokratische Medien in der Welt e.V. Dank der Unterstützung seiner Spender wiederum demokratische Medienprojekte in den Ländern des Südens unterstützen. Aktuelle Beispiele sind Workers Radio in Kapstadt/Südafrika und das Basisradio La Tribu in Buenos Aires/Argentinien.

Nach Beendigung der Apartheid sind in Südafrika auf lokaler und regionaler Ebene eine ganze Reihe sogenannter Basisradios entstanden. Für die Bewohner der Townships stellen sie eine wichtige Informationsquelle dar und sind ein Mittel der Selbstorganisation. Workers World Radio Production produziert vor allem für diese Radios Magazinsendungen aus der Arbeitswelt, die über den Alltag in den Townships, über Streiks und Auseinandersetzungen, über die Gewerkschaften und die nationale und internationale Politik berichten. Träger der Workers Radio Production, die in Kapstadt beheimatet ist, sind das „Trade Union Library and Education Centre“, die regionalen Gewerkschaften und einige NGO's.

6 Jahre nach Ende der Militärdiktatur gründeten 1989 einige junge Leute in einer klei-

nen 3-Zimmer-Wohnung mitten in Buenos Aires ein demokratisches, partizipatives Basisradio, das zunächst noch unter dem immer noch geltenden Radiogesetz aus Zeiten der Diktatur für die Meinungs- und Pressefreiheit kämpfen musste. Schon nach wenigen Jahren arbeiten 250 Menschen (fast alle ehrenamtlich) für das Radioprojekt, durchschnittlich 30.000 Menschen hören den Sender, der über 50 Programme produziert und rund um die Uhr sendet. Gerade in der aktuellen politischen und ökonomischen Krise Argentiniens kommt den „Radios Comunitarias“, wie La Tribu, eine zentrale Rolle im Rahmen unabhängiger Information und bei der Selbstorganisation der Bevölkerung zu. Neben dem Kampf ums ökonomische Überleben des Radios müssen sich die Radiomacher dabei mit zunehmender staatlicher Repression und Angriffen ultrarechter Kreise auseinandersetzen.

Um diese und andere demokratische Medienprojekte auch in Zukunft weiter fördern zu können, sind Spenden notwendig. Alle Spenden gehen vollständig an die Projekte des Solifonds.

Spendenkonto:

10 49 94 83 00, SEB Bank Stuttgart, BLZ: 600 101 11

Rolf Satzer/Peter Völker ■

Umfrage online

Rege Beteiligung gegen Honorardumping

Bereits seit November ist www.freienseiten.de/honorarumfrage online. Sie soll Orientierung ermöglichen und Honorardumping vermeiden helfen. Diese Datenbank soll auflisten, was die Auftraggeber bei Funk und Fernsehen ihren freien Mitarbeitern zahlen. Der Schwerpunkt der bereits abrufbaren Honorarbeispiele liegt beim Auftraggeber WDR und einigen wenigen anderen öffentlich-rechtlichen Sendern.

Auf dem Webformular können weitere Beispiele eingegeben werden. Nach Freigabe durch einen Administrator können diese dann von allen Besuchern der Website eingesehen werden. Möglich ist die Eingabe journalistischer und anderer Leistungen, Werklänge bzw. Tätigkeitsdauer sowie auch zusätzliche Bemerkungen, damit die unterschiedlichen Vergütungshöhen besser eingeschätzt werden können.

Bei den Vergütungen ist auch das Datum der Tätigkeit erfasst (nach Halbjahren). So kann verfolgt werden, ob die Vergütungen steigen oder sinken oder zum Beispiel auch, ob der öffentlich-rechtlich Rundfunk die Honorare gemäß den Tarifabschlüssen verändert. Programmiert wurde die datenbankgestützte Umfrage von Nele Köhler und Pia Klein. Das Konzept wurde gemeinsam mit Ulrich Schauen erarbeitet. red. ■

Mindeststandards für Honorare

Vergütungsregeln für Freie bei Zeitungen und Zeitschriften in der Debatte

Nicht erschienen, doch erschienen



Sicht der Urheber füllte leere Seiten für die Kulturwirtschaft

„Nicht erschienen. Der Roman“ – so lautete der Titel der Taschenbücher mit den leeren Seiten, die die Kulturwirtschaft während der Auseinandersetzung um ein neues Urhebervertragsrecht palettenweise unter die Leute bringen ließ. In den Printmedien sorgten damals ganzseitige Anzeigen der Verleger-

verbände dafür, dass die Öffentlichkeit die Angelegenheit weitgehend aus der Perspektive der Verlage wahrnahm.

Die andere Seite fand kaum Beachtung: Zahlreiche Leserbriefe von betroffenen Urheberinnen und Urhebern blieben unveröffentlicht, kritische Presseerklärungen landeten in den Papierkörben der Redaktionen. Grund genug für die freie Publizistin Susanne Lücke-David, sich das Thema noch einmal vorzunehmen und dabei die Dinge symbolisch vom Kopf auf die Füße zu stellen: Sie hat unveröffentlichtes Material gesammelt und damit einige der „Nicht erschienen“ – Bücher der Kulturwirtschaft nachträglich mit Inhalt gefüllt – und zwar aus der Sicht der Urheber.

Enthalten sind Presseerklärungen mehrerer Vertreter von Urheberverbänden, einige Leserbriefe sowie Schreiben an Regierungsmitglieder und Bundestagsabgeordnete. Neben persönlichen Erfahrungen aus der Vertragspraxis, vor allem auf dem Gebiet der freien Übersetzer und Schriftsteller, sind auch satirische Töne über das anmaßende Gebaren der Verleger in die Texte eingeflossen.

Susanne Lückes Buchcollagen sind mit der Ermahnung verbunden, dass nicht nur staatliche Zensur, sondern auch ökonomischer Druck und Missbrauch der Medienmacht die Pressefreiheit gefährden können. Als Empfänger hat sie deshalb den „Spiegel“ ausgewählt, der einen Artikel über die Situation der Schriftsteller kurz vor der Veröffentlichung gekippt hatte. Weitere Exemplare erhalten Wolfgang Clement, der als NRW-Ministerpräsident im Bundestag dem Druck der Kulturwirtschaft nachgegeben und damit wesentlich zur Verwässerung der Reform beigetragen hatte, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der Deutsche Presserat – und schließlich Ulrich Wickert, der damals öffentlich für die Seite der Urheber Partei ergriffen hatte.

Irene Gronegger ■

Mindeststandards für die Honorare freier Journalistinnen und Journalisten gibt es nicht. Entsprechend mies wird oft gezahlt. Das könnte sich grundlegend ändern. Die dju in ver.di und der DJV haben Entwürfe für gemeinsame Vergütungsregeln bei Tageszeitungen und Zeitschriften erarbeitet und bereits im August an die Verlegerverbände BDZV und VDZ übermittelt. Es dauerte Monate, bis die Verlegerseite reagierte. Nunmehr soll es am 23./24. Januar 2003 eine erste Gesprächsrunde beider Seiten geben.

Möglich wurde dieser Schritt durch die Urheberrechtsreform, die am 1. Juli 2002 in Kraft getreten ist (M3/2002). Nach dem neuen §36 UrhG können nun Urheberverbände mit Vereinigungen von Werknutzern gemeinsame Vergütungsregeln aufstellen, in denen für eine Branche die angemessenen Vergütungen geregelt werden. Für die Buchbranche hatten die in ver.di organisierten Schriftsteller und Literaturübersetzer entsprechende Vorschläge bereits am 1. Juli an den Börsenverein geschickt (M7-8/2002). Kommt es bis Ende August 2003 zu keiner Einigung über die gemeinsamen Vergütungsregeln, so ist im Gesetz ein Schlichtungsverfahren vorgesehen. An dessen Ende steht ein Schlichtungsspruch. Er gilt aber nur, wenn ihm keine Seite widerspricht.

Basis sind bisherige Honorarempfehlungen

Die Vergütungsvorschläge für freie Journalisten (Download auf der neuen dju-Tarif-Homepage <http://dju.verdi-vorlage.de/honorarregelungen/honorarreg.html>) beruhen im Textbereich auf den Honorarempfehlungen der dju und des DJV und im Bildbereich auf der Empfehlung der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing (MFM). Da die Vorschläge für Bildhonorare den weitgehend etablierten MFM-Sätzen entsprechen, brauchen sie hier nicht ausführlich dargestellt werden.

Die Vorschläge für die Vergütung journalistischer Wortbeiträge für Tageszeitungen fußen auf der üblichen Honorierung nach Druckzeilen gekoppelt mit Auflagestaffeln. Ausgangspunkt ist dabei ein Basissatz von 60 Cent für das Erst- druckrecht für Nachrichten und Be-

richte bei bis zu 25.000 Auflage. In höheren Auflagestaffeln (bis 50.000, 100.000 usw.) erhöht sich diese Vergütung in 15-Cent-Stufen bis auf 135 Cent für über 200.000 Auflage. Die Vergütungen für Reportagen etc. soll demgegenüber 20 Prozent höher sein, die für das Zweitdruckrecht 20 Prozent niedriger.

Die Vergütungsvorschläge für Wortbeiträge in Zeitschriften halten sich an die in diesem Bereich übliche Honorierung nach Druckseiten, ausgehend von einem Basissatz von 300 Euro für das Erst- druckrecht für Nachrichten und Berichte bei bis zu 50.000 Auflage bzw. 400 Euro bei Reportagen etc. mit Erhöhung in der Auflagenstaffelung in 180- bzw. 140-Euro-Schritten.

Berücksichtigt sind in allen Bereichen jeweils spezifische Honorar- auf- und -abschläge beispielsweise für Alleinveröffentlichungsrechte, Fach- oder konfessionelle Zeitschriften. Neben der jeweiligen Erstnutz- ung journalistischer Beiträge werden auch alle weiteren Nutzungsmöglichkeiten (z.B. im Internet) an Folgehonorare gekoppelt.

Angemessenes Zeilengeld nicht in einem Schritt

Bei Wortbeiträgen in Online- Medien gehen die Vergütungen von einer Honorierung pro Zeichen gestaffelt nach Visits der Website aus (Basissatz 2,0 Cent bei bis zu 100.000 monatlichen Visits). Werden Printbeiträge zeitgleich in kosten- losen Internet-Ausgaben genutzt, wird ein 50-prozentiger Rabatt auf dieses Online-Honorar gewährt.

Nach den Vorschlägen von dju und DJV sollen Auftragsproduktio- nen im Text- und Fotobereich so- wie redaktionelle Dienste nach Zeit- aufwand vergütet werden. Der Tagessatz wurde hier mit 520 Euro an- gesetzt.

Die Tarifierhöhungen für die Re- dakteure sollen jeweils zu Jahresbe- ginn auf die Honorarsätze übertragen werden. Eine Sonderregelung wird für die Zeilengelder an Tages- zeitungen vorgeschlagen, die bereits im Gesetzgebungsverfahren als un- angemessen niedrig bezeichnet wor- den sind. Hier werden angemessene Honorare nicht in einem Schritt durchsetzbar sein. dju und DJV for- dern deshalb im Zeitraum von 2004 bis 2010 eine zusätzliche Honora- rerhöhung um jährlich 12 Prozent.

Rüdiger Lühr ■

Einsame Herzen mit leeren Taschen

„Der Mann ohne Vergangenheit“
von Aki Kaurismäki

Steht der Mann (Markku Pelto) vom Toten- oder vom Krankenbett auf? Mit seinem grotesken Kopfverband erinnert er erschreckend an einen Frankenstein-Versuch. Er rückt sich die dick verbundene Nase gerade, um dem Krankenhaus, in dem man ihn bereits fürs Kühlhaus vorgemerkt hat, zu entfliehen. Doch so wie man ihn zugerichtet hat, wird er in dieser Welt keine große Chance mehr haben. Dass er bei dem nächtlichen Raubüberfall, neben seiner Brieftasche, auch sein Gedächtnis verloren hat, macht ihn gänzlich zu einem Nichts.

Zwei Jungs finden ihn zusammengebrochen am Ufer eines Hafenbeckens. Auch sie halten ihn zunächst für tot. Aber ihre Eltern, Nieminen und seine Frau Kaisa, kennen sich mit solchen Situationen aus. Fernab von der Geschäftigkeit und den glänzenden Schaufenstern Helsinkis, leben sie unter den Ärmsten der Armen in einer Containersiedlung im Hafen. Nieminen und Kaisa nehmen den Fremden in ihre Obhut. Als er sich erholt hat, beginnt er sich hier ein neues Leben aufzubauen.

„Freitags gehen wir auswärts essen“, erklärt sein neuer Freund Nieminen selbstverständlich und in Schale geschmissen. Nach einem kleinen Fußmarsch erreichen sie die Armenküche der Heilsarmee. Hier tauscht der Namenlose mit der Heilsarmistin Irma (Kati Outinen) vielversprechend lange Blicke aus. Beginn einer Liebesgeschichte voll spröder Romantik und der Aussicht auf tiefe Leidenschaft.

Die Juke-Box spielt Blues und Rock'n Roll, die Stimmung steigt. Durch seine Musikvorlieben kommt der Fremde auf die Idee, die verschlafene Heilsarmee-Band zu einem neuen Sound zu bewegen. „Ich könnte auch Band-Manager sein“, versucht er seine Identität neu zusammenzusetzen. Eines Tages beginnt er sich dunkel zu erinnern. Doch dann gerät er versehentlich in einen Banküberfall ...

„Der Mann ohne Vergangenheit“ des finnischen Filmmachers Aki Kaurismäki ist ein modernes Märchen. Die Dinge, die in diesem Film passieren, er-

scheinen so vertraut wie fremd und besitzen einen entblößenden Realismus, wenn es sich um die Profitgier und Engstirnigkeit der Menschen auf der etablierten Seite des Lebens dreht. Geschickt verfremdet Kaurismäki die Realität mit dem Einsatz kräftiger Farben, die an alte Technicolorfilme erinnern. Die auf das Wesentliche beschränkten Charaktere der Protagonisten wirken fast stilisiert und bleiben dennoch sehr menschlich. Ihre zum einen schnörkellos-klaaren zum anderen eigenwillig-poetischen Dialoge bewirken eine entlarvende Situationskomik sowie betörend melancholische Momente.

Kaurismäkis Vorliebe für Rockmusik zeigt sich in seinem neuen Werk mit alten Renegade-Hits, Bluesnummern von Blind Lemon oder den Songs der finnischen Band „Marko Haavisto & Poutahaukat“. Bereits in seinen Filmen „Wolken ziehen vorüber“ und „Das Mädchen aus der Streichholzfabrik“ arbeitete Kaurismäki mit Poutahaukat zusammen. Die Truppe, die Rock'n Roll, Country und finnische Popmusik zu ihrer Tradition zählt, spielt auch für den Inhalt des Films eine wichtige Rolle. Ihr Werdegang von einer schüchternen Heilsarmee-Kapelle zu einer, zwar ebenso melancholischen, dafür aber selbstbewussten Bluesrock-Combo läuft mit der Selbstfindung des namenlosen Hauptdarstellers einher. Mit der Gesangs-Begleitung von Anniki Tähti, einer der bekanntesten und beliebtesten alten Damen der finnischen Unterhaltungsmusik, kommen wir in den Genuss äußerst herzerreißender Nummern, beispielsweise „Kleines Herz“, ein Schlager von 1939, den sie voller Schmelz vorträgt.

„Der Mann ohne Vergangenheit“ wurde bei den diesjährigen Festspielen in Cannes zweifach ausgezeichnet. Dieser wunderbare Film zeigt berührend und erheiternd, dass Nächstenliebe, Solidarität und finanzieller Mangel nicht jeden zum naiven Vollidioten machen müssen und dass jedes menschliche Herz Stolz und Würde besitzt – und sind seine Taschen noch so leer.

Martina Burandt ■



Foto: Günter Beck

„Wozu in die Gewerkschaft, ich bin doch in der Barmer!“

Die dju möchte mehr Studentinnen und Studenten als Mitglieder gewinnen

Tagungsort junger Medienmacher: die Fähre „Prinsesse Ragnhild“ auf der Fahrt von Kiel nach Oslo (Foto oben). (Foto rechts:) Blick in den Hafen von Oslo.

Seit einem Jahr wird quer durch Deutschland an Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten für Journalismus die Werbetrommel für die dju gerührt. Es ist nicht zu leugnen: Vielerorts hat der DJV die Nase vorn, und nicht selten sind die angehenden Journalisten und Journalistinnen bereits dem Konkurrenzverband der dju beigetreten, bevor sie überhaupt von dieser gewerkschaftlichen Berufsvertretung gehört haben. Auf einer Konferenz in Berlin zogen die am dju-Hochschulprojekt Beteiligten Mitte November Bilanz. Inzwischen ist das von ver.di finanzierte Projekt um ein Jahr verlängert worden.

Die Studenten und Studentinnen von heute sind anders als die von früher, war man sich im gemeinsamen Erfahrungsaustausch schnell einig. Warum auch nicht, das gehört sich schließlich so. Zielstrebtiger sind sie – allerdings mit der Tendenz, im Haschen nach einem Karrierezipfel manches vor-schnell als unnötigen Ballast abzutun: Ethische Fragen des Journalismus, die Gender-Debatte, Tarif- und Urheberrecht. Für viele von jenen, die heute in der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) aktiv sind, und die ihr berufliches Selbstverständnis in den Auseinandersetzungen um den Volontär-Tarifvertrag geschärft haben, mag dies verwunderlich sein. Trotzdem ist es ein Faktum: So mancher Student und manche Studentin hat von Gewerkschaften kaum etwas gehört, und warum er einer beitreten soll, weiß sie schon gar nicht: „Wozu soll ich in die Gewerkschaft, ich bin doch in der Barmer!“, laute eine aussagekräftige studentische Antwort.

Serviceleistungen auch für Freiberufler

Die dju hat Vieles zu bieten, beispielsweise gute Serviceleistungen für den Weg in die Ich-AG. Gerade Leuten aus den Medienberufen, die vielfach freiberuflich arbeiten oder häufig Auftraggeber und Betätigungsfeld wechseln, kann die Gewerkschaft beratend unter die Arme greifen. So individuell sich solche Arbeit oft gestaltet, erfolgreich wird sie nur bewältigen, wer sich in Netzwerke einbindet. Und da bietet die Gewerkschaft eben nicht nur die begehrten und ohne Zweifel wichtigen „Dienstleistungen“ wie Presseausweis und Rechtsschutz, sondern auch Weiterbildung, Teilhabe an gesellschaftlichen Diskussionsprozessen und Durchsetzungskraft in tariflichen Auseinandersetzungen. Und nicht zuletzt, so die Erfahrung vieler Aktiver, schätzen Arbeit- und Auftraggeber eben auch die sozialen Kompetenzen von Leuten, die in Gewerkschaften aktiv sind.

Großes Interesse

Doch einfach ist es nicht, dies an den Hochschulen, Fachhochschulen und Akademien, die Medienleute ausbilden, zu vermitteln, das haben Susanne Stracke-Neumann und ihr Team im Verlaufe eines Jahres erfahren. Zum Teil liegt dies auch an der hohen Fluktuation der Lehrtätigen im akademischen Bereich, die einen konstanten Aufbau von Kontakten erschwert.

Eines hat sich jedoch gezeigt: Überall dort, wo die dju an den

Hochschulen Gesicht zeigt, in Diskussions- und Informationsveranstaltungen mit „greifbaren“ Personen auftritt, stößt sie auf großes Interesse.

Persönliche Begegnungen

Zahlreiche solcher Veranstaltungen hat Susanne Stracke-Neumann mit Journalisten und Journalistinnen der dju, Mediensekretärinnen und -sekretären (mit)organisiert oder vermittelt, beispielsweise in Paderborn, Duisburg, Würzburg, Marburg, Bayreuth, Berlin, Bremen, Darmstadt, Passau, Bonn und Augsburg. Auf große Resonanz stieß auch die mit Ralf Steinle von connex.av an der Uni Leipzig veranstaltete Podiumsdiskussion über die Berufschancen im Medienbereich, für die dju-Bundesvorstandsmitglied Holger Wenk aus Berlin und Mediensekretär Dieter Seifert aus Nordrhein-Westfalen gewonnen wurden. Persönliche Begegnungen sind eben nachhaltiger als ausgelegtes Infomaterial. Erfolgreich war auch die Präsenz der dju auf den Landesjugendmedientagen. Und Klaus Schrage koordiniert mit den Universitäten Passau und Eichstätt den Aufbau eines Internet-Forums für Medienstudiengänge in Bayern, das Studenten der Münchner Medienakademie als Projekt durchführen. Ende des Sommersemesters 2003 soll das Gemeinschaftsprojekt, das verschiedene Institutionen und Akteure verbindet, online gehen.

Patenschaften vor Ort

Auf der Konferenz wurde nun beschlossen, die weitere Arbeit zunächst auf zehn wichtige journalistische Ausbildungsstätten zu konzentrieren und von dort gegebenenfalls in die Fläche zu gehen. Diesen Hochschulen wurden „Patenschaften“ zugeteilt, die vor Ort Kontakt halten und die Arbeit koordinieren werden. Zusätzlich wurde ein Steuerungskreis ins Leben gerufen, der im vierteljährlichen Rhythmus zusammen mit Susanne Stracke-Neumann den Stand des Projekts und die weiteren Schritte diskutieren soll. Ihm gehören Heike Englisch, Peter Giefer, Rainer Jogschies, Joachim Kreibich und Burkhard Rexin an. Auch in Zukunft wird es darum gehen, das bereits teilweise verwirklichte Expertennetzwerk, mit dem die dju an den Hochschulen Flagge zeigt, auszubauen und den Aufbau von Hochschulgruppen zu fördern, in denen die Studenten selbst aktiv sind. Im ersten Jahr des Projekts wurde das Terrain der Universitäten, Fachhochschulen und Medienakademien ausgelotet; im zweiten wird es darauf ankommen, die dju dort dauerhaft zu verankern. Thomas Wollermann ■

Jugendtreffen auf hoher See

Ausbildungswege in der Medienbranche unter die Lupe genommen

Rhythmisches Stampfen begleitet die Diskussion über die Vorzüge von Volontariat, Journalistikstudium und Journalistenschule. Von Zeit zu Zeit gerät die Veranstaltung von weit über 100 jungen Medienmachern ins Schlingern, denn der Tagungsort ist die Fähre „Prinzessin Ragnhild“ auf der Fahrt von Kiel nach Oslo und zurück. Diesen ungewöhnlichen Veranstaltungsort hat sich die Schleswig-Holsteinische Jugendpresse schon zum zweiten Mal für ihre „Youth Media Convention“ ausgesucht, doch an diesem herbstlichen Wochenende muss niemand wegen der ab und zu spürbaren leichten Schlagseite die Segel streichen.

Zeitung an Bord produziert

Ob im Inneren des Schiffes im Konferenzraum oder in der Lounge am Heck mit einem herrlichen Blick auf die neue und imposante Brücke zwischen Dänemark und Schweden, der Seegang ist nicht daran schuld, wenn die Diskussion über die Medienbranche nicht nur für gute Stimmung sorgt. Denn der langjährige Leiter der Lehrredaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Dr. Klaus Viedebant, berichtet schon zu Beginn des Jugendpresstreffens von dem frisch beschlossenen Rückzug der FAZ aus der Journalistenausbildung. Ein Entschluss, der von vielen im Publikum mit Staunen und Enttäuschung aufgenommen wird und in der noch an Bord produzierten Zeitung „politik orange“ seinen Niederschlag findet.

Diese Veranstaltung der Schleswig-Holsteinischen Jugendpresse reiht sich ein in die Serie der Folgetreffen zum bundesweiten Jugendmedientag im Sommer mit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Schwerin. In fast jedem Bundesland haben solche Treffen im vergangenen Herbst stattgefunden. Dabei sind die Mitglieder der dju gesuchte Referentinnen und Referenten für die Workshops zu den unterschiedlichsten Themen, etwa Fotografie oder Pressearbeit in Vereinen und Verbänden, wie sie die baden-württembergische dju in Stuttgart anbot. Die Teilnehmer der Jugendmedientage sind junge Menschen, die in Schüler- oder Studentenzeitungen, Jugendradios und anderen Medien für junge Leute mitarbeiten und oft das Berufsziel Journalismus im Auge haben oder erste Schritte als freie Mitarbeiter in den professionellen Medien bereits hinter sich haben. Dabei arbeiten die beiden Jugendmediensverbände, die Deutsche Jugendpresse und der Bundesverband Jugendpresse mit insgesamt etwa 10.000 Mitgliedern eng zusammen. Für die nächsten bundesweiten Jugendmedientage vom 20. bis 22. Juni 2003 in Köln ist die Kooperation nicht nur auf die bei den bundesweiten Treffen mit im Boot sitzende Bundeszentrale für politische Bildung ausgedehnt, sondern auch auf die Medien-Ausbildungsmesse „Generation M“. Der ver.di-Fachbereich Medien wird sich bei beiden Gelegenheiten in Köln dem Nachwuchs präsentieren.

sus ■

Facettenreich – nicht immer wertneutral

Westpropaganda der DDR über den Deutschlandsender

Seit 1997 veröffentlicht der LIT Verlag Münster-Hamburg-London seine Reihe zur Geschichte der Kommunikation in Deutschland. Die Herausgeber sind Prof. Dr. Arnulf Kutsch und Prof. Dr. Walter Hömberg. Bisher sind 15 Bände in dieser Reihe erschienen. Der jüngste trägt den Titel „Kalter Krieg im Äther – Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR“ und wurde von Klaus Arnold im Rahmen seiner Dissertation am Institut für Kommunikationswissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München erarbeitet.

Wie die Bundesrepublik den Deutschlandfunk und den RIAS, so hatte auch die DDR Hörfunksender, die über die Grenzen hinweg deutschsprachige Propaganda ausstrahlten. Bereits sehr früh, noch in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) begann der Deutschlandsender im Oktober 1948 den Ätherkampf. Später kamen weitere Mittel- wie Langwellensender hinzu. Auf Vorgänge in der Bundesrepublik reagierte die SED im eigenen politischen Interesse immer recht schnell. Bereits einen Tag nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht am 17. August 1956 nahm auf der Mittelwelle der Freiheitssender 904 den Sendebetrieb auf. Auf der gleichen Frequenz sendete ab 1. Oktober 1960 der Deutsche Soldatensender 904. Der Senderkennung folgte regelmäßig der Zusatz: „Ein Sender, der nicht unter der Kontrolle der Bundesregierung steht“. War der Freiheitssender als Stütze der verbotenen KPD gedacht, so wendete sich der Deutsche Soldatensender an die jungen Wehrpflichtigen. Bis zum Ende der 50er Jahre orientierten die Hörfunkprogramme der DDR auf das Ziel der nationalen Einheit Deutschlands. Das änderte sich mit Beginn des neuen Jahrzehnts, nun wurde die internationale Anerkennung der DDR der Schwerpunkt. Nach wie vor agitierten die DDR-Sender weiter für Systemveränderung in der Bundesrepublik, besonders zu Wahlkampfzeiten und speziell gegen die CDU/CSU.

Noch vor Beginn des VII. Parteitag im Juni 1971 erklärte Walter Ulbricht seinen Rücktritt als 1. Sekretär des ZK der SED. Nachfolger in der Funktion wurde Erich Honecker. Der Wechsel brachte Veränderungen beim DDR-Hörfunk: Im September des Jahres beschließt das Politbüro, den Deutschlandsender in „Stimme der DDR“ umzubenennen. Im gleichen Monat wird der Freiheitssender abgeschaltet, am 30. Juni 1972 enden auch die Sendungen des Deutschen Soldatensenders.

Die Geschichte des Ätherkrieges der DDR gegen die Bundesrepublik beschreibt Klaus Arnold auf über 740 Seiten mit allen Facetten. Dabei geht der Autor häufig nicht wertneutral vor. Ob die DDR-Sender einst ein konspiratives Korrespondentennetz in der Bundesrepublik hatten, muss bezweifelt werden. Seit Sendebeginn lieferten Journalisten, die im Westen für den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) tätig waren, den DDR-Sendern zu. Das in Westdeutschland bestehende ADN-Korrespondentennetz wurde Anfang der 50er Jahre in Berliner Pressebüro umbenannt, aus dem 1972 die Progreß Presse Agentur (ppa) hervorging. Auch hatte der Deutschlandsender zeitweilig ein eigenes Korrespondentennetz in der Bundesrepublik. Besonders für jüngere Leser hilfreich ist die Zeittafel, in der Arnold für den Zeitraum von 1945 bis 1972 die deutsch-deutsche Politik der Bundesrepublik wie der DDR den Aktivitäten des DDR-Rundfunks gegenüberstellt.

Als Ergänzung zur Aufarbeitung des Kalten Kriegs im Äther wären Darstellungen zur Funktion des RIAS sowie des Deutschlandfunks wünschenswert.

Karl-H. Walloch ■

Klaus Arnold: Kalter Krieg im Äther.
Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR.
LIT Verlag Münster-Hamburg-London, 2002
752 Seiten, EUR 45,90, ISBN 3-8258-6180-5



Foto: Gunter Beck

Mit allen Mitteln gegen das Internet

Chinesische Regierung befürchtet den Verrat von Staatsgeheimnissen übers world wide web – Todesstrafe angedroht

Mit dem wirtschaftlichen Boom wurde in China auch das Internet ausgebaut. Doch weltweite Kommunikation und unkontrollierte Nutzung von Medien sind den Machthabern in Peking suspekt. Deshalb versuchen die Behörden mit allen Mitteln, die freie Meinungsäußerung im Netz zu verhindern.

Kurz vor Beginn des 16. Parteikongresses der Kommunistischen Partei wurde Liu Di am 7. November auf dem Gelände der Pekinger Pädagogik-Hochschule festgenommen. Anschließend durchsuchten Polizisten die Wohnung der 22-jährigen Psychologiestudentin und beschlagnahmten Notizbücher, Disketten und einen Computer. Sie erklärten einem Dozenten, die Studentin sei wegen Verbindungen zu einer „illegalen Organisation“ inhaftiert worden – offenbar eine Anspielung auf andere Internetnutzer, mit denen sich Liu Di über Diskussionsforen ausgetauscht hatte.

Haft für mutigen Webaufruf

Unter anderem hatte sie unter Pseudonym einen Aufruf zur Unterstützung des im Juni 2000 inhaftierten Computer-Ingenieurs Huang Qi veröffentlicht. Dieser war wegen der Einrichtung einer Menschenrechts-Website des „Versuchs zum Sturz der Regierung“ angeklagt und

verurteilt worden. Liu Di schlug vor, sich aus Protest an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Zeit gemeinsam der Polizei zu stellen. Dieser mutige Aufruf ging den Behörden wohl zu weit: Nun also ist Liu Di selbst inhaftiert.

Eine Begebenheit, die sehr eindringlich zeigt, wie zwiespältig das Verhältnis der Behörden in China zum Internet ist. Seitdem es 1995 zur kommerziellen Nutzung freigegeben wurde, wächst der Markt mit einem weltweit beispiellosen Tempo. Heute haben schon rund 46 Millionen Chinesen Zugang zum Netz.

Zugang zu Google gesperrt

Gleichzeitig ist die Regierung darum bemüht, das Angebot immer besser zu kontrollieren. So setzen die Behörden Filter ein und sperren bestimmte ausländische Websites, auf denen regierungskritische Artikel zu lesen sind. Schon lange sucht man in Peking oder Schanghai vergebens nach Adressen wie Human Rights Watch oder von großen westlichen Zeitungen. Ende August blockierten die Behörden schließlich sogar den Zugang zur Suchmaschine Google, um die Nutzer auf lokale Suchmaschinen umzulenken. Gebildet wurde eine Polizeieinheit zur Überwachung des Internets.

Das Ministerium für Staatssicherheit hat außerdem neue Technologien bei den Serviceanbietern installiert, mit denen angeblich jede einzelne E-Mail ausgespäht werden kann. Darüber hinaus sind sämtliche Internetcafés angehalten worden, sich registrieren zu lassen und Kundeninformationen an die Polizei weiterzugeben. Wer dennoch auf Informationen zugreift oder „heikles“ Material verbreitet, riskiert Festnahme und Haftstrafe. Und wer „einen besonders schweren Schaden“ anrichtet, weil er „Staatsgeheimnisse“ im Internet verbreitet, kann sogar zum Tode verurteilt werden.

Inoffizieller Wettlauf

Wie in vielen anderen Ländern gibt es aber auch in China einen inoffiziellen Wettlauf zwischen

Behörden und subversiven Surfern. Ist eine Seite gesperrt, finden Hacker und Bastler meist recht schnell Möglichkeiten, die Filter zu umgehen. Dieses Wissen wird in Chat-Rooms oder per Massen-E-Mails, in denen der Absender verschlüsselt ist, verbreitet. Und die E-Mail-Überwachung versuchen kreative Dissidenten so zu umgehen, indem sie zu bestimmten Zeiten ganz viele Daten verschicken, dass eine vollständige Kontrolle gar nicht mehr möglich ist.

Dennoch, das zeigt nicht nur das Schicksal von Liu Di, werden immer wieder Menschen aufgegriffen, die das Internet nicht systemkonform genutzt haben. amnesty international hat Ende November in einem Bericht das Schicksal von 33 Personen dokumentiert. Zu ihnen gehören sowohl politisch engagierte Bürger und Publizisten als auch Angehörige verbotener Organisationen. Eine der längsten Gefängnisstrafen muss der Ex-Polizist Li Dawei verbüßen. Er wurde zu elf Jahren Freiheitsentzug verurteilt, weil er Internetseiten der chinesischen Demokratiebewegung aus dem Ausland herunter geladen hatte. „Wer allein aus dem Grund inhaftiert wird, weil er im Internet seine Überzeugungen oder andere Informationen verbreitet oder Webseiten konsultiert hat, ist ein politischer Gefangener“, sagt Dirk Pleiter, China-Experte der deutschen Sektion von amnesty international.

Verpflichtung zur Zensur unterschrieben

Die Organisation hat auch darauf hingewiesen, dass die chinesischen Behörden Druck auf Internetfirmen ausüben, damit diese selbst eine Kontrolle des Netzes garantieren. Seit August ist eine „Öffentliche Erklärung zur Selbstdisziplin“ wirksam. Darin verpflichteten sich die unterzeichnenden Unternehmen, „keine gefährlichen Informationen zu produzieren, zu veröffentlichen oder zu verbreiten, die die staatliche Sicherheit oder die soziale Stabilität gefährden könnten“. Mehr als 300 Firmen haben die Verpflichtung zur Zensur bisher unterschrieben, darunter auch der weltweit tätige Anbieter Yahoo.

Die Festnahmen von Internetnutzern sind nur ein Aspekt der Einschränkung von Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Dissidenten, unabhängige Gewerkschafter oder Herausgeber parteiferner Zeitungen können in China entweder nur versteckt arbeiten oder müssen ins Ausland oder vielleicht noch nach Hongkong flüchten. Dort ist zurzeit zumindest noch eine eingeschränkte Meinungsfreiheit garantiert.

Harald Gesterkamp ■

Putins Veto

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sein Veto gegen die umstrittene Verschärfung der Mediengesetze des Landes eingelegt (siehe M, 10–11 und 12/2002). Die Duma und das russische Oberhaus hatten die neuen Gesetze unter dem Eindruck des Moskauer Geiseldramas zuvor mit deutlichen Mehrheiten gebilligt. Putin verkündete seinen Einspruch kurz vor einem Treffen mit russischen Chefredakteuren, die mit einem Offenen Brief gegen die Pressegesetze protestiert hatten.

Eine Schlichtungskommission soll den Entwurf jetzt überarbeiten. Bis zu einer neuen Verabschiedung durch das Parlament kann das neue Mediengesetz nicht in Kraft treten. Es soll die Berichterstattung über Anti-Terror-Maßnahmen erschweren. Russische Journalistenverbände werten das als Versuch, die kritische Berichterstattung über den Tschetschenien-Krieg nach Moskauer Lesart auch eine Terrorbekämpfung – zu unterbinden. Auch im Ausland hatte die Reform zahllose Proteste hervorgerufen.

hg ■



Foto: Jörn Breiholz

Journalistisches Know-how als Entwicklungshilfe

Computer sind in Burkinischen Radio- und Zeitschriftenredaktionen Mangelware – E-Mails zu schreiben ist oft schwierig

In Burkina Faso setzt der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) verstärkt auf die Förderung der Zivilgesellschaft bei Aufbau und Stärkung der demokratischen Gesellschaft. Ein Programmschwerpunkt und Pilotprojekt dabei: die Ausbildung von Journalisten und die Herausbildung journalistischer Standesstrukturen

Ouagadougou, die Millionen-Hauptstadt Burkina Fasos am Vormittag: In den Straßen um den Gran Marché, den zentralen Markt Ouagas, herrscht quirliges Händlertreiben. Riesige Eisblöcke werden auf Eselskarren verladen, auf dem Kopf balancieren Straßenhändlerinnen frisch geschnittene Melonenstücke und mit Wasser gefüllte Plastiktüten als schnelle Erfrischung gegen 35 Grad Hitze. Nicht weit von den Ministerien ist dies das großstädtische Zentrum des Landes, und das hat sich, so sagen ausländische Beobachter des afrikanischen Binnenlandes, in den letzten zwanzig Jahren enorm entwickelt. Hier haben auch viele Redaktionen ihren Sitz.

Saubere Handschrift gefragt

Während die drei Reporter Ötöne einsammeln, sitzt Nachrichtenchef Lamine Konkobo im zweiten Stock eines Geschäftshauses auf der Etage von Savane FM und verfasst mit sauber geschriebener Handschrift eine Radiomeldung über den Bürgerkrieg im Nachbarland Elfenbeinküste. Wenn die im Nebenzimmer sitzende Moderatorin ihren

Zuhörern mitteilen will, wie Präsident Blaise Compaoré die bedrohliche Lage im Nachbarland einschätzt, muss sie Konkobos Schrift lesen können – Computer sind wie in fast allen burkinischen Radio- und Zeitschriftenredaktionen Mangelware. „Bis vor kurzem konnte ich nicht mal eine E-Mail schreiben. Jetzt kann ich es“, sagt Somda Gervais, der 29-jährige Programmchef von Savane FM, dessen Zielgruppe hauptsächlich die Analphabeten in Ouaga sind. Das Radio ist in dem afrikanischen Land mit einer Analphabetenquote von gut 70 Prozent das mit Abstand wichtigste Medium.

Ohne Ausbildung Chef von Radio Energy

Inzwischen nutzt Gervais, der quirlige Programmchef im schwarzen Businessanzug, das Internet als Informationsquelle: „Endlich kann auch ich im Internet recherchieren“, sagt er. Das Wissen hat er sich vor wenigen Monaten beim DED angeeignet, in einem der Kurse, die Inga Lohse organisiert. Die 30-Jährige ist eine von weltweit sechs DED-Entwicklungshelfern für Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit mit einem weltweit einmaligen Schwerpunkt: „Hier in Burkina unterstützt der DED Mal die Arbeit von Journalisten“, sagt die Entwicklungshelferin.

Mit 26 Jahren schon war Somda Gervais ohne eine journalistische Ausbildung Chef von Radio Energy in Bobo-Dioulasso, der zweitgrößten Stadt im Südwesten des Landes. Dort hat ihm eine Journalistin aus dem benachbarten Niger gezeigt, wie man Nachrichten schreibt. Gervais Berufsweg ist nicht ungewöhnlich in Burkina Faso. Höchstens ein Drittel der 400 Journalisten, schätzt Inga Lohse, haben so etwas wie eine Ausbildung gemacht – und die meist im Ausland. Angehende Chefredakteure, Nachrichtenchefs und Programmierer lernen ihr Handwerk in der Praxis. Die DED-Frau versucht, diese Lücke zu stopfen. In einwöchigen Basiskursen lernen die angehenden Meinungsmacher,

zwischen Nachricht und Kommentar zu unterscheiden, einen Chapeau (Einspann) zu formulieren und an ihrer Interviewtechnik zu feilen. In einem zweiten Basiskurs steht der PC auf dem Programm: Textverarbeitung und Satz, E-Mail und Internet.

Inga Lohse hat die Inhalte ihrer Kurse an den Bedürfnissen der burkinischen Journalisten ausgerichtet und mit ihnen gemeinsam entwickelt. Sie setzt auf Referenten, die die Situation afrikanischer Journalisten kennen. „Wenn man weiß, dass bezahlte Berichte, beispielsweise von Firmen, wichtig für das Überleben der Zeitungen sind, Journalisten häufig nicht mehr als 50 Euro im Monat verdienen und davon eine Familie ernähren müssen, hat sich der Begriff von journalistischer Ethik europäischer Schule schnell relativiert“, sagt sie. „Deswegen arbeite ich lieber mit afrikanischen als mit europäischen Journalisten.“ Trotzdem ist das Selbstverständnis von Journalisten natürlich auch Thema, genauso wie der Aufbau von Berufsverbänden oder die Einführung eines burkinischen Presseausweises. Für Somda Gervais ist der informelle Austausch beim monatlichen DED-Journalistenstammtisch inzwischen das Wichtigste. „Hier lerne ich von den Kollegen, wie sie recherchieren oder kann mich über Themen wie beispielsweise Aids austauschen.“

Fundament für Demokratie

Das DED-Pilotprojekt, an dem seit Anfang 2001 etwa 60 burkinische Journalisten teilgenommen haben, reiht sich ein in die deutsche Entwicklungspolitik, wonach die Stärkung der Zivilgesellschaft beim Aufbau demokratischer Strukturen in den Partnerländern Schwerpunkt ist. „Ein funktionierender Journalismus als vierte Macht im Staat ist ein gutes Fundament gegen nicht-demokratische oder diktatorische Entwicklungen in Afrika“, sagt Melanie Djedje, Leiterin des DED in Burkina Faso. „Deswegen ist diese Stelle besonders wichtig.“

Jörn Breiholz ■

Programmchef von Savane FM

Somda Gervais mit einer Moderatorin und Entwicklungshelferin Inga Lohse

Redakteur in Liberia freigelassen

Nach fast sechs Monaten im Gefängnis ist der liberianische Journalist Hassan Bility am 7. Dezember freigelassen worden. Bility musste umgehend das Land verlassen. Der Redakteur der Zeitung „The Analyst“ war im Juni nach regierungskritischen Artikeln festgenommen worden. Danach begann eine schwere Zeit: Bility musste monatelang ohne Anklageerhebung im Gefängnis bleiben; Besuch von Angehörigen oder einem Anwalt war verboten. Obwohl er an Malaria erkrankt war, wurde Bility nicht medizinisch behandelt. ver.di und amnesty international hatten gemeinsam mit Appellen an die Behörden des westafrikanischen Landes appelliert, den Journalisten freizulassen (M, 7–8, 2002). Seitdem hatte die Menschenrechtsorganisation immer wieder zu Protesten aufgerufen schließlich mit Erfolg.

hg ■

Spiegel sein und Quellen genauer prüfen

Kriegsberichtserstatter diskutierten auf Kuba über Herausforderungen für die Medien in den Kriegen des 21. Jahrhunderts

Eine Ausstellung ...

Unter dem Motto des Kongresses „Wer sein Leben riskiert, arbeitet für den Frieden“ stellen kubanische Fotografen am Rande des Treffens Aufnahmen aus mehreren Jahrzehnten aus. Die Ausstellung gab zugleich die wichtigsten Kapitel der jüngeren kubanischen Geschichte wieder. Neben Fotos vom Einzug der Guerilla in Havanna 1959 wurden Bilder aus den Krisenherden der achtziger Jahre in Zentralamerika ausgestellt. Ein zentrales Thema war das kubanische Engagement in Angola für die marxistische MLPA-Armee. Neben den rund 300 000 Soldaten gingen zahlreiche Fotografen nach Angola und dokumentierten den Krieg und das Leid der Zivilbevölkerung. Beachtung fanden auch jüngere Fotos von Umweltkatastrophen in Nicaragua und Guatemala und der andauernde Krieg in Afghanistan.



Die Aufgaben eines Kriegsberichtserstatters beschränkt sich keineswegs auf die unmittelbare Arbeit im Krisengebiet, erklärte Gabriel Molina gleich zu Beginn des „3. Welttreffens der Kriegsberichtserstatter“ in Havanna. Zwei Tage lang trafen sich in der kubanischen Hauptstadt Ende vergangenen Jahres gut 160 Journalisten, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und Medienforscher aus zwölf Staaten, um die Herausforderungen für die Medien in laufenden und kommenden Kriegen zu diskutieren.

An Pathos fehlte es dabei nicht. Die Menschheit, so Molina, der dem Arbeitskreis der Kriegsberichtserstatter im kubanischen Journalistenverband UPEC vorsteht, habe aus den Konflikten des 20. Jahrhunderts nichts gelernt. Keine gute Perspektive also für die bevorstehende Arbeit, und so bestimmte ein latenter Fatalismus das Grundklima des Kongresses. Nicht zu Unrecht jedoch, wie Yousuf Al-Shouly vom arabischen Sender Al-Jazeera erklärte: „In Afghanistan hat sich ein Trend fortgesetzt, in dem Berichtserstatter zunehmend zum Ziel militärischer Aktionen werden“. So sei sein Kameramann nach dem Rückzug der Taliban-Milizen von US-Soldaten festgenommen worden. „Einen Mann zu inhaftieren, weil er eine Kamera bei sich trägt, ist ein schier unglaublicher Verstoß gegen geltendes internationales Recht“, befand Al-Shouly und traf dabei auf die Zustimmung der Anwesenden.

Der Kubaner Molina verwies auf den Kontext. Der „mediale Feldzug“ beginne zunehmend im Vorfeld der militärischen Aktion. „Im Fall von Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak fällt der rasche Wechsel von Abstinenz von Informationen hin zu einer massiven Informationsflut auf, deren Quellen oft aber nicht hinterfragt werden.“ Beides spiele militärischen Interessen zu. Im Interesse einer freien Presse müsse es daher liegen, den Informationsfluss über die betroffenen Regionen auch außerhalb der Konjunktur aufrechtzuerhalten und die Meldungen aus laufenden Konflikten stärker zu hinterfragen. Dass



die Ausgrenzung der Medien spätestens seit dem Golfkrieg Anfang der neunziger Jahre Teil moderner Kriege ist, auch das wurde in Havanna einmal mehr thematisiert. „In Afghanistan haben keine Soldaten gegeneinander gekämpft“, berichtete Al-Shouly, der Krieg sei bekanntermaßen mit massiven Bombardements geführt worden. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte von dieser Methode im Washingtoner Politmagazin „Foreign Affairs“ tatsächlich als „Kriegsführung des 21. Jahrhunderts“ geschwärmt, weil „nur noch eine handvoll spezialisierter Einheiten auf dem Boden die Ziele für die Piloten markieren müssen“. Dass diese Technologisierung den Krieg für den Beobachter abstrakt und nicht nachvollziehbar macht, wurde von den Kollegen in Havanna als eine der größten Gefahren erachtet. „Ich habe in Afghanistan deswegen vor allem versucht, ein Spiegel zu sein, die Szenen rauszuschicken, die sich vor meinen Augen abspielten“, sagte Al-Shouly.

Fehlendes Bewusstsein

Zu dem inzwischen dritten Kongress hat der kubanische Journalistenverband bewusst auch politische Analysten und Vertreter von Hilfsorganisationen eingeladen, darunter Vertreter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und -Halbmondes. „Wir wollten bei diesem Treffen auch die Probleme des Humanitären Völkerrechtes thematisieren“, sagte Tubal Páez, Präsident des kubanischen Journalistenverbandes. Dass auch auf diesem Gebiet ein Rückschritt stattfin-

det, beklagte Thierry Meyrat, Delegierter vom Roten Kreuz. „Beunruhigend“ seien vermehrte Angriffe auf rechtlich geschützte Gruppen, zu denen neben Journalisten unter anderem auch medizinisches Personal, Gefangene und Kinder gehören. Diese Auflösung internationalen Rechtes brachte Meyrat mit dem Machtverlust der dahinter stehenden Institutionen in Verbindung. „Wenn die Vereinten Nationen im internationalen Gefüge weiter zurückgedrängt werden, wird sich künftig niemand mehr an unter ihnen ausgehandelte Abkommen halten“, befürchtete er. Diese Überlegung habe dem Kongress von Beginn an zu Grunde gelegen, sagte Molina gegenüber „Menschen Machen Medien“. So offensichtlich wie die Zunahme von Konflikten sei die immer größere Gefährdung von Journalisten. „Wir dachten daher an ein Treffen, bei dem Betroffene und Analysten zusammen über die Schwierigkeiten diskutieren.“ Ob es Lösungen gäbe? „Das Problem ist das fehlende Bewusstsein“, sagt der Kubaner. Kollegen würden zunehmend in Krisengebiete geschickt, um mit spektakulären Berichten und Bildern zurückzukommen, oft für drei, vier verschiedene Medienarten. „Rentabilität für den Medienkonzern aber geht nicht nur zu Lasten der Sicherheit des Journalisten, sondern auch der Qualität der Arbeit.“ Ein Lösungsansatz zumindest sei die Vernetzung der Kollegen auf internationaler Ebene, um den Austausch zu gewährleisten. Und warum auf Kuba? „Weil es so ein Treffen sonst nirgends gibt“, sagt Molina.

Harald C. Neuber ■

Betriebsrätetreffen in Budapest

Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg diskutiert

Betriebsräte und Gewerkschafter aus Deutschland, der Schweiz, Ungarn, Polen, Bulgarien, der Tschechien und der Slowakei trafen sich initiiert durch ver.di im November 2002 in Budapest. Kolleginnen und Kollegen der Verlagsgruppe Passau, des Axel-Springer Verlages Ringier, Gruner + Jahr und der WAZ diskutierten mit Medienwissenschaftler Horst Röper über die Konzentration der Medien in Mittel- und Osteuropa und wie man künftig zusammenarbeiten kann.

Euro-Betriebsräte des norwegischen Unternehmens Orkla (36 000 Beschäftigte) hatten sich bereits daran gemacht, Ansprechpartner in den Redaktionen der Orkla Media-Beteiligungen in Polen zu gewinnen. Vertreter der Schweizer Mediengewerkschaft Comedia, verwiesen auf ihre Erfahrungen mit der AT-TAC-Bewegung: Es sei gelungen, sich neu für junge Menschen zu öffnen und sich politisch der globalen Dominanz transnationaler Konzerne zu stellen. Michael Klehm (DJV) erläuterte das Herangehen der Internationalen Förderaktion der Journalisten (IFJ/EFJ): Vor kurzem wurden für die WAZ-Beteiligungen in Jugoslawien und Kroatien Tarifverträge abgeschlossen. Der Axel-Springer-Verlag (ASV) hat als größtes deutsches und europäisches Zeitungsunternehmen in Ungarn die führende Stellung auf dem Zeitungsmarkt. Die Betriebsräte aus Deutschland gaben einen Überblick über die Ausrichtung des Unternehmens und Stellung auf den osteuropäischen Märkten sowie das Rationalisierungsschutzabkommen des ASV. Georgy Lepies, Präsident der ungarischen Pressegewerkschaft berichtete, dass es für ASV Ungarn (acht Betriebe) einen nationalen Tarifvertrag gibt. Die Betriebsrats- und Gewerkschaftsvertreter der führenden ungarischen Tageszeitung „Nepszabadasg“, (49,9% Ringier, 17% G+J) stellten ihr System der Interessenvertretung vor – einer Beteiligungsgesellschaft (als Mitgesellschafter), dem Gewerkschaftskomitee und dem Betriebsrat.

Die G+J-Vertreter aus verschiedenen Ländern informierten über die Erfahrungen des Euro-Betriebsrates: G+J verfügt in Polen und Tschechien über eine starke Stellung im Zeitschriftenmarkt und strategisch wichtigen Beteiligungen in der Slowakei, Rumänien sowie den

Minderheitenbeteiligungen (49%) in Tschechien und Jugoslawien.

Für eine stärkere Zusammenarbeit der Interessenvertretungen in den führenden Medienkonzernen in Mittel- und Osteuropa hatte sich der ver.di-Vertreter aus Hamburg ausgesprochen. Die Arbeitsbedingungen sind in diesen Betrieben nach

der Restrukturierung der Geschäftsaktivitäten besser geworden. Die Chance besteht, dass man über diesen Weg eine neue inhaltliche Grundlage schafft, die den verschiedenen Gebilden der westeuropäischen Euro-Betriebsräte bis heute fehlt.

Holger Artus, Betriebsratsvorsitzender, „Hamburger Morgenpost“ ■

Abschlusskommunique, Reden u.a. unter [http:// budapest.verdi-verlage.de/](http://budapest.verdi-verlage.de/).

Das Rationalisierungsschutzabkommen unter: [http:// asv.verdi-verlage.de/](http://asv.verdi-verlage.de/)

Aktion für Saleem Samad und Pricila Raj

Journalist und Dolmetscherin aus Bangladesch sind nach Kontakt zu ausländischen Kollegen im Gefängnis



Für die Recherche war Saleem Samad eine große Hilfe. Er brachte sein Wissen ein, stellte Kontakte her, war Reiseführer und übersetzte. Seine Kollegin Pricila Raj arbeitete als Dolmetscherin für das Fernsichteam des britischen TV-Senders „Channel 4“. Geplant war ein Dokumentarfilm über die politische Lage in Bangladesch. Doch dieses Vorhaben war den Behörden in der Hauptstadt Dhaka offenbar nicht willkommen. Denn die britische Journalistin Zaika Malik und der italienische Kameramann Bruno Sorrentino sowie Saleem Samad und Pricila Raj wurden festgenommen. Auch Fahrer Mujib kam erst einmal in Gewahrsam.

Des Landes verwiesen

Malik und Sorrentino konnten am 11. Dezember, 16 Tage nach ihrer Festnahme das Gefängnis verlassen. Sie wurden umgehend des Landes verwiesen; ihr Material wurde beschlagnahmt. Auch der Fahrer kam frei. Doch Saleem Samad und Pricila Raj blieben in Haft. Ihr Fall sei anders zu beurteilen, betonte ein Regierungssprecher in Dhaka und kündigte an, sie würden nach den Gesetzen des Landes behandelt.

Mitte Dezember war noch keine Anklage gegen die beiden erhoben. Es wurde jedoch davon ausgegangen, dass sie wegen Staatsgefährdung vor Gericht

gestellt werden. Die Richter in Dhaka lehnten bis dahin schon drei Anträge auf Haftentlassung gegen Zahlung einer Kaution ab. Amnesty international betrachtet Samad und Raj als gewaltlose politische Gefangene, die nur inhaftiert sind, weil sie ihrem Beruf nachgegangen sind. Saleem Samad ist als Journalist bekannt, der sich für die Pressefreiheit einsetzt. Er ist Mitarbeiter der Organisation „Reporter ohne Grenzen“. Nach Angaben der Gruppierung wird inzwischen auch seine Familie bedroht.

Die Behörden in Bangladesch haben in den vergangenen Monaten sehr empfindlich auf Berichte vor allem in internationalen Medien über die Lage im Land reagiert. Die Regierung sieht in kritischem Journalismus vielfach Versuche, den Ruf des Landes zu beschädigen. Amnesty international befürchtet auch, dass die Inhaftierten misshandelt oder gefoltert werden könnten. Dieses ist in Bangladesch gängige Praxis.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie bitte an die Ministerpräsidentin von Bangladesch und fordern Sie die Behörden auf, den Journalisten Saleem Samad und die Dolmetscherin Pricila Raj sofort und bedingungslos freizulassen und ihre körperliche Unversehrtheit zu garantieren.

Schreiben Sie an:

Prime Minister
Begum Khaleda Zia
Office of the
Prime Minister
Gona Bhaban
Sher-e Bangla Nagar
Dhaka
BANGLADESCH
Telefax:
00 880-2-811 32 43
E-Mail: pm@pmobd.org
oder
psecretary@pmobd.org

Schicken Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Kanzlei der Botschaft
der Volksrepublik
Bangladesch
S. E. Herrn Ashfaqur
Rahman
Dovestraße 1
10587 Berlin
Telefax: 030-39 89 75 10

amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Seminare/Tagungen

Journalismus aktuell

ABP, München. 14./15. April: Qualitätsmanagement in Redaktionen. 28./29. April: Presserecht.
ABZV, Bonn. 29. April in Kassel: Das Recht der Gegendarstellung.
AFP, Hamburg. 31. März bis 4. April: Innovationen 2004 – Ideen für die Medien von morgen (Führungskräfte-seminar; 5 Tage – 5 Medien, einzeln oder ganz buchbar).

Journalistische Themen

ABP, München. 28. bis 30. April: Landtagswahlen im Lokalen.
ABZV, Bonn. 10. April in Stuttgart: Strafvollzug.

Journalistische Formen

ABP, München. 5. bis 7. März: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. 17. bis 21. März: Interview. 17. bis 25. März: Reportage. 24. bis 28. März: Kreatives Schreiben für die Tageszeitung. 31. März bis 4. April: Kultur-, Film- und Fernsehkritik. 7. bis 11. April: Meinungsbeiträge. 14. bis 17. April: Porträt. 22. bis 25. April: Reisejournalismus. 22. bis 25. April: Wirtschaftsjournalismus.
ABZV, Bonn. 26./27. März in Stuttgart: Interviewtechnik. 2./3. April in Stuttgart: Die Lust am Lesen wecken – Überschrift, Bildunterschrift, Vorspann. 28./29. April in Stuttgart: Das Porträt.
AFP, Hamburg. 17. bis 21. März: Reportagewerkstatt. 24./25. April: Themen finden. 14. bis 17. Juli: Recherche. 28./29. April: Kurzkritik.
EMA, Berlin. 17. bis 21. März: Reportagen schreiben.
JHB, Hagen. 24. bis 27. März: Vorspanne und Textesteige. 7. April: Reportage.
JSR, Essen. 9./10. April in Essen bzw. 7. bis 8. Mai in Erfurt: Nachrichten noch besser schreiben. 29. April: Heiße Tipps gegen kreative Kälte – Neue Anstöße für die redaktionelle Praxis.

Journalismus online

ABP, München. 14. bis 17. April: Online-Texten. 22. bis 24. April: Online-Recherche.
EMA, Berlin. 28. bis 30. April: Sicherheit im Internet.
JA, München. 14. bis 16. Juni: Einstieg in die Web-Grafik mit GIMP.
JHB, Hagen. 3. bis 7. März: Aufbaukurs Online-Journalismus.
woman, Frankfurt. 28. Februar: Das eigene Webangebot optimieren und pflegen. 10./11. März: Professionelle Recherche im Inter-

net. 20. März: Mit Teasern zum Lesen verführen. 2./3. April: Texte webgerecht schreiben und präsentieren.

MAK, Köln. 27. März: Online-Recherche. 24./25. März: Workshop Online-Redaktion. 8. April: Digitalisierte Werke und Recht. 7. bis 9. April: Online-Redaktion I.
MFG, Stuttgart. 20. Februar: Usability Testing – Qualitätssicherung bei Internet-Projekten.

Hörfunk

DHA, Dortmund. 17. Februar: Unglücksfälle, Krisen, Katastrophen – Großbeinsatz für Journalisten. 24./25. Februar: Coaching I für Moderatoren – Der Weg zur Personality I. 6./7. März: Cool im Chaos – Mit System gegen Nervosität und Stress am Mikrofon. 10./11. März: Coaching II für Moderatoren – Feintuning Personality. 22./23. März: Produktion von Promos und Trailern. 27./28. März: Sprech-Training II. 31. März bis 5. April: Live On Air – Radio Training. 7./8. April: Interview-Training/Grundlagen. 24./25. April: Live-Takes. 28. bis 30. April: Nachrichten in Regional- und Lokalprogrammen.
EMA, Berlin. 24. bis 28. März: Einstieg in den Hörfunk-Journalismus. 21. bis 23. April: Digitaler Audioschnitt.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 15. bis 17. April: Freie Rede und Präsentation.
ABZV, Bonn. 3./4. April in Sarstedt: Zeitmanagement in der Redaktion.
AFP, Hamburg. 21./22. März, 9./10. Mai, 20./21. Juni und 12./13. September (mehrtägig): Job-Coaching für Journalisten. 7. bis 9. April: Marketing für Freie.
COP, Köln. 7. bis 11. April im Odenwald-Institut, Wald-Michelbach: Coaching mit Dream-Guidance.
JA, München. 5. April: Zeitmanagement.
JHB, Hagen. 14. bis 16. April: Marketing für Journalisten.
JSR, Essen. 31. März bis 4. April: Start up Seminar – Existenzgründung als freier Journalist.
MAK, Köln. 17./18. März: Konfliktmanagement. 21./22. März: Moderationstraining. 16./17. April: Persönliche Effizienz steigern. 28. bis 30. April: Verhandlungstechniken.

Layout & Infografik

EF, Düsseldorf. 6./7. Februar in Berlin, 10./11. April in München: Grafik-Design für Nicht-Grafiker.

JHB, Hagen. 28. bis 30. April: Grundlagen Gestaltung.

Fotografie

ABP, München. 7. bis 14. April: Fotografieren I – digital.
ABZV, Bonn. 8. April in Stuttgart: Digitale Fotografie – Bildbearbeitung – Bildverwaltung. 9. April: Grundkurs Photoshop.
AFP, Hamburg. 10. bis 14. März: Bildauswahl.

Film & TV

AFP, Hamburg. 3. bis 5. März: Das Fernsehinterview. 28. bis 30. April: Texten fürs Fernsehen.
EMA, Berlin. 17. bis 21. März: Profi-Seminar TV-Bericht.
KOMED/MA, Köln. 1./2. April: Bildlich gesprochen – Bildsprache im Fernsehjournalismus.

Film & TV Organisation

MUK, Hamburg. 8./9. März in Hamburg, 1./2. März in Berlin: Drehbuch – Weiterentwicklung eines Treatment/Aufbaukurs. 2. 26./27. April: Berufsbild Produktionsleitung. 25. bis 27. April in Berlin: Dramaturgie der Stoffe 1.

Public Relations

ABP, München. 10. bis 14. März: Public Relations.
AFP, Hamburg. 24. bis 26. März: Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit. 10. bis 12. April: Pressearbeit als Teilbereich der Unternehmenskommunikation.
Amecon, Leipzig. 16. bis 19. Februar, 16. bis 19. März oder 27. bis 30. April in der Wartburg bei Eisenach: Interviewt werden, Gesprächsführung – Intensivtraining.
DHA, Dortmund. 24./25. März: Gezielte Pressearbeit – Der richtige Umgang mit Journalisten. 28./29. April: Radio-PR: Der Trend geht zum Hören!
EMA, Berlin. 27./28. März: Online-PR in Non-Profit-Einrichtungen. Ab 1. April 2003 bis Januar 2005 mit vier je einwöchigen Präsenzphasen in Berlin (nächster Studiengang beginnt am 1. Oktober 2003): Fernstudiengang Öffentlichkeitsarbeit für Kirche oder Non Profit-Einrichtungen.
FAZ, Frankfurt. 19./20. März in Wiesbaden: Die Mitarbeiterzeitschrift. 20./21. März in Düsseldorf: Stärkere Medienpräsenz durch aktive Pressearbeit. 31. März/1. April: Schreiben und Gestalten im Netz. 1./2. April in Offenbach: Crashkurs Rhetorik. 2. April in Bad Hom-

burg: PR-Erfolgskontrolle. 3. April: PR online. 3./4. April in Mainz: Aufbaukurs Rhetorik. 3. bis 4. April in Offenbach: Konflikte in Unternehmen erfolgreich managen. 14./15. April in Offenbach: Crashkurs Sponsoring. 28./29. April: Der Schlüssel zum Messeerfolg.
JHB, Hagen. Pressestellenjournalismus – 17. bis 20. März: Rhetorik für Öffentlichkeitsarbeiter. 31. März bis 2. April: Interview werden. 22. bis 24. April: Nachrichten schreiben/Die Pressemitteilung. 28. bis 30. April: Umgang mit Hörfunk und TV.
JSR, Essen. 25. März: Krisen-PR.
MAK, Köln. 31. März: Die Pressemitteilung. 28./29. April: Erfolgreiche Pressearbeit.

Mitbestimmung

HBST, Düsseldorf. 13./14. März in Berlin: 4. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht.

Etcetera

DGB, Hattingen. Bildungsurlaubsseminare – 16. bis 21. Februar: Call Center – neue Selbstständigkeit – Online-Medien: Welche Jobs schafft die „New Economy“? 23. bis 28. Februar: Konsumrausch – Spielsucht – Psychogruppen: Soziale Probleme des Geschäfts mit der Abhängigkeit (mit Besuch im Casino Hohensyburg). 4. bis 7. März: Anti-Amerikanismus und „deutscher Weg“: Rechte Traditionen und linke Positionen der deutschen Politik unter der Lupe. 16. bis 21. März: Rassismus, Rechtsextremismus und ausländerfreie Zonen: Woher kommen fremdenfeindliche Gefühle und Gewalt? 23. bis 28. März: Arbeitslosigkeit-Firmenpleiten-Staatsverschuldung: Was hilft gegen die deutsche Krankheit?

Neu im Netz

www.fotomarktplatz.de und www.pictureexchange.net
 Nach der Registrierung verschafft eine Metasuchmaschine (honorarpflichtigen) Zugang zu 100 Fotoagenturen wie Corbis, Keystone, Zefa oder dpa mit mehreren Millionen Digitalfotos. Diese können in einer Lightbox zur Vorauswahl zwischengespeichert und anschließend selbst ausgedruckt werden. Ergänzend kann in pictureexchange.net in englischer Sprache nach weiteren Fotos gesucht werden.

Adressen/Seminare

ABP: Akademie der Bayerischen Presse, Rosenheimer Straße 145c, 81671 München, Telefon 089/49 99 92-0, Telefax 089/49 99 92-22, Internet www.akademie-bayerische-presse.de, E-Mail abp-muenchen@t-online.de.

ABZV: Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage e.V., In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Telefon 0228/259 00-0, Telefax 0228/25 900-26, Internet www.abzv.de, E-Mail info@abzv.de.

AFP: Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8–10, 20354 Hamburg, Telefon 040/41 47 96-0, Telefax 040/41 47 96-90, Internet <http://www.akademie-fuer-publizistik.de>, E-Mail inf o@akademie-fuer-publizistik.de.

AMECON: AMECON, Medientrainer Conrad Giller, Am Mückenschlösschen 3a, Leipzig, Telefon 0341/301 18 23, Telefax 03 41/301 18 24, Internet www.amecon.de, E-Mail giller@amecon.de.

COP: COP – Praxis für Coaching, Organisation und PR, Birgitt E. Morrien, Krüthstraße 27, 50733 Köln, Telefon 0221/739 32 62, Telefax 0221/739 17 69, E-Mail contact@cop-morrien.de, Internet www.cop-morrien.de.

DGB: DGB-Bildungszentrum Hattingen, Am Homberg 46–50, 45529 Hattingen, Telefon 023 24/50 80, Telefax 023 24/508–300, Internet www.hattingen.dgb-bildungswerk.de, E-Mail hattin-gen@dgb-bildungswerk.de.

DHA: Deutsche Hörfunk Akademie, Nollendorffplatz 2, 44339 Dortmund, Telefon 0231/98 89 00, Telefax 02 31/988 90–25, E-Mail dha@hoerfunkakademie.de, Internet www.hoerfunkakademie.de.

EMA: Evangelische Medienakademie/Journalistenschule, Jebensstraße 3, 10623 Berlin, Telefon 030/310 01–417, Telefax 030/210 01–440, Internet www.evangelische-medienakademie.de, E-Mail izimmer@ev-medienakademie.de.

EUF: Euroforum Deutschland GmbH, Postfach 11 12 34, 40512 Düsseldorf, 0211/96 96–36 14, Telefax 0211/96 86–40 40, E-Mail anmeldung@euroforum.de, Internet www.euroforum.com.

FAZ: F.A.Z. – Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen, Mainzer Landstraße 195,

60326 Frankfurt/Main, Telefon 069/75 91–20 76, Telefax 069/75 91–27 64, E-mail info@faz-institut.de.

HBST: Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211/77 78-148, Telefax 0211/77 78–225.

JA: Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, 80604 München, Telefon 089/167 51 06, Telefax 089/13 14 06, Internet <http://www.journalistenakademie.de>.

JHB: Journalistenzentrum Haus Busch/Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, 58099 Hagen, Telefon 023 31/365–600, Telefax 023 31/365–699, Internet: <http://www.hausbusch.de>, E-Mail hausbusch@hausbusch.de.

JSR: Journalistenschule Ruhr, Schederhofstraße 55–57, 45145 Essen, Telefon 0201/804–19 61 oder –19 62, Telefax 0201/804–19 63, E-Mail m.jentsch@journalistenschule-ruhr.de, Internet <http://www.journalistenschule-ruhr.de>.

KOMED/MA: Melanchthon-Akademie, Im MediaPark 7, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43–344, Telefax 0221/57 43-349, Internet www.melanchthon-akademie.de.

MAK: Medienakademie Köln gGmbH, Im MediaPark 6, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43 72 00, Telefax 0221/57 43 72 01, Internet www.medienakademie-koeln.de.

MFG: Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Medienentwicklung, Geschäftsstelle doIT, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart, Telefon 0711/907 15–300, Telefax 0711/715–350, Internet www.mfg.de oder www.doIT-online.de, E-Mail medienentwicklung@mfg.de.

MUK: Medien und Kulturarbeit e.V., Friedensallee 7, 22765 Hamburg, Telefon 040/39 90 99 31, Telefax 040/390 95 00, Internet www.medienundkultur.hamburg.de, E-Mail medienundkulturarbeit@t-online.de.

WOMAN: Wom@nticker – Medienagentur für Frauen, Hohenstaufenstraße 8, 60327 Frankfurt/Main, Telefon 069/74 30 98 63, Telefax 069/74 30 98 64, E-Mail info@womanticker.de, Internet www.womanticker.net.

Anzeige

Journalismus

Andere Zeit „Sonntag“
HAMBURG. 52-mal im Jahr beginnt die Woche mit einem Sonntag – Zeit jenseits des geschäftigen Alltags für sich selbst, für die Familie, für Freunde, für Gott. Eine breite Diskussion über Sinn und Bedeutung des Sonntags soll der erstmals aus-geschriebene Journalistenpreis „Andere Zeiten“ entfachen. Er ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert und prämiert Print-Beiträge jeden Genres zum Thema „Sonntag“, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. April 2003 veröffentlicht worden sind. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2003. Der gemeinnützige Verein „Andere Zeiten“ wurde vor fünf Jahren gegründet, um die Bedeutung des Kirchenjahres in der heutigen Zeit zu erklären. Andere Zeiten e.V., Heimhuderstraße 91, 20148 Hamburg, Telefon 040/47 11–27 50, Telefax 040/47 11–27 77, Internet www.anderezeiten.de, E-Mail info@anderezeiten.de.

Sport statt schwere Beine
BAYREUTH. Einen Journalistenpreis zum Thema „Sport und Venengesundheit“ hat medi Bayreuth aus-geschrieben. Gesucht werden entsprechende Beiträge, die zwischen dem 15. September 2002 und dem 1. September 2003 erschienen sind und der Frage nachgehen, welcher Sport und welche Hilfsmittel Beine junger und älterer Menschen gesund und fit erhalten. Einsendeschluss: 15. September 2003. Die ersten drei Preise sind mit 2.500, 1.500 und 1.000 Euro dotiert. Nähere Informationen: medi Bayreuth, Kathrin Glaser-Bunz, Medicusstraße 1, 95448 Bayreuth, Internet www.medi.de, E-Mail k.glaser@medi.de.

Altersvorsorge verständlich
KÖLN. Je deutlicher sich der demografische Wandel in den Rentenkassen bemerkbar macht, umso größer wird die Nachfrage nach privater Vorsorge fürs Alter: Die Angebotspalette ist enorm – die Informationslage schwierig. Was ist nötig, sicher, renditeträchtig? Das Deutsche Institut für Altersvorsorge zeichnet Journalisten aus, die den Informationsdschungel lichten: Noch bis zum 30. März 2003 können Beiträge zum „Zukunftspreis Altersvorsorge“ eingereicht werden, die im Kalenderjahr 2002 erschienen sind. Preiswürdige Arbeiten werden mit insgesamt 25.000 Euro prämiert. Nähere Informationen: Deutsches Institut für Altersvorsorge, Bernd Katzenstein, Hohenstaufenring 29-37, 50674 Köln, Telefon 0221/923 94–1, Telefax 0221/923 94–9, E-Mail

info@dia-vorsorge.de, Internet www.dia-vorsorge.de.

Unternehmen statt manager
BAD HOMBURG. Gute alte Zeit – als Unternehmer statt Manager deutschen Wirtschaftsunternehmen vorstanden, als nicht Shareholder value, sondern persönliches Profil Unternehmenspolitik bestimmte. Gute alte Zeit? Die Johanna-Quandt-Stiftung sucht journalistische Beiträge über Unternehmerpersönlichkeiten, ihr Wirken und ihre Bedeutung. Die Arbeiten sollen auf publikumswirksame Weise erläutern, welches Konzept der Privatwirtschaft zu Grunde liegt, welche Bedeutung es für die Verwirklichung einer sozialen Marktwirtschaft hat. Der Herbert-Quandt-Medienpreis für Unternehmensberichterstattung ist mit 50.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. März 2003. Information: Johanna-Quandt-Stiftung, Seedammweg 55, 61352 Bad Homburg, Telefon 06 172/40 43 42, Telefax 06 172/40 44 20, E-Mail johanna-quandt-stiftung@gqh.de.

Publizistischer Denkmalschutz
BONN. Im Rahmen ihres Denkmalschutz-Preises zeichnet das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz auch publizistische Arbeiten aus, die beispielhaft auf Probleme bei der Erhaltung des geschichtlichen Erbes hinweisen. Wer in Presse, Hörfunk oder Fernsehen über die Erhaltung und Rettung von Gebäuden, Ensembles, Altstadtkernen, Dörfern und archäologischen Denkmälern berichtet hat, kann sich noch bis zum 31. März 2003 um ein Reisestipendium bemühen. Kontakt: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn, Telefon 01 888/681 36 11, Telefax 01 888/681 38 02, Internet www.nationalkomitee.de.

Mitteldeutscher Journalistenpreis
HALLE. „Mitteldeutschlands als Zukunftsregion“ ist das Thema des mit 5 000 Euro dotierten Mitteldeutschen Journalistenpreises. Der DJV Sachsen-Anhalt lädt zur Teilnahme ein. Zugelassen sind journalistische Arbeiten aus dem Kalenderjahr 2002, die in Print, Radio oder Fernsehen veröffentlicht wurden. Einsendeschluss: 15 März 2003. Näheres über den Journalistenverband Sachsen-Anhalt, Postfach 20 07 34, 06008 Halle/Saale, Telefon 0345/212 19–0, Telefax 0345/212 19–13, Internet www.djv-sachsen-anhalt.de, E-Mail buero@djv-sachsen-anhalt.de.

Fotografie

„Dritte Welt“ im Bild

FRANKFURT. „Dialog der Kulturen – Kommunikation auf Augenhöhe?“ So überschreibt das Dritte Welt Journalisten Netz e.V. einen Wettbewerb über bildliche Beiträge zum Thema Entwicklungszusammenarbeit. Die Ausschreibung richtet sich an Fotojournalisten, Karikaturisten und Infografiker in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Fragestellungen: Wie nah sind Autoren bzw. Künstler an Themen und Menschen? Wie und wo findet der Dialog zwischen den Kulturen statt? Wer bestimmt das veröffentlichte Bild und aus welcher Perspektive werden die Kulturen gesehen? Ein-sendeschluss: 2. März 2003. Je Teilnehmer können drei Arbeiten eingereicht werden, jedoch keine Serien. Pro Kategorie werden drei Beiträge honoriert, der Hauptpreis beträgt jeweils 2000 Euro. Wettbewerbsunterlagen per E-Mail oder gegen Einsendung eines mit 55 Cent frankierten Rückumschlages bei: Dritte Welt Journalisten Netz e.V., C/o Jürgen Weber, Preis Entwicklungspolitik, Böhmerstraße 43, 60322 Frankfurt/Main, Telefax 069/55 83 15.

Preis für Medizin-Fotografie

KÖLN. Mit ihrer Ausschreibung zum Herbert-Schober-Förderpreis sucht die Deutsche Gesellschaft für Photographie herausragende Motive der Medizin- und Wissenschaftsfotografie. Professionelle Fotografen können noch bis Ende Mai 2003 maximal sechs Vergrößerungen im Format 30x30 oder 30x40 cm einreichen. Die Arbeiten dürfen nicht älter als drei Jahre sein. Der Preis ist mit 1000 Euro ausgestattet. Kontakt: Deutsche Gesellschaft für Photographie, Overstolzenhaus, Rheingasse 8-12, 50676 Köln, www.dgph.de/dgph/medizin_wiss/herbertschoberpreis.html, E-Mail dgph@dgph.de.

Reinhart-Wolf-Preis

STUTT GART. Der Bund Freischaffender Foto-Designer (BFF) schreibt erneut seinen mit 15000 Euro dotierten Reinhart-Wolf-Preis für Nachwuchsfotografen aus. Bewerber können sich Hochschul- und Fachhochschul-Absolventen mit ihren Diplomarbeiten im Bereich Fotografie, soweit sie ihren Abschluss zwischen dem 1. April 2002 und dem 31. März 2003 gemacht haben. Einsendeschluss: 07. April 2003. Kontakt: Bund Freischaffender Foto-Designer e.V., Norbert Waning, Tuttlinger Str. 95, 70619 Stuttgart, Telefon 0711/473422, Telefax 0711/475280, Internet www.bff.de, E-Mail info@bff.de.

Online

Grimme-Preis „Online“

MARL. Nicht um herausragende Fernseh-Beiträge geht es diesmal, sondern um die Online-Begleitung per Internet, die längst zur eigenständigen Informationsssäule vieler Sendeanstalten geworden ist: Das Adolf-Grimme-Institut schreibt noch bis zum 15. April 2003 einen Preis für Online-Angebote aus, die in „vorbildlicher Weise einen Bezug zum Medium Fernsehen herstellen und innovative Entwicklungen im Verhältnis von Fernsehen und Internet aufzeigen“. Ausschreibungsdetails können im Internet abgefragt werden unter www.grimme-online-award.de. Persönlicher Kontakt über Adolf Grimme Institut, Birk Bruckhoff, Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl, Telefon 02 365 / 918 90, Telefax 918 989, E-Mail: bruckhoff@grimme-institut.de.

Wir trauern um unseren langjährigen Vorsitzenden

Hanno Kremer

* 9.2. 1933 † 10.12.2002

Wir verlieren einen verlässlichen Freund und Weggefährten, der mit großem sozialen Engagement die Gewerkschaftsarbeit in unserem Sender gestaltet hat. Auch in schwierigen Zeiten war er uns immer ein sicherer Steuermann.

ver.di – Sendeverband DeutschlandRadio Berlin

Im Namen aller Gewerkschaftsmitglieder

Jörg Sucker Barbara Jaenicke Ulrich Ziegler
Kristina Nazarek Klaus-Michael Klingsporn



Leute

Wolfgang Behnken schied als Herausgeber von „Max“ aus.

Karl-Heinz Betz, zuletzt Chefredakteur des inzwischen eingestellten Angler-Sparten-Kanals Seasons TV, folgte als Chefredakteur der Jagd-Zeitschrift „Wild und Hund“ (Paul Parey Verlag) auf **Matthias Klotz**.

Björn Peter Böer, zuletzt Chef der Wirtschaftsredaktion des FAZ Business Radio, löst als Chefredakteur des „FondsMagazins“, der Kundenzeitschrift der Dekabank, **Horst-Peter Wickel** ab.

Joachim Böskens, bisher Programmredakteur von Radio Antenne Niedersachsen (Hannover), folgte als Chef von NDR 1 Radio MV (Schwerin) auf **Dietmar Riemer**, der Chef vom Dienst bei NDR Radio 3 (Hamburg) wurde.

Anne Copenrath, bisher Chefredakteurin von „Brigitte Young Miss“, verlässt die Zeitschrift; bis zu einer Regelung der Nachfolge leitet die Herausgeberin **Anne Volk** das Blatt redaktionell.

Dagmar Deckstein, bislang Redakteurin im Ressort Wirtschaft der „SZ“, löste als Wirtschafts-korrespondentin des Blatts in Stuttgart und Baden-Württemberg **Felix Spies** ab, der in den Ruhestand trat, aber weiter als Autor für die „SZ“ wirken wird.

Klaus-Helge Donath, Korrespondent der „taz“, wurde von einem Moskauer Gericht vom Vorwurf der Beleidigung eines Studenten freigesprochen, dessen Jubelgedicht auf Präsident Putin er als Beispiel für Personenkult zitiert hatte.

Ernst Elitz wurde als Intendant des DeutschlandRadios für eine weitere Amtszeit bis 2009 bestätigt.

Jürgen Elsässer, Redakteur bei dem Monatsmagazin „Konkret“, muss wegen politischer Differenzen mit Herausgeber und Redaktion das Blatt verlassen.

Susanne Fischer, zuletzt stellvertretende Chefredakteurin und Leiterin des Ressorts Medien bei der „Woche“, wird Redakteurin im Ressort Dossier von „Brigitte“.

Thomas Fricke stieg bei der „Financial Times Deutschland“ vom Redakteur zum Chefökonom auf.

Carsten Gensing rückte bei der „Hamburger Morgenpost“ vom Vize zum Leiter des Ressorts Lokales auf. **Immo Hoppe** folgte als Ressortleiter Sport auf **Michael Schickel**, der das Blatt verließ.

Wolfgang Hahn-Cremer und **Christiane Bertels-Heering** wurden in ihren Ämtern als Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende der Medienkommission der NRW-Landesanstalt für Medien (LfM) bestätigt.

Thomas Hartung, derzeit Leiter des Frankfurter Redaktionsbüros von „FWW International“, wird ab 1. März 2003 als Geschäftsführer der Travel Trade Press GmbH (Deutscher Verkehrsverlag) eine neue touristische Fachzeitschrift entwickeln.

Albrecht Hesse, Justiziar des BR, löste als stellvertretender Intendant des Senders die bisherige Verwaltungsdirektorin **Jutta Lowag** ab, die in den Ruhestand ging.

Walter Hillebrand, zuletzt Chefkorrespondent von „Capital“, wurde wieder, wie schon von 1996 bis Anfang 2002, stellvertretender Chefredakteur des Blatts.

Florian Illies, Autor und zuletzt Leiter der Berliner Feuilleton-Redaktion der „FAZ“, verließ das Blatt.

Norbert Klein, bisher stellvertretender Chefredakteur Fernsehen beim SR, löste als Fernseh-Chef **Elke Herrmann** ab, die den Sender ebenso verließ wie **Otto Deppe**. Seine Position als Leiter Landesprogramme und Moderator des „ARD-Ratgebers: Reise“ übernahm **Jörg Gehlen**.

Susanne Klein, bisher Leiterin der Abteilung Presse und Öffentlichkeit beim Eichborn-Verlag, folgt zum 1. März als Presseleiterin in der Verlagsgruppe Droemer Knauer auf **Iris Geyer**, die in den Mutterschaftsurlaub ging.

Impressum

„M – Menschen Machen Medien“
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint monatlich (10 Ausgaben
im Jahr)

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske/Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand/Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4 10785 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 041 73-5 09 92-0, Telefax 041 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 8a, gültig ab 1. 1. 2002, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss: jeweils Mitte des Monats

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57
Bildrecherche: Christian v. Polentz
Druck und Vertrieb: W. E. Weinmann Druck + Media GmbH, Raiffeisenstr. 15, 70794 Filderstadt, Postfach 41 60, 70779 Filderstadt

Jahresabonnement: 36 €
einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 11/7 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“ verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711/20 97-2 60
„Druck + Papier“ verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. aktuelles Inhaltsverzeichnis von „M“ und ausgewählte Texte, Archiv seit März '96):
www.verdi.de/m

Redaktionsschluss:
„M“ 03/2003: 13.01.2003
„M“ 04/2003: 10.02.2003

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Lutz Kuckuck, Sprecher der Geschäftsführung von Radio Marketing Service und Alte, wurde in seinem Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse (ag.ma) bestätigt. Neu in den ag.ma-Vorstand wurde **Ulrich Becker** („Kölner Stadtanzeiger“) gewählt. In den Arbeitsausschuss wurden u.a. **Eva Bühler** („Bonner Generalanzeiger“), **Gerhard Müller** (Verlagsgruppe Rhein-Main) und **Wilfried Sorge** (Radio ffn Hannover) berufen.

Martin Lagoda, bisher bei der Zeitschrift „Living at Home“ (G+J) für den Bereich Küche zuständig, folgte als Chefredakteur von „Essen & Trinken“ sowie „Schöner Essen“ auf **Peter Ploog**, der in den Ruhestand ging.

Markus Langer, bisher zuständig für das Supplement des „Badischen Tageblatts“, übernahm die Chefredaktion von **Rudolf Gregg**, der die Zeitung nach nur wenigen Monaten wieder verließ.

Patrick Leclercq vom SWR, zuletzt zweiter Chefredakteur von „ARD-aktuell“, übernimmt die Leitung der Abteilung Ausland und Europa des SWR-Fernsehens von **Immo Vogel**, der in den Ruhestand tritt.

Thomas Mauz, bisher stellvertretender Chefredakteur des Magazins „Selber Machen“ (Jahreszeiten Verlag), löste als Chefredakteur **Harald Apelt** ab.

Tanja May, zuletzt Redakteurin im Ressort Unterhaltung der „Bunten“, wurde Chefredakteurin des Blatts.

Karl-Rudolf Menke löste als Chefsprecher beim SWR **Rolf Klein** ab, der in den Ruhestand ging.

Bernhard Nellessen, bisher Chefredakteur Fernsehen des SWR in Mainz und stellvertretender Direktor des SWR-Landessenders Rheinland-Pfalz, löst als Fernsehdirektor des Senders zum 1. Mai 2003 Dr. **Christof Schmid** ab, der in den Ruhestand geht.

Jochen Nuhn folgt als ARD-Fernsehkorrespondent in Genf auf **Kurt Stenzel**, der in den Ruhestand tritt.

Norbert Opfermann, zuletzt Partner von PubliKom Medienservice, hat sich in Düsseldorf unter der Firmierung OK – Opfermann Kommunikation als freier Journalist und PR-Berater mit dem Schwerpunkt Redaktion von Mitarbeiter- und Kundenpublikationen selbständig gemacht.

Christoph Peck, früher stellvertretender Ressortleiter Deutschland beim „Spiegel“ sowie geschäftsführender Redakteur von „Capital“ und „Wirtschaftswoche“, folgte als Chefredakteur der Zeitschrift „Wirtschaftsjournalist“ auf **Annette Milz**, die Chefredakteurin des „MediumMagazins“ bleibt.

L u t s
auch selbst schicken:
Fax 030 / 69 56 36 76

Renate Pepper wurde als Vorsitzende der Versammlung der Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter Rheinland-Pfalz (LPR) wiedergewählt; Stellvertreter sind **Jürgen Creutzmann** (FDP), Vizepräsident des Landtags, und **Jürgen Fielstette**, Pressesprecher der rheinland-pfälzischen Unternehmerverbände.

Jan-Eric Peters, zuletzt Stellvertreter des Chefredakteurs von „Die Welt“ und „Berliner Morgenpost“, löste als Chefredakteur der beiden Blätter **Wolfram Weimer** ab. Neuer Stellvertreter des Chefredakteurs ist **Johann Michael Möller**, bisher stellvertretender Chefredakteur und mitverantwortlich für das Ressort Politik. **Andrea Seibel**, bisher Ressortleiterin Forum, löste als stellvertretende Chefredakteurin **Nikolaus Blome** ab, der neben seiner Funktion als Leiter des Parlamentsbüros das Ressort Innenpolitik übernahm.

Der NDR-Intendant **Jobst Plog** übernahm turnusgemäß den Vorsitz der ARD und wurde Präsident der ARTE-Mitgliederversammlung. Neuer ARD-Sprecher ist der Leiter der NDR-Pressestelle **Martin Gartzke**.

Christian Preiser, zuletzt Wirtschaftsredakteur bei der „FAZ“, kehrte als Herausgeber zu dem Kulturmagazin „Der Frankfurter“ zurück, das er 2001 gegründet hatte und jetzt konzeptionell erneuern will.

Helmut Reitze, zuvor stellvertretender Chefredakteur des ZDF, löste als Intendant des Hessischen Rundfunks **Klaus Berg** ab, der in den Ruhestand ging. Reitze wurde mit nur einer Stimme Vorsprung vor hr-Hörfunkdirektor **Heinz-Dieter Sommer** gewählt. Reitzes Nachfolger als Moderator des ZDF-„heute-journal“ wurde **Klaus-Peter Sieglöckh**, bisher Moderator von „heute“.

Wilhelm Reschl, zuletzt zuständig für die Abteilung „Dokumentation Gesellschaft“ beim SWR-Fernsehen, löst als Geschäftsführer des Hauses des Dokumentarfilms-Europäisches Medienforum Stuttgart **Rainer C.M. Wagner** ab. Im Amt des Vorstandsvorsitzenden bestätigt wurde Dr. **Kurt Stenzel**, zuletzt ARD-Fernsehkorrespondent in Genf.

Herbert Schadewald, freiberuflicher Journalist für verschiedene Fachzeitschriften, wurde stellvertretender Chefredakteur des von **André Wannowitz** gegründeten und geleiteten „mitteldeutschen wirtschaftsmagazins“.

Der Mediaberater **Christoph Schirmacher** übernahm im Düsseldorfer Verlagsbüro von Gruner + Jahr die Zuständigkeit für die Magazine „Stern“, „GEO“, „P.M.“, „National Geographic“, „Art“ und „TV Today“ von **Peter Teubler**, der künftig das Segment Wirtschaftspresse verantwortet.

Claus Schneggenburger, zuletzt Pressesprecher des SWR und Leiter des digitalen Wortangebots SWR Cont.Ra, folgte als Leiter des Studios Freiburg auf **Roland Schrag**, der in den Ruhestand trat. Stellvertreterin ist **Regina Keller**, bisher Redakteurin im Studio Freiburg. Die Projektleitung von SWR Cont.Ra übernimmt **Manfred Bornschein** zusätzlich zu seinen Aufgaben als stellvertretender Chefredakteur Hörfunk und Leiter der Abteilung Zentrale Information.

Marita Schöps, Redaktionsleiterin Aktuelles bei N24, wird neben **Peter Limbourg** Chefredakteurin des Nachrichtensenders.

Florian Schwinn, Chefredakteur von „Cut“, kaufte mit der Redaktion das Fachmagazin für Journalisten, Autoren und Techniker bei elektronischen Medien vom Medienfachverlag Oberauer, um den Titel in eigener Regie weiter zu führen.

Friederike Sittler, bisher Chefin vom Dienst und Moderatorin beim SWR-Info Radio sowie Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio, wurde Leiterin des SFB-Kirchenfunks.

Ekkehard Skoruppa, bislang Leiter des SWR2-Programm-Managements, löste als Leiter der SWR-Hörspielredaktion **Matthias Spranger** ab, der in den Vorruhestand ging, und übernahm zugleich die Leitung des neu zugeschnittenen SWR2-Ressorts Künstlerisches Wort. Es umfasst die Redaktionen Hörspiel, Literatur und Feature, Dschungel, Unterhaltung und Feuilleton sowie das Kinderprogramm.

Wolfgang Stephan, Chefredakteur des „Buxtehuder Tagblatts“, übernimmt zusätzlich in der Nachfolge von **Ulbert Kahengst** die gleiche Position beim „Stader Tagblatt“. Die Lokalredaktionen der beiden Blätter wurden vom Zeitungsverlag Krause zusammengelegt.

Andreas Ströhl, derzeit Leiter des Bereichs Film, Fernsehen und Hörfunk am Goethe-Institut Inter Nationes, löst 2003 als Geschäftsführer der Internationalen Münchner Filmwochen GmbH und Direktor des Filmfests **Eberhard Hauff** ab, der in den Ruhestand geht.

Jacques Toubon, früherer französischer Kulturminister, wurde zum neuen Präsidenten der Filmförderstelle Eurimages des Europarats ernannt.

Burkhard Uhlenbroich, bisher bei „Bild am Sonntag“, wird Chefredakteur von „Tier-Bild“ (ASV).

Egon Wachtendorf, derzeit Redakteur bei „DMEuro“, löst Mitte 2003 als Chefredakteur von „Der Fonds“ **Peter Ehlers** ab, der als Herausgeber des Blatts wirken wird.

Joachim Weidemann, zuletzt stellvertretender Chefredakteur der Prager Tageszeitung „Hospodarske Noviny“, folgte als Leiter der Georg von Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten (Düsseldorf) auf **Jens Eckhardt**, der Korrespondent des „Handelsblatts“ in Portland/Oregon wird.

Holger Wiedemann, zuletzt Geschäftsführender Redakteur von „Euro am Sonntag“, übernahm die Redaktionsleitung des ebenfalls im Finanzen Verlag (ASV) erscheinenden Magazins „Finanzen“ von **Michael Braun**, der den Verlag verließ.

Albert Wiederspiel, der über langjährige Erfahrungen in der Filmbranche verfügt, löste als Leiter des Filmfests Hamburg **Josef Wutz** ab.

ZDF-Personalien:

Ekkehardt Gahntz, bisher Chef vom Dienst der ZDF-Hauptredaktion Aktuelles, folgte als Leiter der Hauptredaktion Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik auf **Michael Jungblut**, der auch das ZDF-Wirtschaftsmagazin „WISO“ moderierte. Gahntz' Nachfolger wurde **Elmar Theveßen**, zuletzt für das Magazin „Frontal 21“ tätig. **Eckart Gaddum**, bislang Korrespondent im ZDF-Studio Paris, folgte als Redaktionsleiter des „ZDF-Morgenmagazins“ auf **Bettina Schausten**, die Leiterin der Hauptredaktion Innenpolitik wurde. **Uwe Kröger**, bisher Leiter des Studios Singapur, löste als Kor-

respondent in New York **Udo van Kampen** ab, der Studioleiter in Brüssel wurde. **Robert Bachem**, zuletzt in der Hauptredaktion Außenpolitik und als stellvertretender Redaktionsleiter von „heute – in Europa“ tätig, wurde Leiter des „Auslandsjournals“. **Norbert Lehmann**, bislang Leiter des Landesstudios Hessen und Moderator des „ZDF-Mittagsmagazins“, folgte als Redaktionsleiter und Moderator des Magazins „ZDFreporter“ auf **Steffen Seibert**, der Anchorman bei „heute“ wurde. **Wolf von Lojewski**, langjähriger Frontmann des „heute-journals“ moderiert ab 19. März das ZDF-Magazin „Abenteuer Wissenschaft“. Sein Nachfolger beim „heute-journal“ wird **Claus Kleber**, ehemaliger ARD-Korrespondent in Washington.

In der letzten Ausgabe von Menschen Machen Medien ist ein Nachruf auf unseren Kollegen Georg Hensel erschienen.

Dort wird nach unserer Auffassung in einer sehr unglücklichen Formulierung suggeriert, dass der Arbeitgeber die angeschlagene Gesundheit unseres Kollegen durch seine „ignorante Haltung“ bis zum „plötzlichen Ende seines Lebens“ ausgenutzt hat. Einiges kann man der Arbeitgeberseite vorwerfen, aber ganz sicherlich nicht, dass sie für die schlechte Gesundheit unseres Kollegen mitverantwortlich war. Im Gegenteil können wir aus vielen Sitzungen bestätigen, dass immer zwischen dem Menschen und der Sache unterschieden wurde. Hensel hat geradezu manchen Konflikt „sportiv“ provoziert. Hensels Gesundheit war seit vielen Jahren angeschlagen. Er wurde dadurch zu 100 Prozent von seiner Arbeit befreit und konnte seiner Tätigkeit als GBR-Vorsitzender von seinem Zuhause ausüben. Wir hätten uns gewünscht, dass vor Abdruck des Artikels der namenlose Autor mit uns Kontakt aufgenommen hätte. Faire journalistische Maßstäbe und nicht Polemik wären angebracht gewesen. Viele ver.di Mitglieder bei dpa haben empört auf den Artikel reagiert. Auch wir trauern um Georg Hensel.

dpa Gesamtbetriebsratsvorsitzende Helena Josqui
dpa Betriebsratsvorsitzender Hamburg Reino Gevers

Preise

Dieter Anschlag, Leitender Redakteur der „Funkkorrespondenz“ (Katholisches Institut für Medieninformation), und **Dietrich Leder**, Publizist und Autor der „Funkkorrespondenz“ (Köln), erhielten den mit 5 000 € dotierten Bert Donnepreis/Deutscher Preis für Medienpublizistik, den der Verein der „Freunde des Adolf Grimme Preises“ vergibt. Eine Besondere Ehrung wurde dem Publizisten und stellvertretenden Ressortleiter bei „epd medien“, **Volker Lilienthal**, insbesondere für seine Arbeiten zur Geschichte des epd und des Bertelsmann-Verlags in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesprochen.

Dem Komponisten **Georg Appel** (Berlin) wurde für seine Filmmusik zu „Berlin is in Germany“ (Regie: Hannes Stöhr) der mit 10 000 € dotierte Rolf-Hans-Müller-Preis des SWR zugesprochen.

Der Kinomacher, Verleiher und Produzent **Karl Baumgartner** erhält anlässlich des 8. Internationalen Bremer Symposiums zum Film den mit 8 000 € dotierten Bremer Filmpreis der Kunst- und Kulturstiftung der Sparkasse Bremen.

Deutscher Karikaturenpreis 2002, verliehen von der „Sächsischen Zeitung“ – 1. Preis: **Wolf-Rüdiger Marunde** (Trebel/Niedersachsen); 2. Preis: **André Poloczek** (Haan); 3. Preis: **Til Mette** (New York).

Deutscher Kurzfilmpreis 2002 – Preise in Gold zu je 30 000 € erhielten: Spielfilm: **Richard Lehun** für „Fetisch“ und **Katja Pratschke** für „Fremdkörper“; Animationsfilm: **Kirsten Winter** für „Escape“; Dokumentarfilm: **Bin Chuen Choi** für „Old Choi's Film“.

Der „Deutsche Medienpreis“ 2002 des Unternehmens Media Control geht an die Königinnen **Silvia** von Schweden und **Rania** von Jordanien für ihre karitativen Aktivitäten.

Die Deutsche Umweltstiftung verlieh ihren Buch- und Journalistenpreis 2002. Buchpreis „Lesen für die Umwelt“: Prof. **Hartmut Graßl**, Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie, für „Wetterwende – Vision: Globaler Klimaschutz“ sowie **Carl Amery** und SPD-MdB Dr. **Hermann Scheer** für „Klimawechsel – Von der fossilen zur solaren Kultur“. Journalistenpreis: der Dreiteiler „Mitgift – Aus Katastrophen lernen“ (WDR/ARTE) von **Meike Hemschemeier** und **Thomas Weidenbach**.

Deutscher Wirtschaftsfilmpreis 2002 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Themenbereich I – 1. Preis: „Hall of Fame der Werbung 2002“ von **Manfred Uhlig** (Hamburg); 2. Preis: „Auslandsüberweisung“ von **Hans Joachim Rudel** (Köln) und „Trauerakademie“, Redaktion „ML Mona Lisa“/ZDF. Themenbereich II – 1. Preis: „T-Online International AG Corporate Film 2002“, CITIGATE SEA (Düsseldorf); 2. Preis: „Festo – ein Technologiezentrum ist geboren“, Regie: **Hartmut Vogel** (Bremen), „Vielleicht“, Agentur **Klaus E. Küster** (Frankfurt), „wiesel tv“, Virtualform GmbH. Themenbereich III (Filme von Studenten, Absolventen oder Berufsanfängern) – 1. Preis (2 000 €): „Leben ist Energie“ von **Xenia Gerhardt** (Filmakademie Baden-Württemberg); 2. Preis (je 1 000 €): „Economic Shorts: Wachstum“ von **Kerstin Hoppenhaus**, **Kumaran Herold** und **Christian Remiger** (Filmakademie Baden-Württemberg), „C. Bechstein“ von **Stephan Köthe** und **Silvio Helbig** (HFF Potsdam-Babelsberg), „Otzenrather Sprung“ von **Jens Schanze** und **Börres Weifenbach** (HFF München).

Jürgen Domian, Night-Talker beim WDR, wurde das Bundesverdienstkreuz verliehen.

26. Duisburger Filmwoche – 3sat-Preis für den besten deutschsprachigen Dokumentarfilm (6 000 €): **Peter Mettler** (Schweiz) für „Gambling, Gods and LSD“; ARTE-Preis für den besten deutschen Dokumentarfilm (6 000 €): **Erwin Michelberger** und **Oleg Tcherny** für „schlittenschenken“.

14. Fernsehfilm-Festival Baden-Baden/Fernsehfilmpreis der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste 2002: **Christian Petzold** (Buch und Regie) für „Toter Mann“ (ZDF/ARTE). Nachwuchspreis MFG-Star: **Ulrich Köhler** für „Bungalow“ (ZDF). Sonderpreise für herausragende darstellerische Leistungen: **Anneke Kim Sarnau** und **Axel Prahl** in „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ (NDR) von Marc Rothemund (Regie) und Fred Breinersdorfer (Buch); **Erwin Steinhauer** in „Blumen für Polt“ (ARTE/ORF) von Julian R. Pölsler (Buch und Regie); **Tatjana Blacher** in „Eine außergewöhnliche Affäre“ (SAT.1) von Maris Pfeiffer (Buch und Regie); **Jürgen Tarrach** in „Wambo“ (SAT.1) von Jo Baier.

Fernsehpreis civiseurope 2002 der ARD – Kategorie Information: **Kamil Taylan** für die Dokumentation „Das rote Quadrat: Die Feuerfalle von Rostock“ (hr); Kategorie Un-

terhaltung: **Denijal Hasanovic** für den Fernsehfilm „List. The Letter“; Jugendpreis: **John Kon Kelei** und **Nicknora Goghich Chol** (Sudan) für den Dokumentarfilm „Tussen-tijd/Meantime“.

Der Fernsehpreis „Die besten Acht“ wurde von dem Branchendienst „kressreport“ ins Leben gerufen; eine Jury aus zehn Spitzenkräften hauptsächlich aus dem Bereich der Kommerz-Sender erkor die acht besten Fernsehsendungen und -sender des Jahres 2002. Talkshow: „Maischberger“ (n-tv); Show: „Die 80er Show (RTL); Serie: „Edel & Starck“ (SAT.1); Nachrichtensendung: „heute-journal“ (ZDF); Magazin: „Galileo“ (Pro Sieben); Lizenzserie: „Sex and the City“ (Pro Sieben); Comedy: „Ladykracher“; Sender mit dem besten Programm: RTL.

Die Filmfachmagazine „Filmdienst“ und „epd-film“ erhielten zu gleichen Teilen den von der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen mit 15 000 € dotierten Preis der Filmkritik 2002, den der Verband der deutschen Filmkritik vergibt.

Filmpreise für die IWF Wissen und Medien: Die CD-ROM „Die Zelle II“ gewann bei der 22. Internationalen Biennale des Wissenschaftlichen Films in Ronda/Spanien den Spezialpreis der Jury; der Film „Dukas Dilemma“ von **Jean Lydall** wurde auf der Jahrestagung der Amerikanischen Anthropologischen Gesellschaft in New Orleans mit dem Hauptpreis Award of Excellence ausgezeichnet.

Mit dem Georg von Holtzbrinck-Preis für Wirtschaftspublizistik 2002 wurden **Henrik Müller** („Manager Magazin“) und **Sven Herold** (ARD-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“) ausgezeichnet. Einen mit 2 500 € dotierten Nachwuchspreis erhielt **Robert Jacobi** („Süddeutsche Zeitung“).

Die Karikaturisten **Achim Greser** und **Heribert Lenz** („FAZ“) sowie der US-Amerikaner **Toni Auth** („Philadelphia Inquirer“) erhalten den Karikaturistenpreis der Thomas-Nast-Stiftung (Landau/Pfalz).

Der Hansel-Mieth-Preis für engagierte Reportagen wird wie das Gabriel-Grüner-Stipendium (siehe M 12.2002) von der Agentur Zeitspiegel (Weinstadt) ausgelobt. Der mit 6 000 € dotierte Hansel-Mieth-Preis 2002 wurde der Autorin **Petra Reski** und dem Fotografen **Paolo Pellegrin** für ihre Reportage „Pecnik – ein Dorf in Feindesland“ („GEO“ 02/2002) zuerkannt.

Richard Herzinger, Redakteur bei der „Zeit“, erhielt für seinen Beitrag „Der belgische Tod“ den mit 5 000 € dotierten Arthur-Koestler-Preis der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben.

Der HEUREKA-Journalistenpreis des Pharma-Unternehmens Aventis zur Förderung des wissenschaftsjournalistischen Nachwuchses in Deutschland ist mit jeweils 5 000 € dotiert.

Die Preisträger 2002: **Alexandra Scheinost** für den Artikel „Proteomik enträtselt Körper-Eiweiße“ („Gesundheit“); **Ulrich Kraft** für den Beitrag „Wo Gott wohnt“ („Gehirn & Geist“) und **Oliver Päßler** für die Reportage „Herz aus Titan“ (ARTE). Der u.a. von Aventis gestiftete Fotopreis „wissenschaftlich visuell“ 2002 ging an **Werner Mahler, Thomas Pflaum, Edgar Zippel, Marc Steinmetz** und **Bernhard Dusch**.

Hörfunkpreis der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) – Kategorie Kommunale Berichterstattung: **Georg Rose** (Radio Wuppertal); Kategorie Information/Beratung/Bildung: **Anne Witthüser** (Radio Duisburg); Kategorie Nachwuchsförderung: **Stefanie Flötgen** (Radio Hagen).

Internationaler Fotopreis „UNICEF-Foto des Jahres“ – 1. Preis: **Jan Grarup** (Dänemark); 2. Preis: **Wolfgang Müller** (Deutschland); 3. Preis: **Stuart Freedman** (Großbritannien); 4. Preis: **Cathia Hecker** (Deutschland).

19. Internationales Umwelt Film Festival Ökomeia 2002 in Freiburg/Breisgau – Beste filmische Leistung: **Motohashi Seiichi** für den Dokumentarfilm „Alexej und der Brunnen“ (Japan); beste journalistische Leistung: **Ingeborg Altemeier Hornung** für „Fette Beute – Palmöl aus Indonesien“ (Deutschland/Indonesien/Frankreich); Naturfilm: **Karlheinz Baumann** für „Soweit die Flügel tragen“ (Deutschland); Kinderfilm: **Dominique Soyer** für „Jardin public“ (Frankreich); Europäischer Fernsehpreis: **Jorgen Pedersen, Bente Milton** und **Sabine Kemper** für „Tschernobyl – der Millionensarg“ (Dänemark); Hoimar-von-Ditfurth-Preis für die beste journalistische Darstellung ökologischer Probleme für Kinder und Jugendliche: **Cæcilia Holbek Trier** für „Send mehr Süßes“ (Dänemark/Schweden); Sonderpreis des Bundesministeriums für Umwelt: **Jack Silberman** für „Bombies“ (Kanada) und **Luis Miranda** für „Les Femmes des Bananeraies“; Förderpreis der

Stadt Freiburg: **Jens Schanze** für „Otzenrather Sprung“ (Deutschland).

Die Berliner Ausländerbeauftragte **Barbara John** erhielt den erstmals verliehenen Medienpreis des Vereins der Ausländischen Presse (VAP) in Deutschland.

Tita Korytowski wurde für ihren mit dem BR koproduzierten Film „Pumuckl und seine Zirkusabenteuer“ der Kinder-Medienpreis zugesprochen.

Die 26-teilige Serie „Die Anstalt – Zurück ins Leben“ (SAT.1) wurde in der Kategorie Journalismus (Fernsehen) mit dem Lilly Schizophrenia Award 2002 der Lilly Deutschland GmbH ausgezeichnet.

Sandra Maischberger erhielt für ihr Interview mit Norwegens Kronprinzenpaar auf n-tv den norwegischen „Goldenen Lachs“ 2002.

Der Editorin **Martina Matuschewski** wurde für den Schnitt des Films „Engel und Joe“ der mit 7 500 € dotierte Schnitt Preis der Filmstiftung NRW verliehen.

Jochen Missfeldt („FAZ“), **Oliver Günther** (hr) und **Jan Hinrik Drevs** (n-tv) erhielten den Hugo-Junkers-Preis für hervorragende journalistische Arbeiten über Luft- und Raumfahrt.

Der Mitteldeutsche Medienpreis „Hans Klein“ der Fernsehakademie Mitteldeutschland (FAM), dotiert mit 25 000 €, ging an die vierteilige Dokumentation „Kanzler, Krisen, Koalitionen“ (RTL) von **Peter Kloeppel** und **Andre Zalbertus** sowie an **Dieter Kronzucker** (SAT.1) für sein journalistisches Lebenswerk.

Der russische Journalist **Grigorij Pasko**, früher Flottenkapitän, der wegen Landesverrats und Weitergabe militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Haft verurteilt wurde, weil er die Verklappung von radioaktivem Müll aus einem russischen Schiff publik gemacht hatte, wurde mit dem Menschenrechtspreis 2002 der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ausgezeichnet.

Der Dokumentarfilmer **Nicolas Philibert** (Frankreich) erhielt für „Sein und Haben“ den Europäischen Dokumentarfilmpreis Prix ARTE.

Jobst Plog, Intendant des NDR und bisheriger Präsident von ARTE, wurde mit der höchsten Stufe des französischen Kulturordens Les Arts et les Lettres ausgezeichnet.

Regionalsportpreis 2001/02 des Sportjournalistenvereins Baden-Pfalz – 1. Preis: **Markus Waibel** („Südkurier“, Konstanz); 2. Preis: **Claus Zimmermann** („Badische Zeitung“, Freiburg); 3. Preis: **Horst Konzok** („Die Rheinpfalz“, Kaiserslautern) und **Burkhard Zingler** (Friesenheim).

Stefan Tolz gewann mit seinem Dokumentarfilm „Am Rande der Zeit – Männerwelten im Kaukasus“ (SWR/ARTE/MDR/WDR) den mit 8 000 € dotierten Großen Preis des Internationalen Dokumentarfilmfestivals von Taiwan.

Der Dramaturgin und Filmemacherin **Tamara Trampe** (Berlin) wurde das mit 100 000 € dotierte Gerd-Ruge-Projekt-Stipendium zur Förderung des Dokumentarfilms zugesprochen, das die Filmstiftung NRW erstmals vergab. **Uli Gaulke** und **Jeanette Eggert** wurden für „Celloid Dreams“ mit 62 888 € prämiert.

Umwelt-Medienpreis 2002 der Deutschen Umwelthilfe (DUH) – Sparte Hörfunk: **Claudia Gorille**, Redakteurin für Natur und Umwelt beim NDR-Hörfunk; Sparte Printmedien: **Stephan Börnecke**, Buchautor und Redakteur der „Frankfurter Rundschau“; Sparte Fernsehen/Film: Redaktionsteam der Umweltsendereihe „Ozon“ beim ORB-Fernsehen; Sonderpreis: NDR für die Berichterstattung anlässlich des Ersten Internationalen Elbe-Badetags.

Der Wettbewerb „W on Air“ 2002, ausgeschrieben von der Bundeszentrale für politische Bildung, sollte „herausragende Darstellungsformen und Konzepte des Hörfunks rund um die Bundestagswahl am 22. September“ würdigen. Die Preisträger – 1. Preis (3 000 €): **Andreas Heine**, Chefredakteur von Radio MK in Iserlohn; 2. Preis (2 000 €): **Stefan Zohm** (SWR, Mainz); 3. Preis (1 000 €): Team der Fritz-Wortredaktion (ORB, Potsdam); 4. Preis (750 €): **Björn Schüngel** (Radio Essen); 5. Preis (500 €): **Frank Rasche** (Hit Radio Antenne, Hannover). Ein Sonderpreis ging an **Heide** und **Rainer Schwowchow** (Deutschlandfunk, Köln).

Ranga Yogeshwar, Wissenschaftsjournalist und Moderator beim WDR, wird mit der Medaille für Naturwissenschaftliche Publizistik der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ausgezeichnet.